



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

23. Jahrgang · Heft 11/12

November/Dezember 1971

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

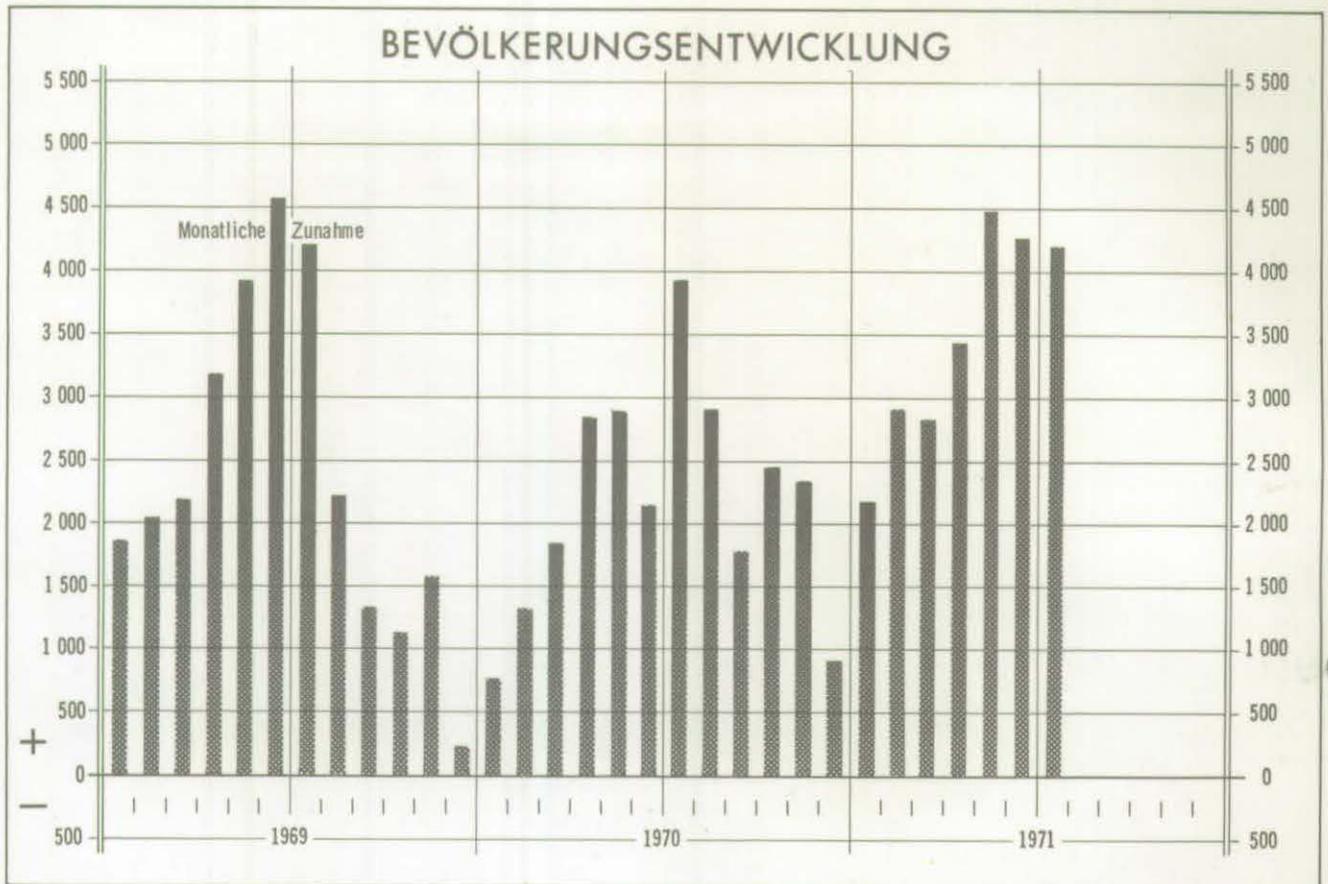
Aufsatz und Grafik des Monats: Wesentliche Entwicklungen in Bevölkerung und Wirtschaft Schleswig-Holsteins von 1965 bis 1970

Beilage: Erweiterte Kreiszahlen

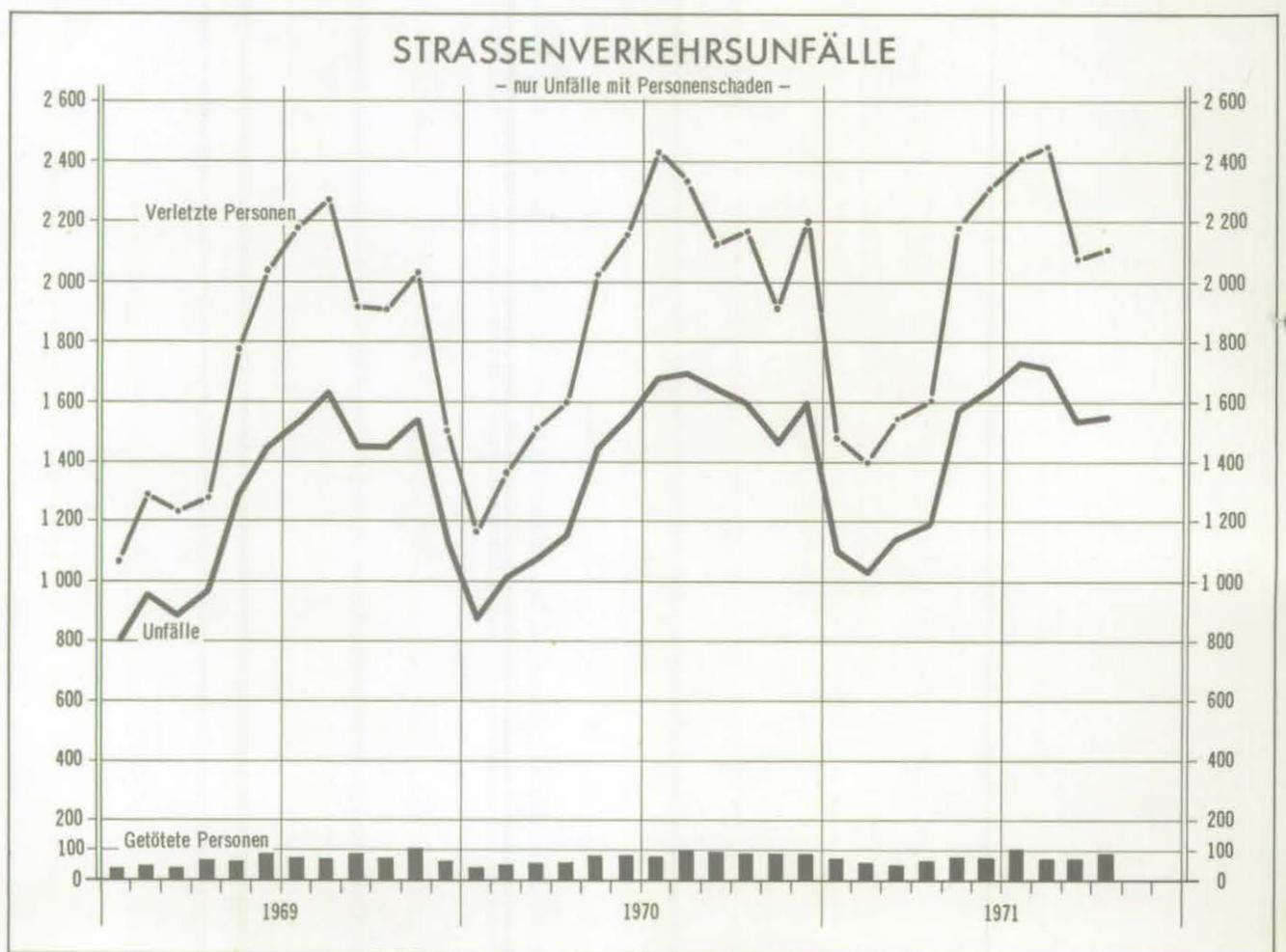


Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN



D - 4231



INHALT 11/12-71

	Seite
Aktuelle Auslese	209
Wesentliche Entwicklungen in Bevölkerung und Wirtschaft Schleswig-Holsteins von 1965 bis 1970	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	210—213
Schulen und Hochschulen	214—220
Landwirtschaft	221—228
Industrie und Bautätigkeit	228—237
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	237—242
Geld und Kredit	242—246
Öffentliche soziale Leistungen	246—249
Öffentliche Finanzen	249—253
Preise und Löhne	253—260
Grafik des Monats	234—235
Tabellenteil mit erweiterten Kreiszahlen	Beilage
Wirtschaftskurven A (allgemein)	3. Umschlagseite

Demnächst wird erscheinen:

„Die Bevölkerung der Gemeinden in Schleswig-Holstein
1867—1970“ (Historisches Gemeindeverzeichnis)

Im Hauptteil dieser Schrift wird aufgezeigt, wie sich die Einwohnerzahl in den Gemeinden, wie sie bei der Volkszählung 1970 bestanden, während der letzten 100 Jahre entwickelt hat und welche Änderungen sich in diesem Gebiet und am Namen aller, auch der ehemaligen, Gemeinden in diesem Zeitraum ereignet haben. Neben einem Überblick zur Verfassungsgeschichte der Gemeinden werden ergänzend verschiedene spezielle Übersichten gebracht, z. B. über frühere Gemeinden, die heute nicht mehr zu Schleswig-Holstein gehören, über die schleswig-holsteinischen Gutsbezirke und ihre Auflösung, über die Kirchspielslandgemeinden in Dithmarschen und Husum. Ein Kartenteil auf 10 Blättern im Maßstab 1 : 150 000 und mehrere Kartenskizzen veranschaulichen die räumlichen und topografischen Beziehungen.

Format DIN A 4, ca. 300 Seiten, Preis 20 DM
Bei Vorbestellung bis 15. 1. 1972: Preis 15 DM

Weitere Neuerscheinungen siehe letzte Halbseite!

Inhalt dieses Jahrgangs siehe 2. und 3. Halbseite!

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Monaten

Heft 1/1971

Gewerbsteuer 1966 (Teil 1)
Erwerbstätige 1970
Ausländer 1970
Baulandumsatz 1962—1969

Heft 2/1971

Betriebsgrößen Landwirtschaft
Getreide- und Ölfruchternte 1970
Wohnungen nach Gemeindegrößenklassen
Wohngeld 1969 und 1970
Industrie 1970
Versorgungsempfänger

Heft 3/1971

Urlaub in Schleswig-Holstein
Unfälle mit Todesfolge
Handelsdünger
Investitionen Handwerk 1967
Gemeindefinanzreform 1970

Heft 4/1971

Geburtenrückgang
Lohnsteuer 1968
Nord-Ostsee-Kanal
Binnenschifffahrt 1968
Vermögensmillionäre 1969

Heft 5/6 — 1971

Sicherheit der Bundesstraßen
Landtagswahl 1971
Soziale Herkunft der Schüler



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

23. Jahrgang · Heft 11/12

November/Dezember 1971

Aktuelle Auslese



Erste Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970

Am 27. Mai 1970 wurde in Schleswig-Holstein eine Wohnbevölkerung von 2 494 000 Personen ermittelt, davon waren 1 188 000 (48 %) männlich und 1 306 000 (52 %) weiblich. Gegenüber der vorhergehenden Volkszählung am 6. Juni 1961, als 2 317 000 Personen gezählt wurden, hat die Bevölkerung um knapp 177 000 (8 %) zugenommen.

Von den Einwohnern zählten 1 033 000 zu den Erwerbstätigen. 682 000 (66 %) der Erwerbstätigen sind Männer und 351 000 (34 %) Frauen. Die Erwerbstätigen verteilen sich auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche wie folgt:

	1961	1970
	in %	
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	15,5	9,4
Produzierendes Gewerbe	37,6	37,0
Handel und Verkehr	19,7	21,1
Sonstige Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen)	27,3	32,5
	100	100

Diese Gegenüberstellung macht deutlich, wie sich die Gewichte der einzelnen Wirtschaftsbereiche verschoben haben: Rückgang der Landwirtschaft, Zunahmen bei Handel und Verkehr und den Dienstleistungen.



Weitere Beruhigung in der Industrie

Im Oktober 1971 hatte die schleswig-holsteinische Industrie knapp 191 000 Beschäftigte, rd. 1 400 weniger als im September 1971 und rd. 2 800 weniger als im Oktober 1970.

Entwicklung der Monate Januar bis Oktober 1971 mit der in den ersten zehn Monaten 1970 verglichen, so ist die konjunkturelle Beruhigung noch deutlicher zu erkennen: Das Beschäftigungsniveau des Vorjahres wird nur knapp erreicht (- 0,1 %), die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden ist etwas stärker zurückgegangen (- 4 %) als die Zahl der Arbeiter (- 1 %). Die Löhne und Gehälter sind von 1970 auf 1971 mit knapp 13 % merklich langsamer gewachsen als in der ent-

sprechenden Zeitspanne von 1969 auf 1970 (+ 20,6 %). Auch das Umsatzwachstum (+ 9,6 %) war insgesamt schwächer als von 1969 auf 1970 (+ 9,9 %).



1970 war die Zunahme des Umsatzes sehr groß

Nach den Ergebnissen der Umsatzsteuerstatistik 1970 gab es in Schleswig-Holstein 60 533 Umsatzsteuerpflichtige. Sie hatten steuerbare Umsätze in Höhe von 37 Milliarden DM erzielt. Die Umsätze von Unternehmen, die sowohl 1969 wie auch 1970 ganzjährige Umsätze hatten, stiegen gegenüber dem Vorjahr um fast 13 %. Das ist die höchste Zuwachsrate innerhalb eines Jahres in der Nachkriegszeit.



Fast 50 000 Landesbedienstete

Am 2. Oktober 1971 standen 48 930 hauptberuflich vollbeschäftigte Personen im Dienst des Landes. Ihre Zahl hat gegenüber Oktober 1970 um 1 566 Personen (+ 3,3 %) zugenommen. Die Zahl der Beamten und Richter erhöhte sich um 876 Personen (+ 3 %) auf 29 963 und die der Angestellten um 794 Personen (+ 5,7 %) auf 14 615. Demgegenüber war die Zahl der Arbeiter rückläufig. Sie ging um 104 Personen (- 2,3 %) auf 4 352 zurück.



Kräftiger Anstieg der Steuereinnahmen des Landes

Die Steuereinnahmen des Landes beliefen sich in den ersten elf Monaten des Jahres 1971 auf 1,9 Mrd. DM. Das sind 229 Mill. DM oder 14 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Wesentlichen Anteil an dieser hohen Zuwachsrate hatte die Lohnsteuer, die als gemeinschaftliche Steuer zu 43 % in die Landeskasse fließt. Sie erbrachte insgesamt 1,2 Mrd. DM und stieg um 29 %. Die veranlagte Einkommensteuer, die ebenfalls zu 43 % dem Land verbleibt, lag mit einem Aufkommen von 405 Mill. DM um 12,1 % über dem Vorjahr. Auch die Umsatzsteuer, an der das Land mit 30 % beteiligt ist, stieg kräftig um 14,6 % auf 653 Mill. DM. Von den reinen Landessteuern kam die Kraftfahrzeugsteuer auf 160 Mill. DM, das entspricht einem Zuwachs von 9,8 %.

Wesentliche Entwicklungen in Bevölkerung und Wirtschaft Schleswig-Holsteins von 1965 bis 1970

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsentwicklung

Am 1. Januar 1965, dem Beginn des Berichtszeitraumes, wurde eine Bevölkerungszahl von 2 406 000 Einwohnern ermittelt. Hierbei handelt es sich um eine auf der Basis der Volkszählung 1961 fortgeschriebene Bevölkerungszahl. Bekanntlich wird die Bevölkerung zwischen den Volkszählungen mit Hilfe der der Zahlen über Geburten, Sterbefälle und über Zu- und Fortzüge fortgeschrieben. Dieses Verfahren würde zu durchaus richtigen Ergebnissen führen, wenn alle umziehenden Personen voll ihrer Meldepflicht nachkämen. Leider ist dies aber nicht der Fall. So erfahren die fortgeschriebenen Einwohnerzahlen mit zunehmender Dauer der Fortschreibung auch zunehmende Überhöhungen. Dies ist insbesondere auf die mangelhafte Einhaltung der Meldebestimmungen durch das in die Fremdenverkehrsorte zuziehende Saisonalpersonal aber auch durch fehlerhafte An- und Abmeldungen der Soldaten in den Garnisonorten zurückzuführen.

Die neue Bestandsaufnahme der Bevölkerung anlässlich der Volkszählung am 27. 5. 1970 hat das Ausmaß der Überhöhung der fortgeschriebenen Bevölkerungszahl deutlich gemacht. So kann man heute davon ausgehen, daß die Bevölkerungszahl am 1. 1. 1965 bereits um ungefähr 20 000 Einwohner überhöht war, so daß zum Beginn des Berichtszeitraumes, dem 1. 1. 1965, rund 2 385 000 Einwohner vorhanden waren. Zum Volkszählungstichtag wurde eine Bevölkerungszahl von 2 494 000 Einwohnern festgestellt. Die Bevölkerung hat also in den dazwischen liegenden fünfzehn Jahren um 109 000 Einwohner zugenommen. Das sind im Durchschnitt pro Jahr 20 000 Einwohner.

67 000 des Zuwachses beruhen auf dem Geburtenüberschuß, 235 200 Geburten stehen 168 200 Sterbefällen gegenüber. Aus dem Wanderungsaustausch mit den anderen Bundesländern und dem Ausland zog Schleswig-Holstein einen Gewinn von etwa 42 000 Menschen.

Geborene

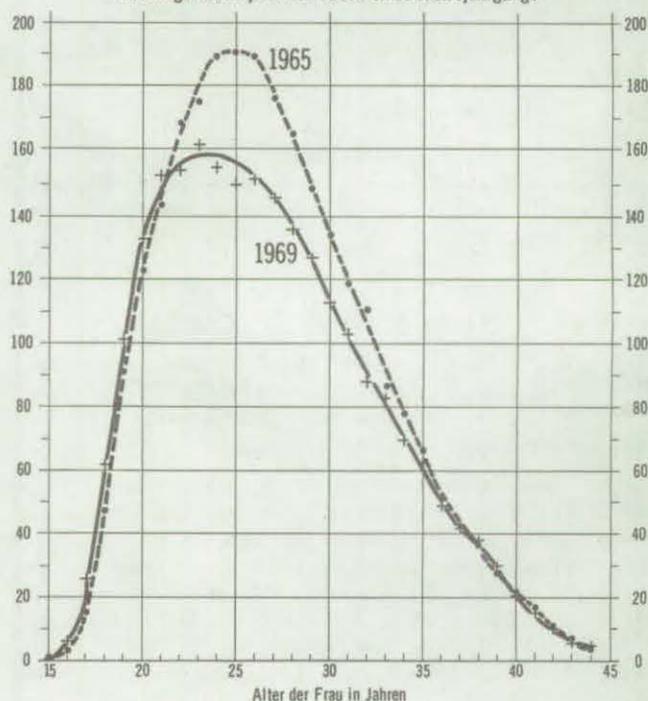
Zu dem Bevölkerungswachstum Schleswig-Holsteins trug der Geburtenüberschuß in den

letzten Jahren in immer schwächerem Maße bei. Das liegt vor allem an der sinkenden Zahl der Geburten, die die Folge eines gewandelten generativen Verhaltens ist. Bei gleicher Fruchtbarkeit wie 1965 hätten von den 15- bis 44jährigen Frauen 1968 statt 43 769 44 965 und 1969 statt 40 313 45 016 Kinder geboren werden müssen. Der tatsächliche Rückgang der Geborenen wäre ohne geänderte Zahl und Alterszusammensetzung der Frauen noch etwas stärker ausgefallen.

	Lebendgeborene	Gestorbene	Geburtenüberschuß
1965	44 708	29 941	14 767
1966	45 930	29 811	16 119
1967	45 351	29 556	15 795
1968	43 833	32 159	11 674
1969	40 381	32 468	7 913
1970	35 171	32 990	2 181

Wie stark die Fruchtbarkeit gesunken ist, zeigen die auf 1 000 Frauen gleichen Alters bezogenen Ziffern. Wie auch das Bild zeigt, betrifft die starke Abnahme der Fruchtbarkeit gerade die Mütter-Jahrgänge, aus denen der große Geburtenenertrag kommt. Zugenommen

D - 4301 Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern
Lebendgeborene je 1000 Frauen eines Altersjahrgangs



hat die Fruchtbarkeit bei den 15- bis 18jährigen Frauen.

Für 1971 zeichnet sich kein wesentlicher Wechsel dieser Entwicklung ab. In den ersten sieben Monaten sind rund 1 000 Kinder weniger zur Welt gekommen als in den entsprechenden Monaten von 1970.

Der Rückgang der Geburten zeigt sich viel ausgeprägter für die ehelichen als für die nichtehelichen Geburten. Für Schleswig-Holstein läßt sich erst für 1970 ein Abfallen auch der außerehelich Geborenen feststellen:

	ehelich	nichtehelich geboren
1965	42 747	1 961
1966	43 956	1 974
1967	43 425	1 926
1968	41 854	1 979
1969	38 409	1 972
1970	33 365	1 806

Der Anteil der nicht ehelich Lebendgeborenen ist, da ihre Zahl von 1965 bis 1969 ungefähr gleich geblieben ist, von 4,4% auf 4,9% gestiegen. Die Quoten für die Gemeinden verschiedener Größe haben sich in der Zwischenzeit langsam einander genähert.

In Anstalten kamen 1969 fast 92% aller Lebendgeborenen zur Welt¹, 1965 waren erst 80% aller Kinder im Krankenhaus geboren worden. Der Beirat für Krankenhausfragen rechnet für die Planung der schleswig-holsteinischen Krankenhäuser bereits in aller-nächster Zeit mit einer Quote von 95%. Sie dürfte in der Tat recht bald erreicht werden. In anderen Flächenstaaten ist ein solcher Anteil bereits heute überschritten, wie im Saarland, oder fast erreicht, wie in Nordrhein-

Anstaltsgeburten* nach der Gemeindegröße

Einwohner	1965	1969
	Anstaltsgeburten in % aller Geburten	
unter 2 000	72,4	87,7
davon mit einem Anteil an landwirtschaftlicher Bevölkerung von ... %		
40 und mehr	69,0	85,6
20 bis 40	72,1	88,3
unter 20	76,4	89,1
2 000 - 5 000	79,2	90,9
5 000 - 20 000	85,5	94,2
20 000 - 100 000	80,0	93,7
100 000 und mehr	87,8	92,4
Insgesamt	80,4	91,6

*) ohne Totgeborene

1) Zahlen für 1970 liegen noch nicht vor

Westfalen und Hessen. In Berlin (West) und Hamburg liegt er bereits über 97%. In den letzten Jahren haben sich die Anteilswerte der Länder und Stadtstaaten immer stärker einander angeglichen. Auch die Unterschiede zwischen Stadt und Land, die ehemals stark ausgeprägt waren, haben sich infolge der zunehmenden Mobilität verwischt. 1969 lag der Anteil der Anstaltsgeburten in Kiel und Lübeck sogar unter dem der Gemeinden mit 5 000 bis 100 000 Einwohnern.

Nach den Karteien der Ausländerbehörden lebten Ende September 1970 46 000 Nicht-deutsche in Schleswig-Holstein, Mitte 1965 dagegen erst 8 000. Entsprechend hat sich die Zahl der Lebendgeborenen entwickelt, von denen ein Elternteil oder beide Eltern nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, 1965 waren es 652 Kinder, 1970 1 172, in Prozent aller Lebendgeborenen 1,5% und 3,3%. Von den genannten 652 Kindern waren bei 252, von den 1 172 bei 548 beide Eltern Ausländer.

Gestorbene

1970 starben fast 33 000 Schleswig-Holsteiner, die meisten an Krankheiten des Kreislaufsystems, an bösartigen Neubildungen, an Krankheiten der Atmungsorgane sowie an Unfällen und Vergiftungen. Als Todesursache weist die Statistik das dem Tode ursächlich zugrunde liegende Leiden aus.

Die Hälfte aller Verstorbenen erlag einer Kreislaufkrankung. Dieses Leiden war um so häufiger in den Todesbescheinigungen als Grundleiden angegeben, je älter die Verstorbenen geworden waren; für die Verstorbenen im Alter von 80 und mehr Jahren war in 6 von 10 Fällen eine Kreislaufkrankung die Todesursache.

Von den 16 188 im Jahre 1970 an einer Kreislauf- oder Hirngefäßkrankung Verstorbenen hatten 3 303 einen akuten Herzmuskelinfarkt erlitten. Von 100 im Alter von 60 bis 70 Jahren Gestorbenen erlagen ihm 16. In den Todesbescheinigungen jüngerer und älterer Jahrgänge wurde der Herzinfarkt nicht so häufig als Todesursache genannt. An einer bösartigen Neubildung sind 5 555 Personen gestorben. Am häufigsten führten Magenkrebs und Neubildungen der Atmungsorgane zum Tod. Von den Verstorbenen zwischen 45 und 60 Jahren litten 28% an Krebs. 2 607 Personen starben an einer Erkrankung der Atmungsorgane. 1 690 überstanden einen Unfall oder eine Vergiftung nicht; die Hälfte aller nur 15 bis 30 Jahre alt Gewordenen starben auf diese unnatürliche Weise. Vergleichszahlen für 1965 können wegen einer tiefgreifenden Änderung

der verwendeten Systematik leider nicht gebracht werden.

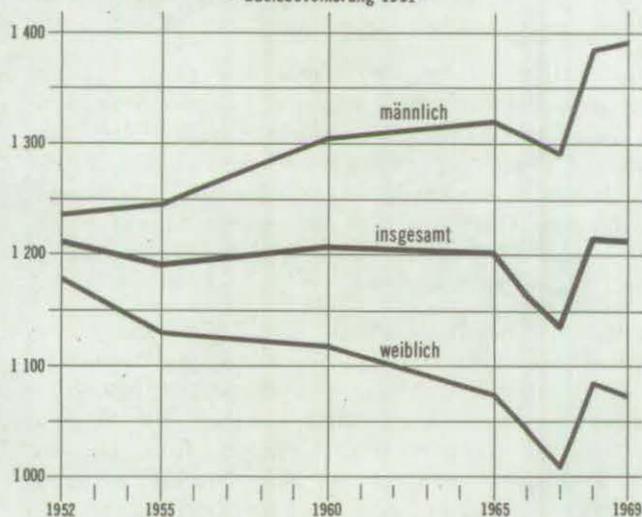
781 Kinder verstarben innerhalb des ersten Lebensjahres. Hiervon überlebten 72% nicht die erste Woche, vier Fünftel nicht den ersten Lebensmonat. Gegenüber 1965 hat sich in dieser Hinsicht sehr wenig geändert. Die meisten Säuglinge starben 1970 wegen angeborener Mißbildungen, Unreife, Geburtsverletzungen und Erstickungserscheinungen.

Die Zahl der Gestorbenen, die von 1965 bis 1967 nur leicht gesunken war, ist von 1967 auf 1968 um 2 600 Personen gestiegen und hat auch 1969 und 1970 weiter leicht zugenommen. Da die Bevölkerung ständig zunimmt und Zahl und Anteil der Alten jährlich schwanken, läßt sich aus der Zunahme der Gestorbenen noch nichts über die Entwicklung der Sterblichkeit sagen. Diese wird als Quotient aus der Zahl der Gestorbenen und der durchschnittlichen Bevölkerung eines Jahres ausgedrückt. Verschiebt sich der Altersaufbau sehr, so taugt auch dieses Maß nicht mehr zum Vergleich. Man bedient sich darum häufig "standardisierter Sterbeziffern", in die der Altersaufbau eines bestimmten, frei wählbaren Basisjahres eingeht.

D - 4302

Gestorbene je 100 000 Einwohner

- Basisbevölkerung 1961 -



Im vorstehenden Bild sind die auf den Altersaufbau von 1961 berechneten Sterbeziffern der letzten Jahre dargestellt. Langfristig gesehen, und nur eine solche Beschreibung scheint sinnvoll, hat die Sterblichkeit des männlichen Geschlechts zu- und die des weiblichen Geschlechts abgenommen. Daraus ergibt sich eine konstante Gesamtsterblichkeit. Der auffällige Einbruch 1967 kann ohne spezielle Analyse nicht erklärt werden.

Gustav Thissen

Erwerbstätigkeit

Der sechs Jahre umspannende Berichtszeitraum umfaßt einen vollständigen Konjunkturzyklus. Das Jahr 1965, in dem der seit 1963 wirksame Wachstumszyklus seinen höchsten Punkt erreicht hatte, zeichnete sich durch einen sehr hohen Beschäftigtenstand mit anhaltender Nachfrage nach Arbeitskräften, insbesondere nach weiblichen, aus. Die sich dann anschließende intensive Abschwungphase der Jahre 1966/67 führte zur schärfsten Rezession, die die Bundesrepublik seit ihrem Bestehen erlebt hat. Der Berichtszeitraum endet dann nach zwei Jahren intensiver konjunktureller Belebung mit einem Jahr ausgesprochener Hochkonjunktur.

Erwerbstätige (ohne Soldaten) in 1 000

Jahr	Landwirtschaft und Forsten	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Sonstige Wirtschaftsbereiche
1965	125,2	398,2	224,7	272,6
1966	116,4	388,5	217,9	279,9
1967	118,7	358,1	213,3	280,4
1968	118,2	374,8	207,7	277,8
1969	116,9	372,8	214,1	288,2
1970	115,4	386,4	214,6	286,3

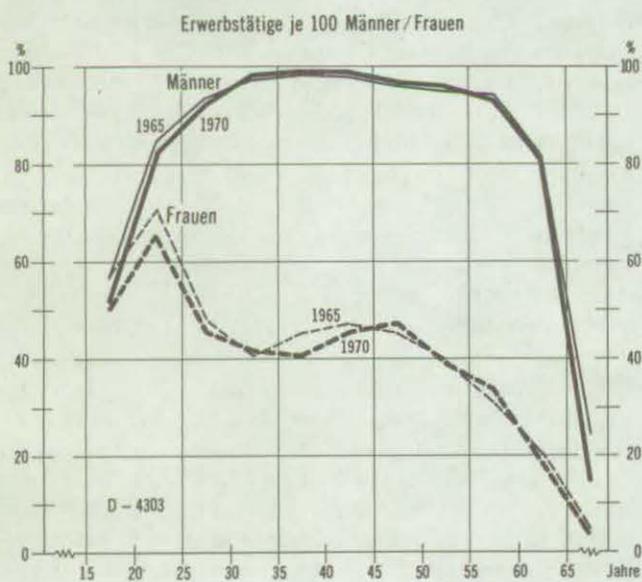
Der zu Anfang der Periode festgestellte hohe Beschäftigtenstand reduzierte sich im Jahre 1966 deutlich und erreichte im Rezessionsjahr 1967 mit 971 000 Erwerbstätigen¹ seinen niedrigsten Stand. Nach Überwindung des Tiefstandes stieg die Erwerbstätigenzahl wieder stetig an. Mit dem Jahr 1970 befinden wir uns dann auf dem Höhepunkt eines neuen Konjunkturzyklus bei hoher Auslastung der Produktionsfaktoren, insbesondere des Arbeitskräftepotentials. Auch in Schleswig-Holstein waren - wie im gesamten Bundesgebiet - die Arbeitskräfte knapper denn je. Die Zahl der Arbeitskräfte hat gegenüber dem Vorjahr nochmals um gut 10 000 zugenommen und mit 1 003 000 Erwerbstätigen die Millionen-Grenze wieder überschritten.

Die Tabelle läßt den konjunkturellen Einbruch in der Mitte der Berichtsperiode in allen Branchen mit Ausnahme der Landwirtschaft erkennen. Im "Produzierenden Gewerbe" ist er deutlicher als in den "Sonstigen Wirtschaftsbereichen", deren Zunahme, hier handelt es sich in erster Linie um Zunahmen in den "Dienstleistungen" und "Gebietskörperschaften", in den Jahren 1967/68 unterbrochen wurde.

¹) ohne Soldaten

Die seit den 50er Jahren festzustellende Zunahme der männlichen Beschäftigten hat sich in der Berichtsperiode fortgesetzt. Sie wurde allerdings durch die letzte Rezession für zwei Jahre unterbrochen. Nach der Rezession war die Beschäftigtenzunahme dann bei den Männern stärker als bei den Frauen. Da sich die altersspezifischen Erwerbsquoten bei den Männern während der sechs Berichtsjahre nur geringfügig veränderten - lediglich für die jüngeren Altersgruppen ist, bedingt durch längere Ausbildungszeiten, weiterhin eine leicht rückläufige Beteiligung am Erwerbsleben zu erkennen -, ist die Zunahme der Beschäftigten nach der Rezession auf Wiedereingliederung von Arbeitslosen, aber auch wie in den übrigen Jahren auf Zuwanderungen zurückzuführen. Ein Hinweis auf die durch Zuwanderung bedingte Zunahme der Beschäftigtenzahlen ergibt die Fortschreibung der Bevölkerung. Sie weist für die Altersgruppe der 15- bis unter 65jährigen von Anfang 1965 bis Ende 1969 eine Zunahme von 34 000 Männern aus. Wenn dieser Saldo auch durch Fehler der Bevölkerungsfortschreibung überhöht ist - die Meldebedingungen werden häufig nicht eingehalten -, so beweist diese Zahl doch die Bedeutung der Zuwanderung für die langfristige Beschäftigtenzunahme.

Die Erwerbstätigkeitsquote nach dem Alter 1965 und 1970



Bei den Frauen wirkte sich der krisenbedingte Einbruch in der Mitte der Berichtsperiode stärker als bei den Männern aus. Die 1965 als sehr hoch festgestellte Beschäftigtenzahl wurde bis 1970, als im April 343 000 weibliche Erwerbstätige ermittelt wurden, nicht wieder erreicht.

Wie das Bild zeigt, ist die Erwerbsquote jüngerer Frauen - wohl infolge längerer Ausbildungszeiten - in dem betrachteten Jahrfünft gesunken, was auch der längerfristigen Tendenz entspricht. Etwas gestiegen ist die Erwerbsquote dagegen bei den Frauen im Alter von 45 bis 50 und 55 bis 60 Jahren, während sie sich in den Altersgruppen der 35 bis 45 Jahre alten Frauen etwas verminderte. Gegenüber dem Krisenjahr 1967 sind die Erwerbsquoten in den Altersgruppen 30 bis 50 Jahre angestiegen, Altersgruppen, in denen die Frauen überwiegend verheiratet sind. So ist auch für Schleswig-Holstein - wie im Bundesgebiet - in den letzten Jahren eine gewisse Zunahme der Erwerbsbeteiligung der verheirateten Frauen festzustellen.

Ausländische Arbeitnehmer

Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer hat sich seit Ende März 1965, als vom Landesarbeitsamt 12 000 registriert wurden, mehr als verdoppelt. Ende 1970 wurden bereits 26 100 Gastarbeiter gezählt. Dazwischen, in den beiden Jahren der Rezession, war die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte deutlich rückläufig. Die Stichtagswerte im Jahre 1967 und im ersten Halbjahr 1968 lagen jeweils unter denen des Vorjahres. Erst seit Mitte 1968 ist dann wieder langsam beginnend ein ständig wachsender Zustrom zu verzeichnen. Von den Ende 1970 gezählten ausländischen Arbeitskräften waren 32% Türken, 14% Jugoslawen und jeweils knapp 11% Spanier und Griechen.

Arbeitslose

Sehr deutlich sind die halben Konjunkturzyklen an der Entwicklung der vom Landesarbeitsamt festgestellten Arbeitslosenzahlen sichtbar zu machen. Die Periode begann mit einem Stand von 12 000 Arbeitslosen - eine Arbeitslosenquote von 1,0% - und erreichte dann im Februar 1967 mit 33 700 Arbeitslosen - Arbeitslosenquote 4,0% - einen Höchststand, wie er seit Anfang 1960 unbekannt gewesen war. Auch im Sommer des Jahres 1967 wurden durchgehend noch etwa 15 000 Arbeitslose gezählt und im Winter 1967/68 stieg die Zahl wieder an. Im Januar und Februar 1968 wurden wiederum mehr als 30 000 Arbeitslose ermittelt. Erst im Spätsommer 1968 wurde die 10 000er-Grenze wieder unterschritten. Der Sommer des Vollbeschäftigungsjahres 1970 erbrachte - bei mehr als 10 000 Arbeitssuchenden - Arbeitslosenzahlen, die zum Teil unter 5 000 lagen. Dies entsprach einer Arbeitslosenquote von 0,6%.

Gerhard Muske

Schulen und Hochschulen

Im Herbst 1970 gab es in Schleswig-Holstein über 451 000 Schüler und Studenten. Das bedeutet, daß im vorigen Jahr jeder 6. Einwohner des Landes eine Schule oder Hochschule besucht hat. Die Zahl der Lernenden hat gegenüber dem Frühjahr 1965 um rund 54 000 zugenommen. Ein Teil dieser Zunahme ist auf demographische Veränderungen zurückzuführen. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen im schul- und studierfähigen Alter hat sich im vergangenen Jahr fünf erhöht. So ist die Zahl der 6- bis 20jährigen in Schleswig-Holstein im Zeitraum von Anfang 1965 bis Mitte 1970 von rund 478 000 auf 526 000 (+ 10%) gestiegen. Darüber hinaus ist die Neigung der Bevölkerung, eine höherwertige Bildung zu erreichen, größer geworden. Hiermit ist aber meistens eine längere Ausbildungszeit verbunden. Wenn immer mehr Jugendliche ihre Schul- und Hochschulzeit verlängern, erhöht sich dadurch wiederum die Zahl der Lernenden. Das ist ein Vorgang, der sich in den letzten Jahren abgezeichnet hat. Auf seine Auswirkungen wird im Verlauf dieses Aufsatzes bei der Untersuchung der Entwicklung der Schüler- und Studentenzahlen in den einzelnen Schul- und Hochschularten eingegangen werden.

Zwischen 1965 und 1970 haben sich aber bei den Schülerzahlen zusätzlich Entwicklungsstörungen dadurch ergeben, daß vom Jahre 1967 an der Beginn des Schuljahres vom 1. April auf den 1. August verlegt worden ist. Die Versetzungen und Entlassungen erfolgen seitdem jährlich zum 31. Juli und die Aufnahmen jeweils am 1. August. Die Umstellung geschah damals durch die Einfügung von zwei Kurzschuljahren, für die sich der Schleswig-Holsteinische Landtag am 5. April 1966 auf Vorschlag der Landesregierung entschieden hatte. Die Kurzschuljahre dauerten je acht Monate. Das Schuljahr 1966, das am 1. April 1966 begonnen hatte, endete am 30. November 1966, und das Schuljahr 1966/67 begann am 1. Dezember 1966 und endete am 31. Juli 1967. Das Schuljahr 1967/68 war dann das erste Normaljahr mit einer Dauer von zwölf Monaten. Die Verlegung des Schuljahresbeginns war somit für die allgemeinbildenden Schulen zum 1. August 1967 organisatorisch vollzogen. Die Schuljahre der berufsbildenden Schulen wurden denen der allgemeinbildenden Schulen sinnvoll angepaßt, so daß z. B. die Aufnahme in die Berufsschule auch während der Umstellungszeit jeweils im Anschluß an die Entlassung aus den allgemeinbildenden Schulen möglich war. Auch die Termine für die statistischen Erhebungen mußten geändert werden. Nach Abschluß der Schuljahres-

umstellung wurden sie für alle Schularten in die Monate Oktober/November gelegt.

Seit 1965 hat sich ferner das schleswig-holsteinische Bildungssystem zu modernen Formen weiter entwickelt. Von welchen Grundsätzen die progressive Bildungspolitik für Schleswig-Holstein ausgeht, läßt sich in den Schriften des Kultusministeriums nachlesen, u. a. in dem Heft "Freiheit durch Bildung" (Schriften des Kultusministeriums, Heft 3, 1970). Bei quantitativen Untersuchungen müssen die Strukturveränderungen im Bildungsbereich selbstverständlich beachtet werden. Hier sei bereits erwähnt, daß sich heute die öffentlichen Schulen in Schleswig-Holstein pädagogisch in die Primarstufe (Grundschule), die Sekundarstufe I (Hauptschule, Realschule, Unter- und Mittelstufe des Gymnasiums) und die Sekundarstufe II (Oberstufe des Gymnasiums, berufsbildende Schulen) gliedern (Schulverwaltungsgesetz in der Fassung vom 26. März 1971).

Allgemeinbildende Schulen

Rund acht Zehntel aller Lernenden Schleswig-Holsteins besuchen eine allgemeinbildende Schule. Zum Bereich der allgemeinbildenden Schulen gehören Grund- und Hauptschulen, Sonderschulen, Realschulen sowie Gymnasien. Diese fünf Schularten wurden 1965 von insgesamt 305 700 Schülern besucht. Im Herbst 1970 konnten dagegen 357 200 Schüler gezählt werden. Damit hat die Zahl der Schüler gegenüber 1965 um 17% zugenommen. Die vorstehenden Zahlen umfassen die Schüler der öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen. Die weiteren Ausführungen werden sich dagegen nur noch auf die öffentlichen Schulen beziehen. Das ist zu verantworten, weil der Anteil der Schüler in privaten allgemeinbildenden Schulen in Schleswig-Holstein weniger als 2% beträgt. Es handelt sich bei den privaten Schulen vor allem um die Schulen der dänischen Minderheit. Sie wurden 1965 von rund 4 000 Schülern und 1970 von rund 4 800 Schülern besucht. Auch die Abendschulen, die in den letzten Jahren eine steigende Bedeutung erlangt haben, werden nur im folgenden Satz erwähnt. Die Abendrealschulen hatten 1970 463 Schüler (1965: 90 Schüler) und die Abendgymnasien 304 Schüler (1965: 226 Schüler).

Eine erste, grobe Vorstellung von den Strukturveränderungen im Bereich der allgemeinbildenden Schulen Schleswig-Holsteins vermittelt die folgende Aufstellung:

	1965	1970
Schüler in öffentlichen allgemeinbildenden Schulen	300 330	350 420
davon in (%)		
Grundschulen	43,8	45,8
Hauptschulen	27,4	20,9
Sonderschulen und Sonderschulklassen	3,6	4,5
Realschulen und Realschulzügen	13,7	14,6
Gymnasien	11,5	14,3

Wie diese Strukturveränderungen zu begründen sind, wird in den Einzeluntersuchungen gezeigt werden.

Die Grundschule umfaßt den 1. bis 4. und die Hauptschule den 5. bis 9. Schuljahrgang. Beide Schularten zusammen wurden früher Volksschule genannt. Ausgeklammert sind die Kindergärten sowie die Vorschulklassen. Die Vorschulerziehung hat in dieser Form erst in jüngster Zeit an Bedeutung gewonnen. 1965 gab es noch keine Vorschulklassen. Die Schülerzahlen in den Grundschulen und in den Hauptschulen haben sich zwischen 1965 und 1970 unterschiedlich entwickelt:

	1965	1970	Veränderung	
	in 1 000	Anzahl	Anzahl	%
Schüler in öffentlichen				
Grundschulen (1. bis 4. Schuljahrgang)	132	160	+29	+22
Hauptschulen (5. bis 9. Schuljahrgang)	82	73	-9	-11
Grund- und Hauptschulen zusammen	214	234	+20	+9

Da alle Kinder - bis auf wenige Ausnahmen - grundschulpflichtig sind, spiegelt sich in der Entwicklung der Grundschülerzahl im wesentlichen die zahlenmäßige Entwicklung der entsprechenden Altersgruppe in der Bevölkerung wider; die Zahl der 6- bis 10jährigen in Schleswig-Holstein hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Das ist im wesentlichen auf die hohen Geburtenzahlen Anfang der 60er Jahre zurückzuführen.

Die rückläufige Entwicklung der Zahl der Hauptschüler läßt sich nicht so eindeutig erklären. Hierbei spielen nicht nur demographische Veränderungen eine Rolle, sondern vor allem Veränderungen bei den Übergängen auf Realschulen und auf Gymnasien. Über die Entwicklung der Übergangsquoten wird noch berichtet werden.

Zunächst aber einen Blick auf die Entwicklung der Schulverhältnisse. Die Zahl der Grund- und Hauptschulen zusammen - diese beiden Schularten sind noch nicht überall organisatorisch von einander getrennt - hat bei steigenden Schülerzahlen ständig abgenommen.

Die Schulen sind somit im Schnitt immer größer geworden. Da die Zahl der Lehrer und auch die der Klassen stärker gestiegen sind als die Schülerzahl, haben sich im Zeitabschnitt 1965/1970 die Relationen Schüler je Lehrer und Schüler je Klasse im Landesdurchschnitt leicht verbessert, die Relation Lehrer je Klasse ist mit 0,9 seit langem unverändert geblieben.

Öffentliche Grund- und Hauptschulen
(ohne Realschulzugs- und Sonderschulklassen)

	Mai		Oktober	
	1965	1967	1969	1970
Schulen	1 458	1 264	1 042	960
Schüler	213 857	209 204	221 833	233 558
Hauptamtliche Lehrer	6 279	6 527	6 918	7 033
Schülerklassen	6 898	7 066	7 581	7 982
Schüler je Lehrer	34,1	32,1	32,1	33,2
Schüler je Klasse	31,0	29,6	29,3	29,3
Lehrer je Klasse	0,91	0,92	0,91	0,88

Etwa 7% der Schüler - bezogen auf die Schüler der Grund- und Hauptschulen - besuchen heute eine Sonderschule. Hierbei handelt es sich vorwiegend um Schulen für Lernbehinderte, aber auch um Krankenschulen und um Schulen für Körperbehinderte. Die öffentlichen Schulen für Lernbehinderte hatten 1965 rund 10 100 und 1970 nicht ganz 15 000 Schüler. Eine Zuwachsrate von nahezu 50% innerhalb von fünf Jahren zeigt, wie sehr man sich um den Ausbau dieser Schulen bemüht hat. Daß der Unterricht in Sonderschulen besondere Anforderungen stellt, läßt sich daran ablesen, daß die Klassen sehr klein sind (1970: 17 Schüler je Klasse) und daß die Lehrer im Durchschnitt weniger Schüler betreuen als in anderen Schulen (1970: 18 Schüler je Lehrer).

Öffentliche Sonderschulen für Lernbehinderte
(einschl. Sonderschulklassen an Grund- und Hauptschulen)

	Mai		Oktober	
	1965	1967	1969	1970
Schulen	64	90	106	109
Schüler	10 092	10 821	13 772	14 980
Hauptamtliche Lehrer	483	558	712	818
Schülerklassen	522	592	791	892
Schüler je Lehrer	20,9	19,4	19,3	18,3
Schüler je Klasse	19,3	18,3	17,4	16,8
Lehrer je Klasse	0,93	0,94	0,90	0,92

Mit Beginn des Schuljahres 1971/72 regelt in Schleswig-Holstein die Orientierungsstufe den

Übergang auf weiterführende Schulen. Sie umfaßt die Klassenstufen fünf und sechs der allgemeinbildenden Schulen und wird an größeren Hauptschulen, an den Realschulen und Gymnasien eingerichtet. In den Klassen der Orientierungsstufe unterrichten gemeinsam Lehrer der drei Schularten nach den gleichen Bildungsplänen (Erlaß des Kultusministers vom 5. Mai 1971 über die Richtlinien für den Unterricht in der Orientierungsstufe). Mit Einführung der Orientierungsstufe sind die Übergangsprüfungen für weiterführende Schulen weggefallen. Sie wurden letztmalig im Sommer 1970 durchgeführt. An der Entwicklung der Ergebnisse der Übergangsprüfungen läßt sich jedoch besonders gut zeigen, wie sich von 1965 bis 1970 der Trend zu den Realschulen und Gymnasien verstärkt hat. Im Frühjahr 1965 hatten 44,8% der Schüler der 4. Grundschulklasse die Übergangsprüfung bestanden, und zwar 18,0% für das Gymnasium, 22,1% für die Realschule und 4,7% für den Realschulzug, der früher Aufbauzug genannt wurde. Im Sommer 1970 waren es dagegen insgesamt 60,0% der Schüler der 4. Grundschulklasse, davon 25,3% für das Gymnasium, 30,0% für die Realschule und 4,7% für den Realschulzug. Der Anteil der Schüler, der für den Übergang auf die Hauptschule zurückblieb, ist damit seit 1965 nicht unerheblich geringer geworden. Das ist ein weiterer Grund dafür, daß die Zahl der Hauptschüler von 1965 bis 1970 abgenommen hat. Gleichzeitig liegt darin auch ein Grund - unter anderen Gründen - für die Zunahme der Schülerzahl an Realschulen und Gymnasien.

Schleswig-Holstein ist seit Jahren als Land der Realschulen bekannt. Auch heute noch ist der Anteil der Realschüler in unserem Land überdurchschnittlich hoch. So besuchten 1969 in Schleswig-Holstein 22,2% aller 13jährigen eine Realschule. Im Bundesdurchschnitt betrug dieser Anteil nur 17,8%. Die Zahl der Realschüler zusammen mit den Schülern, die einen Realschulzug an Hauptschulen - früher Aufbauzug genannt - besuchen, hat von rund 41 200 im Jahre 1965 auf 51 000 im Jahre 1970 zugenommen. Das entspricht einer Zunahme von fast einem Viertel. Diese Zunahme ist wiederum auf verschiedene Gründe zurückzuführen, vor allem aber auf den erhöhten Zugang zu den Realschulen, wie die Entwicklung der Übergangsquoten gezeigt hat. Nicht uninteressant ist es, auch einmal die Erfolgsquote an Realschulen anzusehen. Es wurde errechnet, daß von den Realschülern der 7. Klasse nach Durchlauf der Schule rund 80% - 1965 waren es 79,5% und 1970 80,7% - den Realschulabschluß erwerben. Es wurde dabei nicht

eine bestimmte Gruppe von Schülern während des Durchlaufs durch die Realschulzeit beobachtet und deren Erfolg ermittelt, wie es exakterweise erforderlich gewesen wäre, sondern es wurden lediglich die Bestandszahlen der einzelnen Schuljahrgänge zu bestimmten Stichtagen gegenübergestellt. Diese Bestandszahlen umfassen jedes Jahr aber andere Schüler und enthalten nicht nur den echten Schulerfolg (ohne Sitzenbleiber und Wiederholer), sondern auch Veränderungen durch Wechsel zwischen den Schularten und Wanderrungssalden über die Landesgrenzen.

Öffentliche Realschulen und Realschulzüge an Hauptschulen

	Mai	Oktober		
	1965	1967	1969	1970
Realschulen	105	109	116	117
Schulen mit Realschulzug	50	46	43	42
Schüler	41 229	43 603	49 349	50 999
Hauptamtliche Lehrer	1 916	1 933	2 105	2 218
Schülerklassen	1 474	1 526	1 702	1 792
Schüler je Lehrer	21,5	22,6	23,4	23,0
Schüler je Klasse	28,0	28,6	29,0	28,5
Lehrer je Klasse	1,30	1,27	1,24	1,24

Besonders heftig haben sich die Schülerzahlen in den Gymnasien entwickelt. Sie sind von rund 34 500 im Jahre 1965 auf rund 50 200 im Jahre 1970 angestiegen. Eine Zunahme von 15 700 Schülern entspricht einer Zuwachsrate von knapp 46%. Diese Zunahme resultiert aus unterschiedlichen Gründen. Die Zahl der Jugendlichen im Alter von 10 bis 18 Jahren hat in Schleswig-Holstein zugenommen, die Übergänge aus Grundschulen sind - wie bereits gezeigt worden ist - angestiegen, und der Schulerfolg ist größer geworden, das heißt, im Laufe der letzten Jahre ist der Anteil der Schüler, die das Gymnasium bis zur bestandenen Reifeprüfung durchlaufen haben, gewachsen, und der Anteil der Schüler, die das Gymnasium vorzeitig (z. B. mit dem Zeugnis der Obersekunda) verlassen haben, ist kleiner geworden. Diese Aussage läßt sich mit Hilfe der Erfolgsquoten beweisen. Von den Quartanern 1958 haben 51,5% bis zur Reifeprüfung 1965 durchgehalten, und von den Quartanern 1964 haben 61,3% dieses Ziel 1970 erreicht. Bei diesen Erfolgsquoten handelt es sich wiederum um Rechengrößen. Für sie gilt die bereits bei den Erfolgsquoten der Realschulen erwähnte Einschränkung.

Steigende Schülerzahlen bedeuten, wenn sich die Schulverhältnisse nicht verschlechtern sollen, steigende Lehrerzahlen. Der Ansturm der Schüler ist in den vergangenen Jahren aber so groß gewesen, daß die Entwicklung

der Lehrerzahl in den Gymnasien nicht ganz mithalten konnte. Die Relation Schüler je Lehrer und Lehrer je Klasse haben sich somit seit 1965 ein wenig verschlechtert. Dabei darf nicht übersehen werden, daß es sich bei den nachstehend genannten Relationen nur um Durchschnittswerte für das Land handelt; die regionalen Verhältnisse können sehr viel anders aussehen.

Öffentliche Gymnasien (ohne Fachgymnasien)

	Mai		Oktober	
	1965	1967	1969	1970
Schulen	63	67	70	72
Schüler	34 456	42 659	48 626	50 150
Hauptamtliche Lehrer	2 040	2 270	2 517	2 592
Schülerklassen	1 359	1 585	1 808	1 901
Schüler je Lehrer	16,9	18,8	19,3	19,3
Schüler je Klasse	25,4	26,9	26,9	26,4
Lehrer je Klasse	1,50	1,43	1,39	1,36

Der Bildungsstand der Schüler hat seit 1965 ein höheres Niveau erreicht. Als Indiz für diese Behauptung wurden die Verschiebungen bei den Schulentlassungen aus allgemeinbildenden Schulen angesehen. Der Anteil der Schüler, die den Realschulabschluß oder das Reifezeugnis erhalten haben, hat zugenommen. Der Anteil der Schüler, die die Grund- und Hauptschulen verlassen haben, ohne den Abschluß der 9. Klasse zu erreichen, ist rückläufig gewesen.

Abgänge aus öffentlichen allgemeinbildenden Schulen

	1965	1970
Abgegangene Schüler insgesamt	29 494	27 316
davon (%)		
aus Grund- und Hauptschulen		
ohne Abschluß	20,2	14,0
mit Abschluß	43,9	42,5
Sonderschulabgänge ¹	4,9	7,3
Realschulabschluß ²	23,9	26,3
Reifeprüfung	7,1	9,9

1) Abgänge von Schulen für Lernbehinderte und Kranke und Sonderschulklassen der Grund- und Hauptschulen

2) einschließlich der Übergänge auf Gymnasien

Wirft man noch einen Blick auf die Entwicklung der Zahl der Abiturienten, so stellt man fest, daß im Frühjahr 1965 2 086 Schüler aus den öffentlichen Gymnasien Schleswig-Holsteins mit dem Reifezeugnis entlassen worden sind und im Sommer 1970 2 700 Schüler. Aus einer statistischen Sondererhebung¹ ist bekannt, daß über acht Zehntel

1) siehe "Abiturienten 1971" in dieser Zeitschrift, August 1971, S. 139/42

der Abiturienten studieren wollen. Vielleicht sollte noch angemerkt werden, daß die Abiturientenlawine noch nicht rollt. Nach einer Vorausschätzung werden 1985 voraussichtlich mehr als 6 000 Abiturienten die öffentlichen Gymnasien Schleswig-Holsteins verlassen. Bis dahin wird sich also die Abiturientenzahl mehr als verdoppelt haben. Zu beachten ist dabei, daß es sich nur um die Abiturienten der öffentlichen Gymnasien aus dem Bereich der allgemeinbildenden Schulen handeln wird. Nicht einbezogen sind z. B. die Abiturienten der Fachgymnasien aus dem Bereich der berufsbildenden Schulen.

An dieser Stelle soll noch einmal ein Blick auf die Reform der Oberstufe an Gymnasien geworfen werden. Der Anstoß dafür kam vom Plenum der Kultusministerkonferenz am 2. Juli 1971. In Schleswig-Holstein wird die Einführung der Studienstufe (Sekundarstufe II) vorbereitet, und mit Beginn des Schuljahres 1971/72 erproben bereits 20 Gymnasien des allgemeinbildenden Schulbereichs das neue Verfahren. Der Unterricht erfolgt in einem kombinierten System von Pflichtfächern und individuellen Schwerpunktfächern. Der Unterricht in den Pflichtfächern kann sowohl im Klassenverband als auch in Gruppen nach Themenbereichen erteilt werden. Die individuellen Schwerpunktfächer werden - so ist in der Schrift "Freiheit durch Bildung" auf Seite 20 nachzulesen - mit verschiedener Zielsetzung zur Wahl angeboten.

Berufsbildende Schulen

Die Schülerzahl im berufsbildenden Schulbereich Schleswig-Holsteins hat sich im letzten Jahrfünft kaum verändert. Sowohl 1965 als auch 1970 wurden die beruflichen Schulen von rund 80 000 Schülern besucht. Über acht Zehntel der Schüler aus diesem Schulbereich besuchen eine Berufsschule, d. h. eine berufsbegleitende Teilzeitschule für berufsschulpflichtige Jugendliche, der Rest der Schüler verteilt sich auf viele Schularten (Berufsgrundschule, Berufsaufbauschule, Berufsfachschule, Fachschule, Fachoberschule, Fachgymnasien). Die Konstanz der Schülerzahl täuscht über die tatsächlichen Veränderungen hinweg. Im Augenblick sei nur an die Ausgliederung der Ingenieurschulen und höheren Fachschulen erinnert. Sie wurden 1969 oder später in Fachhochschulen umgewandelt und gehören heute zum Hochschulbereich.

Die Berufsgrundschule soll - nach dem modernen Bildungskonzept² - die Berufsaus-

2) siehe "Freiheit durch Bildung", Schriften des Kultusministeriums, Nr. 3, 1970

bildung mit einem einjährigen Vollzeitunterricht einleiten. Dieses Jahr wird Berufsgrundschuljahr oder auch Berufsgrundbildungsjahr³ genannt. Diese Einrichtung ist bereits 1967 als Versuch eingerichtet worden. Die Berufsgrundschulen, die nach § 7 des Schulverwaltungsgesetzes vom März 1971 Teil der Berufsschulen sind, wurden 1970 von 181 Schülern besucht. Daneben gibt es seit 1965 an den Berufsschulen für Jugendliche ohne Hauptschulabschluß ein sogenanntes Vollschuljahr. 1970 befanden sich 189 Schüler in einem hauswirtschaftlichen, pflegerischen oder gewerblichen Vollschuljahr.

Neben der betrieblichen Ausbildung soll dann die schulische Ausbildung wie bisher in einer Berufsschule in Form von Teilzeitunterricht oder Blockunterricht (z. B. in einer Landes-

berufsschule) für bestimmte Berufe oder Berufsgruppen fortgesetzt werden. Dieses zweigleisige System der beruflichen Erstausbildung - praktische Ausbildung im Betrieb und theoretische Ausbildung in der Berufsschule - wird duales System genannt. Die Berufsschulen Schleswig-Holsteins wurden 1965 von 68 556 und 1970 von 65 745 berufsschulpflichtigen Schülern besucht. Sowohl 1965 als auch 1970 waren 35% der Berufsschüler in kaufmännischen Berufen tätig und 17% in Berufen der Metallerzeugung und -verarbeitung. Das heißt, daß über die Hälfte aller Berufsschüler zu diesen beiden Berufsgruppen zählt. Ein Jahrfünft ist zu kurz bemessen, um von den Veränderungen in der Berufsgruppenstruktur der Schüler auf Veränderungen in Wirtschaft und Technik schließen zu können.

Die Berufsaufbauschule, die ebenfalls nach § 7 des Schulverwaltungsgesetzes vom März 1971 Teil der Berufsschule ist, vermittelt qualifizierten Lehrlingen eine vertiefte Berufsausbildung und allgemeine Bildung. Die Jugendlichen besuchen die Berufsaufbauschule zum Teil neben der Lehre, zum Teil als Vollzeitschule nach der Lehre.

Berufsschüler nach der Berufsgruppe

Berufsgruppe	1965		1970	
	Schüler	%	Schüler	%
Landwirtschaftliche Forst-, Jagd- und Fischereiberufe, Gartenbauberufe sowie ländliche Hauswirtschaftsberufe (nur in Lehrbetrieben)	2 367	3,5	2 317	3,5
Bauhaupt- und Baunebenberufe	5 192	7,6	3 409	5,2
Metallerzeugungs- und -verarbeitungsberufe	11 328	16,5	11 168	17,0
Elektrikerberufe	4 943	7,2	5 764	8,8
Chemiearbeiter und Kunststoffverarbeiter	85	0,1	110	0,2
Holzverarbeitungs- und zugehörige Berufe	1 304	1,9	1 285	2,0
Textilherstellungs- und -verarbeitungsberufe	1 160	1,7	1 459	2,2
Lederherstellungs-, Leder- und Fellverarbeitungsberufe	196	0,3	31	0,0
Nahrungs- und Genußmittelherstellungsberufe	2 607	3,8	2 434	3,7
Übrige Fertigungsberufe	2 461	3,6	916	1,4
Technische Berufe	.	.	1 583	2,4
Kaufmännische Berufe	23 944	34,9	22 994	35,0
Hauswirtschaftliche Berufe	157	0,2	163	0,2
Gesundheits- und Körperpflegeberufe einschließlich Friseure	3 175	4,6	3 290	5,0
Übrige Dienstleistungsberufe	678	1,0	1 107	1,7
Lehrlinge, Anlernlinge, Praktikanten und Angelernte mit Vertrag insgesamt	59 597	86,9	58 030	88,3
Jungangestellte in kaufmännischen Berufen und Jungarbeiter in fremden Betrieben	6 155	9,0	6 071	9,2
Übrige	1 666	2,4	491	0,7
Ohne Beruf und Arbeitslose	1 138	1,7	1 153	1,8
Berufsschüler insgesamt	68 556	100	65 745	100

Öffentliche Berufsaufbauschulen

	1965	1970
Schulen	24	26
Vollzeitschüler	109	312
Teilzeitschüler	2 214	1 305
darunter Berufsschüler	1 782	723

Der Rückgang der Zahl der Berufsaufbauschüler mag damit zusammenhängen, daß es heute für die Jugendlichen noch viele andere Möglichkeiten gibt, den Bildungsweg fortzusetzen.

Berufsfachschulen und Fachschulen haben unterschiedliche Aufgaben. Die Berufsfachschulen werden von Jugendlichen besucht, die sich nach dem Besuch einer allgemeinbildenden Schule fachlich Vorbildung wollen, ohne bereits in einen Beruf zu gehen. Die Schulen dienen also der Berufsvorbereitung oder der Berufsausbildung. Die Fachschulen setzen eine praktische berufliche Tätigkeit voraus. Aufgabe der Fachschule ist es, eine stärkere berufliche Spezialisierung zu ermöglichen und eine vertiefte theoretische Fundierung des beruflichen Fachwissens zu vermitteln. Fachschulen dienen also vorwiegend einer Anhebung der beruflichen Qualifikation. Die Fluktuation der Zuordnung der einzelnen Schularten zu den Berufsfach- oder Fachschulen war in letzter Zeit so groß, daß keine exakten Entwicklungsreihen der Schülerzahlen seit 1965 aufgestellt werden

3) "Bildung, Beruf, Aufstieg", herausgegeben vom Kultusministerium und dem Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, 1971 - Schriftenreihe der Landesregierung

können. Bei beiden Schultypen wurden Schulen zugeordnet, Schulen ausgegliedert und Schulen umgegliedert. Ohne auf diese Einzelheiten hier einzugehen, werden - um eine Größenvorstellung von den Besucherzahlen zu geben - hier nur die Schülerzahlen von 1970 genannt. Die öffentlichen und privaten Berufsfachschulen wurden 1970 von 4 300 Schülern besucht. Zu den Berufsfachschulen zählen vor allem die Handelsschulen. Die öffentlichen Handelsschulen und höheren Handelsschulen zusammen hatten rund 2 200 Schüler, d. h. daß etwa die Hälfte der Berufsfachschüler eine öffentliche Handelsschule besucht. Die öffentlichen und privaten Fachschulen Schleswig-Holsteins hatten 1970 insgesamt 4 100 Schüler, darunter waren 1 300 Schüler in landwirtschaftlichen Fachschulen. Träger der landwirtschaftlichen Fachschulen ist die Landwirtschaftskammer.

Die schleswig-holsteinischen Fachgymnasien umfassen die Wirtschaftsgymnasien, die sozialwirtschaftlichen Gymnasien und die technischen Gymnasien. Diese Schulen führen in drei Jahren (11., 12. und 13. Klasse) zur Hochschulreife. Die Klassen 11 und 12 des Fachgymnasiums sind - nach einem Erlaß des Kultusministers vom 12. Mai 1971 über die Weiterentwicklung der Fachoberschulen zum Fachgymnasium - zugleich Fachoberschulen. Die Fachgymnasien wurden 1965 - damals nur Wirtschaftsgymnasien, unter dem Namen "Wirtschaftsoberschule" von 400 Schülern besucht. 1970 hatten die schleswig-holsteinischen Fachgymnasien 1 158 Schüler, und hinzu kamen noch 868 Schüler in Fachoberschulen. 1965 gab es noch keine Fachoberschüler.

Die zukünftige Entwicklung wird auch beim Fachgymnasium langfristig in dieselbe Richtung tendieren wie beim allgemeinbildenden Gymnasium (Studienstufe). Der Besuch der Studienstufe kann zu folgenden Abschlüssen führen: Fachhochschulreife, fachgebundene Hochschulreife, allgemeine Hochschulreife.

Hochschulen

Im Wintersemester 1970/71 gab es in Schleswig-Holstein rund 14 200 Studenten. Sie studierten in Kiel, Flensburg, Lübeck, Rendsburg, Wedel sowie in Eckernförde und Neumünster. Diese Aussage wird zunächst überraschen, da man traditionsgemäß gewohnt ist, nur die Studenten der Christian-Albrechts-Universität in Kiel in den Hochschulbereich einzubeziehen. Bereits am 1. Oktober 1964 erweiterte sich der Kreis der Studenten. Damals wurde die Medizinische Akademie in Lübeck als zweite medizinische Fakultät der

Universität in Kiel errichtet. Heute gehören außerdem zum Hochschulbereich die Pädagogischen Hochschulen und seit dem 1. August 1969 auch die Fachhochschulen. Die Studentenzahl des Wintersemesters 1970/71 setzt sich daher zusammen aus rund 8 300 Studenten der Universität in Kiel (einschließlich Medizinische Akademie in Lübeck), aus 2 100 Studenten der Pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg sowie aus 3 800 Studenten der Fachhochschulen Kiel (mit Standorten in Eckernförde und Neumünster), Flensburg, Lübeck, Rendsburg und Wedel.

Die Zahl der Studenten an der Universität in Kiel (einschließlich Medizinische Akademie in Lübeck) hatte im Wintersemester 1965/66 6 416 Studenten betragen. Im Wintersemester 1970/71 waren es 8 336 Studenten. Das entspricht einer Zunahme von 30%. Die vorstehenden Zahlen sind der "kleinen Hochschulstatistik" entnommen. Das ist erwähnenswert, weil bei der Nennung von Studentenzahlen aus dem Universitätsbereich Mißverständnisse auftreten können. Es gibt nämlich auch Zahlen aus der "großen Hochschulstatistik". Sie weichen ein wenig von den Ergebnissen der "kleinen Hochschulstatistik" ab. Der Unterschied liegt darin, daß die "kleine Hochschulstatistik" bereits im Laufe des Semesters (einschließlich Beurlaubte) aufgestellt wird. Bis Ende des Semesters ergeben sich dann noch geringe Veränderungen in den Studentenzahlen, vor allem durch verspätete Anmeldungen, durch Fakultäts- und Fächerwechsel sowie durch nachträgliche Exmatrikulationen. In der "großen Hochschulstatistik" sind die genannten Veränderungen bereits berücksichtigt. Außerdem enthält sie nicht mehr die Beurlaubten.

Die Pädagogischen Hochschulen Kiel und Flensburg wurden im Wintersemester 1965/66 von insgesamt 1 532 Studenten besucht. Im Wintersemester 1970/71 wurden 2 137 Studenten (+ 39%) für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen ausgebildet. Wie vielfältig heute die Ausbildungsmöglichkeiten auch auf diesem Gebiet sind, läßt sich daraus ersehen, daß 1970/71 ferner 66 Studenten im Ergänzungsstudium waren. Dabei handelt es sich um Aushilfslehrer an Grund- und Hauptschulen, die an der Pädagogischen Hochschule in Kiel studierten, um die volle Lehrbefähigung zu erlangen. Ferner studierten 148 Studenten am Institut für Heilpädagogik, um sich auf das Lehramt an Sonderschulen vorzubereiten. Darunter waren abgeordnete Lehrer und auch neben dem Beruf Studierende. Im Wintersemester 1965/66 besuchten lediglich 24 Teilnehmer einen Lehrgang, um Sonderschullehrer zu werden. Das Institut für Heilpädagogik wurde 1967 errichtet.

Fachhochschulen im Wintersemester 1970/71

	Studenten
Staatliche Fachhochschule Flensburg für Technik	412
Staatliche Fachhochschule Kiel für Technik und Sozialwesen	
Fachbereich Technik (Maschinenbau, Elektrotechnik, Feinwerktechnik, Schiffbau und Kerntechnik in Kiel)	576 ^a
Fachbereich Bauwesen (Hoch- und Ingenieurbau in Eckernförde)	312
Fachbereich Textilwesen in Neumünster	52
Fachbereich Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Kiel	347
Staatliche Fachhochschule Lübeck für Technik und Seefahrt	
Fachbereich Maschinenbau, Elektrotechnik und Physikalische Technik in Lübeck	735
Fachbereich Hoch- und Ingenieurbau in Lübeck	260
Fachbereich Seefahrt in Lübeck	119
Staatliche Fachhochschule für Musik, Schleswig-Holsteinische Musikakademie und Norddeutsche Orgelschule in Lübeck	200
Fachhochschule für Landwirtschaft der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein in Rendsburg	224
Fachhochschule Wedel, Staatlich anerkannte Fachhochschule für Physikalische Technik und Informationstechnik	404 ^b
Wirtschaftsakademie Kiel, Staatlich anerkannte Fachhochschule	136
Fachhochschulen insgesamt	3 777

a) ohne Zusatzausbildung Kerntechnik (18 Studenten)

b) ohne Zusatzausbildung EDV für technische und naturwissenschaftliche Berufe (33 Studenten)

Wegen der Schwierigkeiten einer exakten Zuordnung der gerade in dieser Periode umgestalteten Schulen dieses Bereichs wurde darauf verzichtet, in der obigen Tabelle Vergleichszahlen für 1965 zu bringen.

Seit dem 1. August 1969 gibt es in Schleswig-Holstein Fachhochschulen, die zum Hochschulbereich gehören. Nach § 4 (2) des Fachhochschulgesetzes vom 26. Juni 1969 wurden zunächst vier staatliche Fachhochschulen in Schleswig-Holstein gegründet. Es handelte sich dabei um bisherige Ingenieurschulen und höhere Fachschulen. Im Wintersemester 1970/71 bestanden bereits sieben Fachhochschulen mit unterschiedlichen Fachbereichen.

Um einen Überblick über die Entwicklung der Studentenzahlen nach Fachrichtungen für den gesamten Hochschulbereich in Schleswig-Holstein zu geben, wurden die Ergebnisse des Wintersemesters 1970/71 mit denen des Wintersemesters 1966/67 verglichen. Es war aus methodischen Gründen nicht möglich, auf das Wintersemester 1965/66 zurückzugreifen. Die Ergebnisse zeigen, daß vor allem die Neigung, naturwissenschaftliche Fächer zu studieren, in den letzten Jahren größer geworden ist.

Deutsche Studenten im Hochschulbereich nach Fachrichtungen

Ergebnisse aus der "Kleinen Hochschulstatistik"

Fachrichtung	Universität ¹ , Medizinische Akademie und Pädagogische Hochschulen ²		
	Wintersemester		
	1966/67	1970/71	1970/71
Theologie	107	107	—
Geisteswissenschaften	1 850	1 683	189 ^a
Rechtswissenschaft	875	1 080	—
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	513	499	482
Humanmedizin	1 327	1 246	—
Zahnmedizin	296	263	—
Math. und Naturwissenschaften (einschließlich Pharmazie)	1 592	2 641	—
Landwirtschaft	123	251	222
Ingenieurwissenschaften (einschließlich Seefahrt)	—	—	2 760
Erziehungswissenschaften	1 982	2 117	—
Insgesamt	8 665	9 887	3 653

1) einschließlich Beurlaubte

2) ohne Zusatzausbildung EDV für technische und naturwissenschaftliche Berufe sowie Kerntechnik

a) Musik

Aus der Fülle der vorhandenen statistischen Unterlagen über die Studenten sei nur noch angeführt, daß von den deutschen Studenten der Universität in Kiel knapp zwei Drittel und von den Studenten der Pädagogischen Hochschulen ungefähr neun Zehntel ihren ständigen Wohnsitz in Schleswig-Holstein haben. Diese Anteile haben sich in den vergangenen Jahren kaum geändert.

Als Grundlagen für die im vorliegenden Aufsatz gemachten Ausführungen über die Entwicklungen im Schul- und Hochschulbereich 1965 bis 1970 dienten Unterlagen, bei denen es sich nur um Bruchteile des sehr umfangreichen historischen und aktuellen statistischen Materials auf diesem Gebiet handelt. Im Rahmen der hier gebotenen Kürze wurde z. B. auf die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Geschlecht und Bildungsweg verzichtet.

Ausführliches Material ist zu finden in der Veröffentlichung "Bildung in Zahlen", Planungsunterlagen 1971, Schriften des Kultusministeriums Nr. 9 vom September 1971, die vom Kultusministerium in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt und unter Beteiligung des Leiters der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung herausgegeben worden ist.

Lieselotte Korscheyo

Landwirtschaft

Die 2. Hälfte des vergangenen Jahrzehnts war für die Landwirtschaft eine Periode gravierender Veränderungen. In der Schlußphase der zwölfjährigen Übergangszeit zur Endstufe des gemeinsamen EWG-Agrarmarktes wurde 1967 und 1968 das gemeinsame EWG-Agrarpreisniveau eingeführt, erschien Ende 1968 das unter dem Namen Mansholt-Plan bekanntgewordene Memorandum der EG-Kommission zur Reform der Landwirtschaft, wurde 1969 der französische Franc ab- und kurz darauf die DM aufgewertet. Erheblichen Integrationsfortschritten im Agrarbereich standen Rückstände in der Europäischen Integration auf anderen Gebieten, insbesondere auf dem Wirtschafts- und Währungsgebiet gegenüber. Dieser Gegensatz wurde trotz aller staatlichen Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft immer spürbarer. Die hier beispielhaft aufgeführten Ereignisse haben - unterstützt durch eine intensive öffentliche Diskussion - den seit nunmehr 20 Jahren ablaufenden Anpassungsprozeß der Landwirtschaft an die Erfordernisse der modernen Industriegesellschaft erheblich beschleunigt. In diesem Prozeß nimmt die Zahl der flächenarmen Betriebe ab und die der großen zu, scheiden Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft aus oder nehmen zum Teil neben der betrieblichen eine außerbetriebliche Tätigkeit auf, werden menschliche und tierische Arbeit auf die Maschine verlagert, werden handarbeitsaufwendige Produktionszweige zugunsten volltechnisierbarer eingeschränkt und werden die Viehbestände entweder bei gleichzeitiger Spezialisierung aufgestockt oder abgeschafft. All das hat sich auch in Schleswig-Holstein mit beachtlichem Tempo vollzogen.

Produktionsgrundlagen

Die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit 2 und mehr ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) hat in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre etwa doppelt so stark abgenommen wie in der ersten Hälfte, nämlich um fast 14% von 46 000 auf 39 600. Die stärkste relative Abnahme mit fast einem Drittel gab es in der Größenklasse von 10 - 20 ha. Während die Zahl der Betriebe zwischen 20 und 30 ha Größe von 1960 - 1965 noch um fast 5% zugenommen hatte, ging sie in den folgenden 5 Jahren um 11% zurück. Beachtlich sind dagegen die Zunahmen über 30 ha: Sie betragen zwischen 1960 und 1965 fast 450 Betriebe (4%) und zwischen 1965 und 1970 mehr als dreimal soviel, nämlich

Landwirtschaftliche Betriebe

Größenklasse ha	1965	1970	Veränderung
	Anzahl		%
2 - 10	12 261	8 987	- 27
10 - 20	11 478	7 951	- 31
20 - 30	10 243	9 109	- 11
30 - 50	8 316	9 210	+ 11
50 und mehr	3 722	4 346	+ 17
Zusammen	46 020	39 603	- 14

gut 1 500 Betriebe (13%). Damit entfielen 1970 fast zwei Drittel der insgesamt rund 1,115 Mill. ha großen LF auf gut 13 500 Betriebe mit 30 und mehr ha Größe, weitere 20% entfielen auf 9 100 Betriebe zwischen 20 und 30 ha. Das Ende dieser Entwicklung ist zur Zeit noch nicht abzusehen, jedoch ist Schleswig-Holstein auf diesem Gebiet allen anderen Bundesländern erheblich voraus.

Mit den Änderungen in der Größenstruktur der Betriebe eng verbunden waren auch die Wandlungen im Beschäftigtenbereich. Da Erhebungen hierüber im zweijährigen Turnus durchgeführt werden, stimmen die Daten hierzu zeitlich nicht mit den Angaben über die Betriebsgrößenänderungen überein. Dennoch läßt sich sagen, daß die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten immer noch stärker abgenommen hat als die der Betriebe.

In den landwirtschaftlichen Betrieben
und Haushalten beschäftigte Personen¹
Betriebe mit 2 und mehr ha

Personengruppe	1964/65		1970		Veränderung %
	in 1 000	%	in 1 000	%	
Alle Beschäftigte zusammen	148,0	100	113,1	100	- 24
männlich	83,4	100	63,5	100	- 24
und zwar					
vollbeschäftigt zusammen	124,9	84	89,1	79	- 29
männlich	68,9	83	49,4	78	- 28
teilbeschäftigt ² zusammen	23,1	16	23,9	21	+ 4
männlich	14,5	17	14,1	22	- 3
auch außerbetriebl. beschäftigt ² zusammen	9,3	6	9,8	9	+ 6
männlich	7,9	9	7,7	12	- 3
Familienfremde zusammen	28,0	19	16,9	15	- 40
männlich	21,6	26	13,5	21	- 38

1) Betriebsinhaber, Familienangehörige, ständige familienfremde Arbeitskräfte
2) nur Familienarbeitskräfte

Das bedeutet, daß nicht nur im Zuge der Betriebsaufgabe Personen aus der Landwirtschaft ausschieden, sondern auch durch Freisetzung aus den bestehenden Betrieben. Die Gesamtzahl der in den Betrieben und deren Haushalten beschäftigten Personen hat in 6 Jahren um fast ein Viertel, die der Vollbeschäftigten sogar um reichlich ein Viertel abgenommen, dagegen ist die Zahl der Teilbeschäftigten etwa konstant geblieben. Bei sinkender Betriebszahl bedeutet das, daß die Teilzeitbeschäftigung jetzt auch in solchen Betriebsgrößen verbreiteter vorkommt, in denen sie bisher selten war. Während 1965 in der Größenklasse 10-20 ha kaum 15% der Arbeitskräfte landwirtschaftlich teilbeschäftigt waren, stieg deren Anteil bis 1971 auf etwa 25% und selbst zwischen 20 und 30 ha liegt der Anteil heute bei über 15%. Etwa ein Zehntel aller in der Landwirtschaft tätigen Personen hat auch noch eine außerbetriebliche Tätigkeit. Das erscheint auf den ersten Blick gering. Bezieht man diese Zahl korrekter nur auf die Familienmitglieder, so steigt der Anteil bei den Männern auf 15% an. Während früher die Kombination betrieblicher mit außerbetrieblicher Tätigkeit im wesentlichen auf die Betriebe bis zu 5 ha, höchstens aber bis zu 10 ha Größe beschränkt war, ist sie heute bis zu 20 ha nicht mehr ungewöhnlich. So stieg der Anteil der betrieblich sowie außerbetrieblich tätigen Männer an der Gesamtzahl der überhaupt in der Landwirtschaft beschäftigten Männer in der Größenklasse 10 - 20 ha innerhalb von 6 Jahren von 7% auf 17% an.

Über die Technisierung der Landwirtschaft kann hier nur beispielhaft berichtet werden, da umfassende Unterlagen nur in größeren Zeitabständen gewonnen werden. So liegen zum Thema passende Zahlen nur über den Schlepper- und den Mähdreschereinsatz vor. Die eigentliche Motorisierungswelle der Landwirtschaft - der Austausch Pferd gegen Schlepper - war 1965 abgeebbt. Die Zahl der Schlepper hat seitdem nur noch um etwa 1 000 jährlich zugenommen; um 1960 herum waren es dagegen noch etwa 4 000 pro Jahr gewesen. 1970 dürften insgesamt etwa 59 000 Schlepper in der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft eingesetzt worden sein. In den letzten Jahren galt das Interesse insbesondere dem leistungsstarken Schlepper - also mit hohen PS-Zahlen - der als Zug- und Antriebskraft der immer leistungsfähiger werdenden Arbeitsaggregate geeignet ist. Die Zahl der Mähdrescher ist zwischen 1965 und 1970 nochmals beträchtlich und zwar von 7 700 auf 9 500 angestiegen, jedoch sind auch hier die jährlichen Zuwachsraten geringer geworden. Reichlich 900 dieser Mähdrescher gehören Lohnunternehmern oder Genossen-

schaften. Hierin wird sichtbar, daß ein beachtlicher Teil spezieller Arbeitserledigung an Dienstleistungsunternehmen übertragen wird.

In der Bodenproduktion haben sich die Gewichte weiterhin zu den am besten technisierbaren Produktionszweigen - also zu den Mähdruschfrüchten Getreide und Raps - verschoben. Eingeschränkt wurde der Anbau arbeitsaufwendiger Hackfrüchte - Kartoffeln, Futterrüben - und überwiegend extensiver Formen des Ackerfutterbaues. Auch diese Entwicklung ist eng verbunden mit den Veränderungen in der Betriebsgrößenstruktur: Die expandierenden Früchte werden in größeren Betrieben, die abnehmenden in kleineren und mittleren Einheiten bevorzugt. Beachtlich ist die Steigerung beim Mais, der bislang nur in Süddeutschland zunehmend angebaut wurde, aber nach Züchtung entsprechender Sorten offenbar nun auch für unser Land rasch an Bedeutung gewinnt. Der Kartoffelbau war stärker rückläufig als durch die Zahlen zum Ausdruck kommt, da 1970 infolge besonderer Umstände erheblich mehr Kartoffeln angebaut worden sind als in den Jahren unmittelbar davor und danach mit jeweils nur gut 11 000 ha. Die davon erzielbare Ernte reicht zur Versorgung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung trotz abnehmenden Verzehrs nicht mehr aus.

Bodennutzung

	1965	1970	Veränderung	
	1 000 ha	1 000 ha	1 000 ha	%
Getreide ¹	403,1	409,7	+ 6,6	+ 1,6
Körnermais	0,1	0,5	+ 0,4	+ 518
Ölfrüchte	27,6	48,7	+ 21,0	+ 76
Grünmais	1,8	5,3	+ 3,5	+ 202
Kartoffeln	18,0	14,1	- 3,9	- 22
Futterrüben ²	39,7	35,9	- 3,9	- 9
Ackergrünland ³	122,1	94,2	- 28,0	- 22

1) ohne Körnermais

2) Runkel- und Steckrüben

3) einschließlich Klee und Klee gras

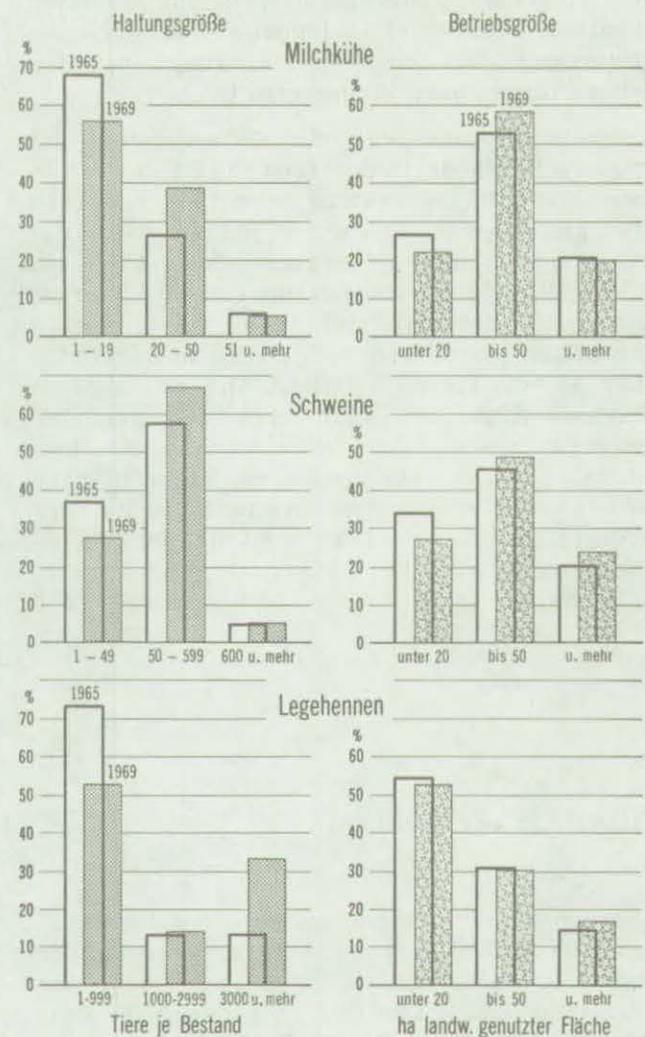
Rund drei Viertel des Produktionswertes der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft entfallen auf tierische Erzeugnisse. Eine möglichst günstige Produktionsstruktur auf diesem Gebiet ist daher besonders wichtig für den wirtschaftlichen Erfolg. Auch hier haben sich die Verhältnisse erheblich gewandelt. Die Zahl der Haltungen ist erheblich kleiner geworden. Einmal sind im Zuge der Betriebsauflösungen Haltungen ausgeschieden, zum anderen haben sich viele Betriebsleiter spezialisiert, sich also auf eine oder wenige Tierarten konzentriert; nicht wenige wirt-

schaften heute sogar ganz viehlos. In den verbliebenen Haltungen sind die weitergeführten Bestände durchweg ganz erheblich aufgestockt worden, so daß von den wichtigsten Tierarten insgesamt 1970 meist sogar mehr Tiere gehalten wurden als 5 Jahre zuvor. Für die Verteilung der Bestände auf Bestands- und Betriebsgrößen liegen für 1970 keine Daten vor. Die Veränderungen umfassen insoweit also nur einen vierjährigen Zeitraum.

Das Pferd - ehemals wichtigste Zugkraft der Landwirtschaft - ist bereits vor dem hier interessierenden Zeitraum durch den Schlepper aus seiner früheren Funktion verdrängt worden. Die heute gehaltenen Pferde dienen überwiegend dem Reit- und Fahrsport. Dabei ist es fraglich, ob sämtliche Tiere bei den Zählungen erfaßt werden, da sie vielfach außerhalb der Landwirtschaft bei Privatleuten stehen und leicht übersehen werden. Es kann daher sein, daß ihre Zahl nicht mehr zurückgeht, sondern bei etwa 20 000 Tieren liegen wird.

Mit einem Beitrag von rund 40% zum Produktionswert ist die Rindviehhaltung der gewichtigste Produktionszweig der Landwirtschaft. Innerhalb dieses Zweiges verteilen sich die Gewichte zu knapp zwei Dritteln auf die Milch und gut einem Drittel auf die Fleischerzeugung. In Anpassung an die Marktlage hat, unterstützt durch staatliche Maßnahmen, in den letzten Jahren eine mäßige Verschiebung von der Milch- zur Fleischproduktion stattgefunden. Die Haltung sowohl zur Milchgewinnung als auch zu Mastzwecken konzentriert sich dabei immer mehr auf die Betriebe zwischen 20 und 50 ha Größe und Rinderbestände von mehr als 50 bzw. Milchkuhbestände zwischen 20 und 50 Tieren. Regional ist eine Verlagerung der Milchproduktion vom Hügelland auf die grundland-

Verteilung der Viehbestände auf Haltungs- und Betriebsgrößenklassen



reichen Geestgebiete und Teile der Marsch von Bedeutung.

Ebenso wie die Rindviehhaltung hat sich auch die Schweinehaltung, die zu rund einem Viertel am Produktionswert der Landwirtschaft beteiligt ist, auf immer weniger, dafür aber größere Haltungen konzentriert. Die Zahl der Halter hat in den 5 Jahren um rund ein Drittel auf 43 000 abgenommen. Bei den aufgegebenen Haltungen handelt es sich in erster Linie um Selbstversorger- und Kleinhaltungen. Fast drei Viertel aller Schweine werden heute in Beständen von mehr als 50 Tieren gehalten, 5 Jahre zuvor waren es nicht einmal zwei Drittel gewesen. Insgesamt ist der Schweinebestand größer geworden. Dennoch bleibt anzumerken, daß die Schweinehaltung in einigen anderen Bundesländern wesentlich stärker expandiert hat als bei uns, so daß Schleswig-Holsteins Anteil an der Schlachtschweineproduktion des Bundesgebietes zurückgegangen ist.

In der Schafhaltung sind keine spektakulären Veränderungen eingetreten. Haltungen und

Viehhalter und Viehbestände im Dezember

Tierart	Halter			Bestände		
	1965	1970	Veränderung	1965	1970	Veränderung
	in 1 000		%	in 1 000		%
Pferde	9	6	- 35	19	18	- 5,7
Rinder	43	36	- 18	1 379	1 407	+ 2,1
dar. Kühe	41	32	- 23	505	496	- 1,7
Schweine	63	43	- 32	1 701	1 774	+ 4,3
dar. Zuchtsauen	30	18 ^a	- 40	169	183	+ 8,4
Schafe	5	4	- 10	105	97	- 7,5
Hühner	105	65	- 38	4 884	4 920	+ 0,7
Gänse	10	6	- 45	83	48	- 41,5
Enten	23	16	- 30	191	157	- 18,1

a) Mai 1971

Bestände sind zwar weniger geworden; zwischenzeitlich gab es jedoch auch Zunahmen der Bestände. Die Zahl der im Sommer gehaltenen Tiere ist in jüngster Zeit geringer geworden, da eine Verlagerung in der Schlachtungssaison eingetreten ist.

Besonders stark war die Konzentration auf größere Bestände in der Geflügelhaltung. Der Gesamthühnerbestand war 1965 und 1970 etwa gleich groß. 1969 wurde jedoch ein Drittel der Legehennen gegenüber nur 13% im Jahre 1965 in Beständen über 3 000 Tieren, und fast drei Viertel des Mastgeflügels gegenüber gut 45% im Jahre 1965 in Beständen über 10 000 Tieren gehalten. Die Haltung von Wassergeflügel ist ganz erheblich geringer geworden. Noch deutlicher als an den nur einmal jährlich stattfindenden Viehzählungen läßt sich das an dem Schlupfergebnis der Brütereien ablesen: 1965 sind 68 000 Gänseküken und 183 000 Entenküken erbrütet worden, 1970 waren es nur noch 36 000 Gänse- und 68 000 Entenküken.

Dr. Dieter Mohr

Pflanzliche Produktion

Getreide

Aus den bereits erwähnten Gründen betriebswirtschaftlicher Art zeigt sich während der Vergleichszeit ein steigender Trend im Getreideanbau. Obwohl Schleswig-Holstein einen Zuschußbedarf an Futtergetreide und einen Überschuß an Brotgetreide (Weizen) hat, erhöht sich der Brotgetreideanteil auf Kosten des Futtergetreideanteils. Seit 1969 ist der Futtergetreideanbau auch absolut rückläufig. Für diese marktwirtschaftlich nicht von vornherein einleuchtende Entwicklung lassen sich mehrere Ursachen anführen. Einmal ist - wie erwähnt - die weitere Entwicklung der Betriebsgrößenstruktur - weniger kleine, mehr größere Betriebe - von Einfluß. Die kleineren, oft viehstarken Betriebe bauen zu wesentlich höherem Prozentsatz Futtergetreide an, während die größeren Betriebe mehr Verkaufsetreide, mehr Brotgetreide anbauen. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist der Anbau von Brotgetreide, insbesondere von Weizen wegen der höheren Preise und wegen der höheren Ertragserwartungen lohnender als der Futtergetreideanbau.

Die Getreideerträge schwankten innerhalb der Vergleichszeit stark. Spitzenjahr war hier 1968. 1970 brachte im Durchschnitt aller Getreidearten kaum höhere Erträge als 1965. Die Übersicht zeigt, daß 1968 auch die höchste Gesamternte an Getreide erzielt

Die Getreideerzeugung in Schleswig-Holstein

in 1 000 t

	1965	1966	1967	1968	1969	1970
Weizen	306	270	350	399	383	424
Roggen	208	185	210	250	227	191
Futtergetreide	797	809	847	960	901	735
Getreide insgesamt	1 311	1 264	1 407	1 608	1 511	1 350

wurde, die allerdings jetzt durch das Jahr 1971 überholt worden ist. Sie zeigt weiterhin die stark anwachsende Weizenproduktion und die rückläufige Futtergetreideerzeugung. Die Roggenernte fällt 1970 vor allem wegen der starken Dürreschäden auf den leichten Böden - den Hauptstandorten des Roggens - erheblich zurück.

Im Wirtschaftsjahr 1969/70 verkaufte die schleswig-holsteinische Landwirtschaft für 339 Mill. DM (einschließlich 16,5 Mill. DM Getreidepreisausgleich) Getreide gegenüber 314 Mill. DM im Wirtschaftsjahr 1964/65.

Raps

Die gleichen Gründe der strukturellen Entwicklung, darüberhinaus aber auch spezielle betriebswirtschaftliche Gründe führten während der Vergleichszeit nahezu zu einer Verdoppelung der Rapsanbaufläche. Der Raps bietet den Ackerbaubetrieben die Möglichkeit des - im Interesse hoher Erträge im mehrjährigen Abstand notwendigen - Fruchtwechsels von Getreide auf Blattfrüchte, ohne daß sie arbeitsaufwendige Hackfrüchte anbauen müssen. Die festen und relativ günstigen Preise sowie die Abnahmegarantien der Margarinehersteller für Raps begünstigen seinen Anbau. Durch die chemischen Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen und den Mäh-dreschereinsatz ist der Handarbeitsaufwand beim Raps nicht viel größer als bei Getreide.

Die Rapsproduktion in Schleswig-Holstein

in 1 000 t

	1965	1966	1967	1968	1969	1970
Winterraps	56	54	72	106	92	103
Sommerraps und Rüben	5	5	6	5	6	4
Zusammen	61	59	78	111	98	107

In den Erträgen sticht auch beim Raps 1968 als Rekordjahr hervor. Bis 1970 konnte die Erntemenge von 111 000 t trotz erheblicher Anbauausweitungen noch nicht übertroffen werden. Die Verkaufserlöse für Raps und Rüben der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft stiegen von 36 Mill. DM 1964/65 auf 66 Mill. DM im Wirtschaftsjahr 1969/70.

Kartoffeln

Im Kartoffelanbau hielt - wie erwähnt - der abnehmende Trend auch während der Vergleichszeit an. Nach der sehr niedrigen Gesamternte im Jahre 1969 und den damit verbundenen günstigen Preisen reagierten viele Landwirte im folgenden Jahr 1970 mit einer kräftigen Ausweitung der Anbauflächen. Hinzu kamen 1970 außerordentlich hohe Hektarerträge.

Die Kartoffelernten in Schleswig-Holstein

	in 1 000 t					
	1965	1966	1967	1968	1969	1970
Frühkartoffeln	45	31	34	19	8	15
Mittelfrühe und Spätkartoffeln	421	429	481	376	252	399
Zusammen	466	459	515	396	260	414

Für die kartoffelanbauenden Betriebe brachte die hohe Gesamternte von 1970 nicht nur Preiszusammenbrüche, sondern auch erhebliche Absatzschwierigkeiten.

Im Wirtschaftsjahr 1969/70 (mit noch recht hohen Preisen) verkaufte die schleswig-holsteinische Landwirtschaft nur noch für 33 Mill. DM Kartoffeln, das ist die Hälfte der Raps-Verkaufserlöse. 1964/65 waren noch für 48 Mill. DM Kartoffeln verkauft worden.

Zuckerrüben

Der Zuckerrübenanbau hat sich während der letzten sechs Jahre wegen der strikten Kontingentierung von Jahr zu Jahr nur wenig verändert. Auch die Ertragsschwankungen halten sich in Grenzen. Nach dem Jahr 1969 mit der kleinsten Anbaufläche innerhalb der Vergleichszeit und mit relativ niedrigen Hektarerträgen und damit einer recht kleinen Gesamternte wurde 1970 der Anbau merklich ausgedehnt. Hinzu kamen günstige Hektarerträge, so daß die höchste Gesamternte der letzten sechs Jahre erzielt wurde.

Die Zuckerrübenenernten in Schleswig-Holstein

		1965	1966	1967	1968	1969	1970
Anbaufläche	1 000 ha	14,1	14,5	14,3	13,8	13,8	15,0
Ernte	1 000 t	452	521	533	535	487	565
darunter Verarbeitung zu Zucker in Schleswig-Holstein	1 000 t	328	391	442	491	426	457

Die Verkaufserlöse für Zuckerrüben betragen 1969/70 34 Mill. DM gegenüber 44 Mill. DM 1964/65.

Mit Getreide, Ölfrüchten, Kartoffeln und Zuckerrüben sind die wichtigsten landwirt-

schaftlichen Verkaufsfrüchte bereits besprochen. Daneben haben die Gemüse- und Obstproduktion als Übergänge zum gärtnerischen Bereich und die Zierpflanzenproduktion und die Pflanzenanzucht in den Baumschulen als rein gärtnerische Sparten wirtschaftliche Bedeutung - wenn auch regional von sehr unterschiedlichem Gewicht.

Gemüse

Im Gemüseanbau ist zu unterscheiden zwischen dem Feldgemüseanbau in den landwirtschaftlichen Betrieben und dem Anbau von Feingemüse und Frischmarktgemüse in den Gartenbaubetrieben. Da die Entwicklung der vielen Feingemüsearten im einzelnen sehr uneinheitlich und unübersichtlich verlaufen ist, soll hier nur die Entwicklung der wichtigsten Feldgemüsearten betrachtet werden.

Der Kopfkohlanbau ist zu etwa einem Fünftel vertraglich in Preisen und Absatz gesichert. Der übrige freie Anbau hat stark spekulativen Charakter; die Preise sind hier dem freien Spiel des Marktes ausgesetzt, infolgedessen schwankt der Anbauumfang von Jahr zu Jahr stark. Hinzu kommen die jährlichen Ertragsunterschiede. Die sich aus der geschilderten Situation ergebenden Schwankungen in den Erntemengen zeigt die Übersicht. Bei den einzelnen Kopfkohlarten sind die Unterschiede von Jahr zu Jahr noch stärker. Eine Tendenz wird in den betrachteten sechs Jahren nicht erkennbar. Das gilt auch für die übrigen Kohlarten.

Die Ernten ausgewählter Feldgemüsearten und Äpfel im intensiven Erwerbsobstbau in 1 000 t

	1965	1966	1967	1968	1969	1970
Kopfkohl	135,0	215,4	202,4	156,8	140,0	180,6
Übrige Kohlarten	9,9	12,1	11,2	10,7	10,6	10,4
Möhren und Karotten	28,4	33,1	33,2	39,0	27,9	42,9
Frischerbsen	6,5	7,9	10,2	8,4	7,1	5,7
Buschbohnen	8,4	17,9	17,8	9,4	7,0	9,8
Äpfel im intensiven Erwerbsobstbau	32,4	34,2	37,2	28,6	(46,4)	28,3

Der Anbau von Möhren und Karotten ist zu etwa 60% vertraglich gebunden. Der größte Teil der Ernte wird industriell zu Konserven verarbeitet. Im Anbau und in den Erntemengen zeigt sich von 1965 bis 1970 eine zunehmende Tendenz. Diese Entwicklungslinie wurde allerdings 1969 durch Anbaueinschränkungen und gleichzeitig sehr unzureichende Erträge unterbrochen.

Frischerbsen und Buschbohnen werden fast ausschließlich zur industriellen Weiterverar-

beitung in den hiesigen Konservenfabriken, aber auch in Fabriken außerhalb der Landesgrenzen angebaut. Der Anbau für den Frischmarkt spielt nur eine untergeordnete Rolle. Anbau, Absatz und Preise sind jeweils zu etwa 90% vertraglich gebunden. Der Anbauumfang richtet sich bei Bohnen wie bei Erbsen nach den Planungen und damit den Vertragsabschlüssen der Konservenfabriken. Seit 1968 ist hier wegen der schwierigen Absatz- und Preissituation ein rückläufiger Trend zu beobachten, der sich in laufend kleineren Gesamternten zeigt. Bei Buschbohnen ist die Entwicklung durch die sehr schlechten Hektarerträge 1969 und recht günstige Hektarerträge 1970 etwas überdeckt.

Im Obstbau hat lediglich der Apfelanbau größere wirtschaftliche Bedeutung. Die unzureichenden Erzeugerpreise der letzten Jahre haben aber auch hier zu einem laufenden Rückgang geführt. Besonders durch die mit EWG-Mittel geförderten Rodungen von Erwerbsobstanlagen sind die Fläche der Apfelanlagen und dadurch auch die Gesamterntemenge stark zurückgegangen.

Zierpflanzen- und Baumschulerzeugnisse

Über den Umfang der Zierpflanzenproduktion, die laufend an Bedeutung gewinnt, gibt es für den Beobachtungszeitraum nur Zahlen aus den Jahren 1966 und 1969. Einige wenige Zahlen sollen die Entwicklungstendenzen im Zierpflanzenanbau verdeutlichen.

	1966	1969
Zierpflanzenanbaufläche im Freiland	322 ha	326 ha
Fläche der Schnittblumen unter Glas	49 ha	53 ha
Erzeugung von Topfpflanzen ausgewählter Arten ¹ (Fertigware)	3,6 Mill. St.	4,7 Mill. St.

¹) Cyclamen, Blütenbegonien, Hortensien, Topfchrysanthenen, Azaleen (Blühware), Eriken

Während der Freilandanbau sich nur wenig verändert, nimmt der Anbau unter Glas erheblich zu. Unter Glas läßt sich heute durch Veränderung der Tageslichtdauer und Anwendung chemischer Mittel die Produktion wesentlich besser dem Bedarf der Konsumenten anpassen und damit auch ausdehnen. Von den verschiedenen Schnittblumenarten haben besonders Nelken und Chrysanthenen, von den Topfpflanzenarten Begonien, Azaleen, Eriken und wiederum Chrysanthenen Zunahmen zu verzeichnen.

Die Verkaufserlöse¹ des schleswig-holsteinischen Zierpflanzenanbaues stiegen von

¹) Schätzungen des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

62 Mill. DM 1966 auf 63 Mill. DM im Jahre 1969.

In den Produktionsmengen der einzelnen Gruppen von Baumschulerzeugnissen spiegelt sich sehr deutlich die sich verändernde Nachfrage wider.

Infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Lage des Erwerbsobstbaues und ebenso auch der Forstwirtschaft haben die Baumschulen die Obstgehölz- und Forstpflanzenproduktion fast fortlaufend verringert. Die Anzucht von Ziergehölzen, Alleebäumen, Heckenpflanzen, Schling- und Klettergewächsen, immergrünen Gewächsen sowie von Rosen hat sich über die Vergleichszeit - von jährlichen Schwankungen abgesehen - nicht wesentlich verändert. Die Nachfrage von Seiten der privaten Eigenheim- und Kleingartenbesitzer, wie der öffentlichen Hand für Park-, Straßenbepflanzung usw., dürfte eher zunehmen als sinken.

Produktion von Baumschulerzeugnissen
in Millionen Stück

	1965	1967	1969	1970
Veredelte Obstgehölze mit Krone und Beerensträucher	3,1	2,4	2,0	1,8
Verkaufsfertige Ziergehölze und Bäume für Straßen, Parks und Gärten einschl. Heckenpflanzen, Klettergewächse u. ä.	34,0	37,8	30,4	33,1
Veredelte Rosen	17,5	17,1	19,1	17,7
Forstpflanzen - Laubgehölze ¹	65,2	80,8	39,1	47,2
Forstpflanzen - Nadelgehölze ¹	445,6	458,9	321,7	268,7

¹) ohne einjährige Sämlinge

Nach einer Schätzung des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten stiegen die Verkaufserlöse der schleswig-holsteinischen Baumschulen von 81 Mill. DM im Jahre 1965 auf 125 Mill. DM 1969.

Tierische Produktion

80% der Verkaufserlöse der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft stammen aus dem Verkauf von Tieren und tierischen Erzeugnissen (dabei sind allerdings in der Gesamtsumme der Verkaufserlöse die Zierpflanzen und Baumschulerzeugnisse nicht berücksichtigt). Fast die Hälfte aller Verkaufserlöse stammt aus dem Schlachtviehverkauf.

Nachfolgend soll die Entwicklung der tierischen Produktion in den Jahren 1965 bis 1970 anhand einiger Zahlen aufgezeigt werden.

Schlachtungen von Inlandtieren

Je nach Tierart werden gut 80% (Rinder, Kälber, Schweine), oder auch nur etwa 30% (Schafe) der in Schleswig-Holstein erzeugten Schlachttiere auch in hiesigen Schlachtereien oder auf den hiesigen Schlachthöfen geschlachtet. Die übrigen Tiere werden lebend versandt, ein kleinerer Teil verbleibt für Hausschlachtungen.

Mit dem Aufbau moderner und leistungsfähiger Versandschlachtereien im Lande ist der Schlachtvieh-Lebendversand zurückgegangen. Stattdessen werden mehr Schlachtkörperhälften oder auch verarbeitetes Fleisch (Konserven, Würstwaren u. a.) versandt.

Gewerbliche Schlachtungen von Inlandtieren (Großvieh) in Schleswig-Holstein in 1 000 t

	1965	1966	1967	1968	1969	1970
Rinder	57	77	80	83	84	99
Kälber	2,4	2,6	2,6	2,4	2,3	2,1
Schweine	151	154	166	183	200	209
Schafe	0,59	0,85	0,61	0,57	0,49	0,50
Pferde	0,38	0,32	0,26	0,24	0,22	0,22

Die Zahlen über die Entwicklung gewerblicher Schlachtungen geben daher noch nicht unmittelbar Auskunft über die Entwicklung des Schlachtviehaufkommens insgesamt.

Die stärksten Zunahmen zeigen sich während der Vergleichszeit bei den Rinderschlachtungen und bei den Schweineschlachtungen. Sie gehen einher mit dem Trend zur Produktionsausweitung aber auch mit dem erwähnten Rückgang des Lebendviehversandes.

Kälber werden von Jahr zu Jahr weniger geschlachtet. Nicht, weil weniger Kälber geboren werden, sondern weil immer mehr Kälber aufgezogen werden, um als Jungrinder gemästet zu werden oder zur Bestandserhaltung der Milchkuhherden.

Die Schafschlachtungen gingen etwa in gleichem Umfang zurück, wie die Bestände. Von den anfallenden Schlachtschafen (Hammeln) und dem Schaffleisch wird nur ein kleiner Teil im Lande verbraucht. Die größte Menge an Hammeln und Schaffleisch wird exportiert und zwar überwiegend nach Frankreich.

Die Ergebnisse der schleswig-holsteinischen Geflügelschlachtereien zeigen während der Vergleichszeit einen erheblichen Anstieg bei den wichtigsten Geflügelarten Jungmasthühner, Suppenhühner und Truthühner. 1970 wurde bei Jungmasthühnern mit einer Jahresschlachtmenge von über 8 000 t ein vorläufiger Höchststand erreicht. Bei den gewerblichen

Geflügelschlachtungen in Schleswig-Holstein¹⁾

	in t					
	1965	1966	1967	1968	1969	1970
Jungmasthühner	2 936	4 357	5 778	5 683	7 440	8 014
Suppenhühner	630	634	692	732	817	799
Truthühner	23	435	808	441	481	797

¹⁾ nur in Schlachtereien mit einer monatlichen Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Stück Geflügel

Suppenhühner- und Truthühnerschlachtungen wurden die bisherigen Höchststände von 1969 und 1967 annähernd erreicht.

Die gewerblichen Schlachtungen von Enten sind absolut nicht von Bedeutung und waren 1970 rückläufig. Gänse wurden in den erfaßten Schlachtereien praktisch nicht mehr geschlachtet.

Milcherzeugung

Als Folge laufender Aufstockungen der Kuhbestände und ebenso stetig wachsender Jahresmilchleistung stieg auch die Gesamtmilcherzeugung von 1965 bis 1969 ununterbrochen an. 1970 gab es hier einen Umschwung, der vor allem durch den Rückgang der Milchkuhbestände bewirkt wurde. Dieser wiederum steht im Zusammenhang mit den vom Staat gewährten Prämien bei Abschachtung von Milchkuhen oder Umstellung auf die Rindermast. Außerdem ging die durchschnittliche Jahresmilchleistung zurück, so daß die Milcherzeugung 1970 gegenüber 1969 um 3% abfiel. In etwa gleichem Umfang verminderte sich auch die Ablieferungsmenge an Meiereien und Händler.

Milcherzeugung und -verwendung in Schleswig-Holstein in 1 000 t

	1965	1966	1967	1968	1969	1970
Milcherzeugung insgesamt	2 023	2 112	2 139	2 183	2 210	2 139
dar. an Meiereien geliefert	1 820	1 908	1 933	1 988	2 020	1 961
Vollmilchabsatz ¹⁾	208	210	209	212	215	208
Buttererzeugung	59,0	61,0	61,4	63,4	62,7	61,8
Käseerzeugung	8,7	9,4	10,4	11,1	12,9	13,1
Herstellung von Dauermilchwaren	72,7	77,3	81,7	86,6	83,2	77,7

¹⁾ ohne die an die Alstermilchwerke gelieferte Milch

Der Vollmilchabsatz hat sich mit einigen Unterbrechungen parallel mit der Milcherzeugung entwickelt. Die Buttererzeugung war bereits 1969 - trotz noch steigender Milchproduktion - rückläufig. Stetig ausgeweitet wurde - auch noch im Jahre 1970 - die Käseproduktion. Die Herstellung von

Dauermilchwaren - zur Hauptsache Kondensvollmilch, Magermilchpulver und Vollmilchpulver - war wegen der starken Einschränkung der Magermilchpulvererzeugung bereits seit 1969 rückläufig.

Eierproduktion

Die Legehennenbestände Schleswig-Holsteins schwankten während der Vergleichsjahre zwischen 3,7 Mill. Tieren im Jahre 1965 und 3,2 Mill. Tieren 1970. Gleichzeitig fand, wie bereits erwähnt, auch in der Legehennenhaltung eine fortlaufende Konzentration von kleineren auf wenige größere Haltungen statt. Da in größeren Haltungen bessere Legeleistungen je Henne erzielt werden und gleichzeitig Züchtung und verbesserte Haltungsbedingungen ebenfalls höhere Leistungen ermöglichen, stieg die durchschnittliche Legeleistung je Henne und Jahr während der Vergleichszeit von 199 auf 225 (Schleswig-Holstein einschließlich Hamburg).

Die Eiererzeugung in Schleswig-Holstein und Hamburg¹

	1965	1966	1967	1968	1969	1970
Eiererzeugung insgesamt in Mill. Stück	753	800	856	873	896	892
davon verkauft an Erfassungsbetriebe ² %	.	.	45	36	47	44
Großverbraucher ³ %	.	.	26	35	27	26
Einzelverbraucher ⁴ %	.	.	29	29	26	31
Legeleistung Eier/Henne und Jahr	199	204	212	215	221	225

1) Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

2) einschließlich ambulante Aufkäufer

3) einschließlich Gaststätten und Einzelhandel

4) einschließlich Verkauf auf Wochenmärkten

Die Gesamterzeugung an Eiern stieg von 1965 bis 1969 kontinuierlich an, ging dann aber 1970 infolge der verminderten Legehennenzahl trotz weiterer Leistungssteigerung geringfügig zurück.

Dr. Matthias Sievers

Industrie und Bautätigkeit

Industrie

Zahl der Betriebe unverändert

Die Zahl der Industriebetriebe (mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten) ist in dem betrachteten Zeitraum nahezu unverändert geblieben. Das heißt natürlich nicht, daß 1970 auch dieselben Betriebe wie 1965 das Industriepotential des Landes darstellen. Es hat in dieser Periode mit Sicherheit echte Neugründungen gegeben, ihre Zahl wird aber in der Industrieberichterstattung nicht gesondert ermittelt. Neben den Neugründungen auf der grünen Wiese, die allerdings nicht allzu häufig vorkommen, ist eine beachtliche Zahl von Betrieben aus dem benachbarten Bundesland Hamburg verlagert worden. Auf der anderen Seite sind Betriebe aufgelöst, auch in ein anderes Bundesland verlegt worden. Außerdem entstehen Abgänge und Zugänge dadurch, daß Betriebe mit ihrer Beschäftigtenzahl unter die Erfassungsgrenze (10 Beschäftigte) absinken oder über diese hinauswachsen. Hinter der fast konstanten Betriebszahl steht also keineswegs ein konstanter Firmenkreis. Man kann nur sagen, daß sich Zu- und Abgänge etwa die Waage gehalten haben.

Beschäftigtenentwicklung dynamisch

An den Veränderungen des Beschäftigtenbestandes zeigen sich deutlich die konjunkturellen Schwankungen, denen die Wirtschaft in der Beobachtungsperiode ausgesetzt war.

Die bislang stärkste Rezession und der bisher größte Boom bestimmen das wirtschaftliche Geschehen dieser Jahre: Am Tiefpunkt der Rezession, der nach dem Maß der Beschäftigung im Dezember 1967 erreicht wurde, waren in der schleswig-holsteinischen Industrie 168 800 Personen tätig, im Höhepunkt des Booms im Oktober/November 1970 waren es 193 700 Personen, das sind 25 000 oder knapp 15% Beschäftigte mehr! Diese beiden Daten machen deutlich, wie stark - im Vergleich zur langfristigen Tendenz der Industriebeschäftigung - die Schwankungen im Konjunkturverlauf sein können.

Betriebe und Beschäftigte in der schleswig-holsteinischen Industrie

	Betriebe	Beschäftigte		darunter Arbeiter	
1965	1 565	177 804	1965 = 100	140 001	1965 = 100
1966	1 589	178 159	100	139 066	99
1967	1 592	171 016	96	131 638	94
1968	1 561	175 108	98	133 872	96
1969	1 569	184 443	104	141 096	101
1970	1 560	191 332	108	144 975	104

Bei der Verwendung von Jahresdurchschnitten, wie in obenstehender Tabelle geschehen, werden die kurzfristigen Ausschläge verdeckt, nur die unterschiedlichen Niveaulagen der Jahre bleiben erhalten. Im Rezessionsjahr 1967 war die industrielle Beschäftigung um rund 4% niedriger als 1965. Dabei wurden

die Arbeiter stärker als die Angestellten betroffen; der Rückgang belief sich hier nämlich auf 6%. In der ganzen Nachkriegszeit hat es in Schleswig-Holstein lediglich zweimal konjunkturelle Abschwächungen gegeben, die sich in rückläufigen Beschäftigtenzahlen der Industrie niederschlugen, und zwar 1958/59 und etwas spürbarer von 1962 auf 1963, damals ging das Beschäftigungsniveau allerdings nur um 1,4% zurück. Von dem ausgesprochen niedrigen Niveau der Rezession 1967 ausgehend, hat dann der nachfolgende Aufschwung sehr bald alle Züge eines hochgradigen Booms angenommen; das Beschäftigungsniveau 1970 war um rund 20 000 Personen, das sind 12%, höher als 1967. Besonders expansiv verlief dabei die Beschäftigtenzunahme von 1968 auf 1969 (+ 5,3%). Gleichzeitig setzte eine explosionsartige Lohnentwicklung ein: der Lohn je Arbeiterstunde stieg von 1969 auf 1970 um fast 17%, der Umsatz je Arbeiterstunde dagegen nur um 4,4%. 1967 waren diese Veränderungen umgekehrt gewesen; bei sinkender Beschäftigung (- 4% gegenüber 1966) war der Umsatz je Arbeiterstunde um 12%, der Lohn je Arbeiterstunde aber nur um 4,7% gestiegen.

Differenzierte Entwicklung in den einzelnen Bereichen

Heute erwartet wohl niemand mehr, daß sich die Beschäftigung in Teilbereichen der Industrie während der verschiedenen Konjunkturphasen im Gleichschritt verändert. Wäre das der Fall, dann würde die erforderliche Anpassung an veränderte Marktverhältnisse unterbleiben mit dem "Erfolg", daß die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft stagnierte, wenn nicht sogar zurückginge. Daher sind rückläufige Beschäftigtenzahlen in bestimmten Branchen, wenn sie mit wachsender Beschäftigung in anderen einhergehen, der notwendige Beitrag zu einer wachsenden Wirtschaft und somit - auch wenn individuelle Schwierigkeiten nicht zu vermeiden sind - letzten Endes positiv zu bewerten.

Beschäftigtenveränderung in der Investitionsgüterindustrie

Jahr	Beschäftigte	Veränderung	Vorjahr = 100	1965 = 100
1965	79 205			
1966	81 043	+ 1 838	+ 2,3	
1967	78 297	- 2 746	- 3,4	
1968	80 607	+ 2 310	+ 3,0	
1969	86 079	+ 5 472	+ 6,8	
1970	91 831	+ 5 752	+ 6,7	116

Für die industrielle Entwicklung seit 1965 ist die Investitionsgüterindustrie der entscheidende Faktor gewesen. Schon vom Anteil der Beschäftigten - es sind knapp 50% aller Industriebeschäftigten des Landes - ist sie

dominierend, aber auch in der dynamischen Ausweitung ihres Beschäftigtenbestandes um fast 16% bis 1970 steht sie weit vor allen anderen Bereichen. Sie hat außerdem die Rezession 1967 mit dem geringsten Beschäftigungseinbruch überstanden und in der folgenden Aufschwungsphase den stärksten Zuwachs zu verzeichnen.

Beschäftigtenveränderung in der elektrotechnischen Industrie

Jahr	Beschäftigte	Veränderung	Vorjahr = 100	1965 = 100
1965	13 278			
1966	13 429	+ 151	+ 1,1	
1967	12 614	- 815	- 6,1	
1968	14 467	+ 1 853	+ 14,7	
1969	17 027	+ 2 560	+ 17,7	
1970	19 394	+ 2 367	+ 13,9	146

In diesem Zusammenhang muß ein Zweig der Investitionsgüterindustrie, nämlich die elektrotechnische Industrie, besonders erwähnt werden, die einen Beschäftigtenzuwachs von 1965 bis 1970 um gut 46% erreichte. Sie zeigte sich aber etwas konjunkturreegibler als der Maschinenbau, der 1967 seinen Beschäftigtenstand gegenüber dem Vorjahr um 3,5% reduzierte, während es in der Elektrotechnik über 6% waren. Im Schiffbau ist - wegen der größeren Abhängigkeit von der ausländischen Nachfrage - der Einfluß der Binnenkonjunktur erheblich abgeschwächt. Von der Beschäftigung her gesehen, geriet er erst 1968 - übrigens wie die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie auch - in die Talsohle. Die Beschäftigtenzahl ging auch noch 1969 zurück, als andere Bereiche bereits deutlich expandierten. Eine Zunahme der Beschäftigten trat erst 1970 wieder ein, die aber nur dazu führte, daß ein Beschäftigtenstand wie vor der Rezession (22 400) erreicht und geringfügig überschritten wurde.

Beschäftigtenveränderung in der Verbrauchsgüterindustrie

Jahr	Beschäftigte	Veränderung	Vorjahr = 100	1965 = 100
1965	40 608			
1966	39 983	- 625	- 1,5	
1967	38 398	- 1 585	- 4,0	
1968	39 772	+ 1 374	+ 3,6	
1969	41 870	+ 2 098	+ 5,3	
1970	42 088	+ 218	+ 0,5	104

Die Verbrauchsgüterindustrie hat sich in Schleswig-Holstein verhältnismäßig ruhig entwickelt; der Beschäftigtenzuwachs von 1965 bis 1970 betrug 3,6%. Auch sie blieb von der Rezession nicht verschont, sie wurde bereits 1966 davon berührt, dafür hat sie den konjunkturellen Höhepunkt auch etwas früher erreicht, denn ihr Beschäftigtenbestand ist 1970 nur noch wenig (+ 0,5%) gewachsen.

Die Beschäftigungsentwicklung in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie des Landes verlief in vieler Beziehung ähnlich wie bei den Verbrauchsgütern. Über den ganzen Zeitraum

Beschäftigtenveränderung in der Nahrungs-
und Genußmittelindustrie

Jahr	Beschäftigte	Veränderung	Vorjahr = 100	1965 = 100
1965	25 618			
1966	25 786	+ 168	+ 0,7	
1967	24 601	- 1 185	- 4,6	
1968	25 358	+ 757	+ 3,1	
1969	26 188	+ 830	+ 3,3	
1970	26 160	- 28	- 0,1	102

von 1965 bis 1970 betrachtet erhöhte sich die Beschäftigtenzahl lediglich um gut 500 Personen oder 2,1%. Abgesehen von dem Einbruch im Jahre 1967, der im Niveau dem der gesamten Industrie entsprach, waren die Ausschläge in den anderen Jahren verhältnismäßig milde.

Von der Nahrungs- und Genußmittelindustrie gehen beträchtliche stabilisierende Wirkungen auf die gesamte Industrieentwicklung in Schleswig-Holstein aus. Das hängt mit ihrem recht hohen Beschäftigtenanteil von 14% aller Industriebeschäftigten zusammen. Im Bundesgebiet beläuft sich dieser Anteil nur auf 6% (1970).

Beschäftigtenveränderung in der Grundstoff-
und Produktionsgüterindustrie

Jahr	Beschäftigte	Veränderung	Vorjahr = 100	1965 = 100
1965	31 725			
1966	30 723	- 1 002	- 3,2	
1967	29 170	- 1 553	- 5,1	
1968	28 932	- 238	- 0,8	
1969	29 944	+ 1 012	+ 3,5	
1970	30 918	+ 974	+ 3,3	97

In der Grundstoffe und Produktionsgüter herstellenden Industrie wurde auch im Höhepunkt des Booms der Beschäftigtenbestand von 1965 nicht erreicht; die Zahl der tätigen Personen war 1970 um etwa 800 oder 2,5% geringer als 1965. Im Abschwung von 1965 bis 1967 wurden etwa 8% des Beschäftigtenbestandes von 1965 freigesetzt. Die Rezession hielt in diesem Bereich auch noch im Jahre 1968 an, als in den anderen Bereichen der konjunkturelle Umschlag sich bereits in steigenden Beschäftigtenzahlen manifestierte.

An dieser Entwicklung hatte die Industrie-gruppe "Steine und Erden" maßgeblichen Anteil. Sie reduzierte ihren Beschäftigtenbestand von 1965 bis 1970 von 7 900 auf 7 100, das sind fast 10%. Der Beschäftigtenrückgang hielt hier ununterbrochen bis 1969 an. Erst 1970 kam es zu einer leichten Zunahme um 2,7%.

Lohnkostenentwicklung explosiv!

An die Beschäftigten der Industrie wurde 1970 gut eine Milliarde DM mehr an Löhnen und Gehältern (brutto) gezahlt als 1965. Das ergibt eine Steigerungsrate von 64,3%. Im gleichen Zeitraum ist der Umsatz zwar auch

erheblich gewachsen, infolge der Änderung im Umsatzsteuersystem ab 1. 1. 1968 ist jedoch ein exakter Vergleich der Umsätze 1965 mit denen von 1970 nicht möglich. Für die erste Hälfte der Beobachtungsperiode - an deren Ende das Rezessionsjahr 1967 liegt - zeigt sich, daß die Umsätze auch 1967 gegenüber dem Vorjahr noch zugenommen haben (+ 3,8%), während die Lohnkostenentwicklung in die entgegengesetzte Richtung ging; die Lohn- und Gehaltssumme war 1967 um fast ein Prozent, die Lohnsumme allein um fast 3% kleiner als im Jahr davor. In der zweiten Hälfte der Berichtsperiode, die mit der Aufschwungs- und Boomphase zusammenfällt, ist die Lohnentwicklung dem Umsatzwachstum davongelaufen; schon von 1968 auf 1969 und noch ausgeprägter von 1969 auf 1970 stieg die Lohn- und Gehaltssumme stärker als der Umsatz.

Jahr	Löhne und Gehälter			Umsatz ¹	
	Mill. DM	1965 = 100	Vorjahr = 100	Mill. DM	Vorjahr = 100
1965	1 635			8 954	
1966	1 770	108,3	+ 8,3	9 485	+ 5,9
1967	1 754	107,3	- 0,9	9 850	+ 3,8
1968	1 927	117,9	+ 9,8	10 418	
1969	2 224	136,0	+ 15,4	11 797	+ 13,2
1970	2 685	164,3	+ 20,8	12 840	+ 8,8

1) bis 1967 einschließlich kumulativer Umsatzsteuer, ab 1968 ohne Mehrwertsteuer

Von den beiden bisher zusammengefaßten Bestandteilen zeigte sich die Lohnsumme im Zeitablauf konjunkturabhängiger als die Gehälter; die Gehaltssumme ist von 1965 bis 1970 schneller und beständiger gewachsen als die Lohnsumme. Bei den Gehältern machte die Zuwachsrate von 1965 bis 1970 nämlich nahezu 78% aus, während sie bei der Lohnsumme knapp 60% betrug. Bis 1968 waren die jährlichen Steigerungsraten bei der Gehaltssumme stets merklich größer gewesen als bei der Lohnsumme. Von 1968 auf 1969 nahmen Löhne und Gehälter fast gleichmäßig um reichlich 15% zu, im Boomjahr 1970 war dann die Lohnentwicklung mit einem Plus von 21,7% um einiges expansiver als die Gehaltsentwicklung (+ 18,6%).

Das oben bereits erwähnte unterschiedliche Tempo von Lohnkosten- und Erlösentwicklung wird noch deutlicher, wenn man die Löhne und Umsätze auf die geleisteten Arbeiterstunden bezieht und damit die Schwankungen der Beschäftigung ausschaltet. Von 1965 bis 1970 stieg der Lohn je Arbeiterstunde von 4,26 DM auf 6,52 DM, das entspricht einer Zuwachsrate von 53%. Demgegenüber nahm der Umsatz je Arbeiterstunde - als Indiz für die Erlösseite - von 32,18 DM im Jahr 1965 auf 44,38 DM im Jahre 1970 zu, was einer

Zuwachsrate von nur 38% gleichkommt. Im zeitlichen Verlauf, d. h., wenn man die Veränderungen von Jahr zu Jahr untersucht, zeigt sich, daß in der Rezessionsperiode von 1966 zu 1967 die Lohnkosten je Arbeiterstunde nur knapp halb so schnell zugenommen haben wie die entsprechenden Umsatzerlöse. Diese Entwicklung kehrt sich ab 1968 um; die Lohnkosten steigen 1968 um 4,7%, der Umsatz um 1,4% zum Vorjahr. Im nachfolgenden Jahr 1969, in dem der konjunkturelle Aufschwung kräftig einsetzt, kommt es zu einer Annäherung im Entwicklungstempo, die Lohnexpansion beschleunigt sich zu einer Steigerungsrate von 9,6%, aber auch die Umsatzentwicklung hält mit + 7,8% einigermaßen mit. In der Fortsetzung des Aufschwungs, der im Jahre 1970 exzessive Züge annimmt, tritt das ein, was man gelegentlich mit Lohnexplosion bezeichnet, eine Arbeiterstunde kostet fast 17% mehr als vor einem Jahr, während der Umsatzwert einer Arbeiterstunde lediglich um 4,4% zunimmt.

	Lohn je Arbeiterstunde			Umsatz je Arbeiterstunde		
	DM			DM		
1965	4,26	1965=100	Vorj.=100	32,18	1965=100	Vorj.=100
1966	4,64	109	+ 8,9	34,73	108	+ 7,9
1967	4,86	114	+ 4,7	38,88	121	+ 11,9
1968	5,09	119	+ 4,7	39,43	123	+ 1,4
1969	5,58	131	+ 9,6	42,49	132	+ 7,8
1970	6,52	153	+ 16,8	44,38	138	+ 4,4

Jahresarbeitsleistung nahezu konstant

Die jährliche Stundenleistung eines Industriearbeiters hat sich im Beobachtungszeitraum nur wenig verändert; 1965 betrug die Jahresleistung 1 987 Stunden, sie stieg bis 1970 auf 1 996 Stunden, das entspricht einem Zuwachs von 0,5%. Im Konjunkturverlauf war mit nachlassender wirtschaftlicher Aktivität auch die Jahresarbeitsleistung rückläufig, 1967 wird auch hier der Tiefpunkt mit 1 925 Stunden, das sind 3,1% weniger als 1965 erreicht. Der beginnende Aufschwung führt 1968 zu einer Zunahme von 2,5% gegenüber dem Vorjahr.

Beschäftigung im Konjunkturverlauf

	Zahl der Arbeiter	Geleistete Arbeiterstunden	Stunden je Arbeiter
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
1966	- 0,7	- 1,8	- 1,2
1967	- 5,3	- 7,2	- 2,0
1968	+ 1,7	+ 4,3	+ 2,5
1969	+ 5,4	+ 5,1	- 0,3
1970	+ 2,7	+ 4,2	+ 1,4

1969 sinkt die Jahresleistung dann leicht ab (- 0,3% gegen 1968), um 1970 erneut um 1,4% anzusteigen.

Etwas anders verhält es sich mit dem Arbeitsvolumen, das hier durch die Summe der in einem Jahr überhaupt geleisteten Arbeiterstunden ausgedrückt wird. Die Veränderungen folgen ziemlich eng der Arbeiterzahl, diese stieg von 1965 bis 1970 um 4%. In gleichem Ausmaß vergrößerte sich auch die Summe der geleisteten Arbeiterstunden von 278 Mill. Stunden im Jahre 1965 auf 289 Mill. Stunden im Jahre 1970. Bemerkenswert ist dabei, daß in der Rezessionsperiode von 1966 auf 1967 die geleisteten Arbeiterstunden mit - 7,2% stärker abnehmen als die Zahl der Arbeiter (- 5,3%). Der Abbau von Überstunden und auch der Übergang zu partieller Kurzarbeit, der für diese Wirtschaftslage bezeichnend ist, kommt damit deutlich zum Ausdruck. In der beginnenden Aufwärtsbewegung ist es umgekehrt; die geleisteten Arbeiterstunden nehmen schneller zu (+ 4,3%) als die Zahl der Arbeiter (+ 1,7%). Jetzt wird wieder von der Kurzarbeit auf die normale Arbeitszeit übergegangen und es kommen auch mehr Überstunden vor. Im voll entwickelten Aufschwung 1969 wächst die Zahl der Arbeiter fast gleichschrittig mit den Arbeiterstunden. Für die Boomphase 1970 ergibt sich ein ähnliches Bild wie im beginnenden Aufschwung, die Arbeiterstunden steigen stärker als die Zahl der Arbeiter, damit nimmt zwangsläufig die jährliche Arbeitsleistung eines Industriearbeiters zu. In der Periode gleichschrittigen Wachstums mußte folgerichtig die Jahresarbeitsleistung unverändert bleiben.

In der Boomphase ist jedoch, im Unterschied zum beginnenden Aufschwung, nicht so sehr das "Nachholen" nicht geleisteter Arbeit, sondern die sich merklich verschärfende Knappheit an Arbeitskräften ausschlaggebend für eine Wirtschaftslage, die als Überbeschäftigung bekannt ist.

Bei allem Bemühen um Verstetigung des Wirtschaftsablaufs muß zuerkannt werden, daß Überstunden einerseits und Kurzarbeit andererseits ein notwendiges Regulativ zum Ausgleich wirtschaftlicher Wechsellagen sind. Damit verschafft sich die Wirtschaft jene Beweglichkeit, die ein angemessenes Wachstum bei hinreichender Stabilität gewährleistet.

Starke Verschiebungen im Energieverbrauch

Der industrielle Kohleverbrauch ist - kaum beeinflusst von der jeweiligen Konjunkturlage - laufend zurückgegangen, von 1965 auf 1970 um gut 250 000 t SKE oder um 39%. Dagegen hat

Energieverbrauch in der Industrie

	Kohle		Strom		Heizöl		Gas	
	1 000 t-SKE	Meßzahl	Mill. kWh	Meßzahl	1 000 t	Meßzahl	Mill. Nm ³	Meßzahl
1965	654	100	1 422	100	920	100	106	100
1966	585	89	1 481	104	937	102	118	111
1967	516	79	1 531	108	952	104	131	123
1968	482	74	1 636	115	968	105	127	119
1969	490	75	1 749	123	1 058	115	230 ^a	216 ^a
1970	400	61	1 871	132	1 130	123	287 ^a	270 ^a

a) einschließlich Erdgas und Erdölgas

der Verbrauch an allen anderen Energiearten - ebenfalls kaum beeinflusst von der konjunkturellen Lage - ständig zugenommen. Besonders kräftig expandierte der Gasverbrauch, was mit der Umstellung auf Erdgas von 1968 bis 1970 zu einer um mehr als das Doppelte gestiegenen Gasverbrauchsmenge führte. Der Verbrauch an elektrischer Energie erhöhte sich von 1965 bis 1970 um mehr als 30%, der Heizölverbrauch nahm um rund 23% zu, wobei die Verwendung des in der Industrie hauptsächlich eingesetzten schweren Heizöls mit einer Steigerungsrate von gut 14% bedeutend weniger expansiv war als der Verbrauch von leichtem Heizöl, der in der gleichen Zeit um mehr als 76% zugenommen hat.

Wenn auch der mittelfristige Trend des industriellen Energieverbrauchs bei Kohle fallende, bei den anderen Energiearten steigende Tendenz aufweist, so bleibt doch die Konjunkturlage nicht ohne Einfluß auf die jährlichen Änderungen. Das zeigt sich bei elektrischer Energie und Heizöl, deren Zuwachsraten in der Rezession gedrückt sind. Da der Index der industriellen Produktion wie auch die Energiedaten auf Mengengrößen beruhen, kann man beide Reihen gut einander gegenüberstellen. Auch der Produktionsindex zeigt für 1967 mit einer Zuwachsrate von nur 2,8% (gegenüber 1966) eine verhältnismäßig schwache Steigerung der realen Ausbringung an. Betrachtet man unter diesem Blickwinkel - gemeinsame Mengenabhängigkeit - die weitere Entwicklung von Energieverbrauch und Produktion, so zeigt sich, daß in der Hochkonjunktur des Jahres 1969 - die Industrieproduktion wuchs um 12% gegenüber dem Vorjahr - sogar die Rückläufigkeit des Kohle-

verbrauchs unterbrochen wurde. Weitere Einzelheiten enthält die Übersicht.

Zu bemerken ist noch, daß die Stromerzeugung in eigenen Anlagen der Industrie in der betrachteten Periode fast gleich hoch geblieben ist. Sie bewegte sich zwischen 436 Mill. kWh (1965), erreichte 1968 fast 490 Mill. kWh und fiel 1970 auf 442 Mill. kWh zurück. Der Anteil der Eigenerzeugung am gesamten industriellen Stromverbrauch war dagegen leicht rückläufig von 30% im Jahre 1965 auf knapp 24% im Jahre 1970 (geringe Mengen, die an andere Verbraucher abgegeben wurden, sind dabei vernachlässigt worden).

Produktion um 40% ausgeweitet!

Mit Hilfe des Produktionsindex läßt sich ein einigermaßen zutreffendes Bild der güterwirtschaftlichen Seite der industriellen Aktivitäten zeichnen. Hinsichtlich der Aussagefähigkeit des Index sind jedoch einige Anmerkungen nötig: Wenn man bedenkt, daß die ganze Vielfalt der modernen Industrieproduktion, die ständigen Wandlungen der Produktionspalette, von den qualitativen Änderungen ganz zu schweigen, sich in einer einzigen Meßziffer kristallisieren, deren Originalbasis überdies auf den Produktionsverhältnissen des Jahres 1962 beruht, dann wird man die Ergebnisse mit einer gewissen kritischen Vorsicht und nicht als der ökonomischen Weisheit letzten Schluß ansehen. In Zeiten schnellen Wandels ist ein Index immer in Gefahr, "veraltet" zu sein. Von seiner Konstruktion her vermag er kurzfristige Veränderungen sicherer anzuzeigen als langfristige.

Bei den folgenden Darlegungen kommt es daher mehr auf das unterschiedliche Wachstumstempo als auf das absolute Volumen einzelner großer Industriebereiche an. Das stärkste Wachstum, mit + 55% seit 1965, konnten die vorwiegend Investitionsgüter herstellenden Branchen erzielen. Hier war ja auch der Beschäftigtenzuwachs (+ 16%) am größten. Nicht weit dahinter folgt die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie

Energieverbrauch und Produktion im Konjunkturverlauf

	Kohle	Strom	Heizöl	Produktion
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %			
1966	- 10,6	+ 4,2	+ 1,9	+ 6,3
1967	- 11,7	+ 3,4	+ 1,6	+ 2,8
1968	- 6,7	+ 6,9	+ 1,6	+ 10,6
1969	+ 1,7	+ 6,9	+ 9,3	+ 12,1
1970	- 18,5	+ 7,0	+ 6,8	+ 3,8

(+ 52%). Schon merklich schwächer, nämlich um etwa 47%, stieg der Ausstoß an Verbrauchsgütern. Hinter diesen Zuwachsraten bleibt die Nahrungs- und Genußmittelindustrie weit zurück. Angesichts der bei Nahrungsmitteln verhältnismäßig unelastischen Nachfrage wuchs ihre Produktion lediglich um 16%. Den geringsten Zuwachs hatte der in Schleswig-Holstein unbedeutende Bergbau mit gut 4%. Die gesamte Industrieproduktion (ohne Bau und Energie) wuchs von 1965 bis 1970 um 40%. Da eine Gegenüberstellung des Umsatzwachstums mit der Produktionsausweitung über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg einmal wegen der schon erwähnten Indexschwäche, zum anderen aber wegen der mit der neuen Mehrwertsteuer (ab 1968) eingetretenen Störung der Umsatzreihen nicht sehr sinnvoll ist, soll das nur für die Zeit von 1968 bis 1970 getan werden. Damit soll eine annäherungsweise Vorstellung von der in diesen Jahren heftig wirkenden Preiskomponente vermittelt werden: Von 1968 auf 1970 stieg der Umsatz um 23%, die Produktion um etwa 16%. Noch größer wird die Divergenz von 1969 auf 1970; in dieser Zeit betrug die Umsatzsteigerung 8,8%, während die Produktion sich nur um 3,8% vermehrte.

In der nachstehenden Übersicht sind die jährlichen Schwankungen der mengenmäßigen Gütererzeugung in den vier großen Bereichen der Industrie im Zusammenhang dargestellt.

Produktionsschwankungen im Konjunkturverlauf

	Grundstoffe und Produktions- güter	Investitions- güter	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genußmittel
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %			
1966	+ 4,4	+ 15,1	+ 4,9	+ 0,6
1967	+ 1,2	+ 2,9	+ 6,5	+ 2,3
1968	+ 21,1	+ 5,8	+ 16,3	+ 4,2
1969	+ 13,0	+ 13,1	+ 11,9	+ 7,2
1970	+ 5,0	+ 9,4	+ 1,0	+ 1,2

Obwohl die Produktionstätigkeit beträchtlichen Schwankungen ausgesetzt war, ist in keinem der betrachteten Jahre ein absoluter Rückgang der erzeugten Gütermenge eingetreten. Im Rezessionsjahr 1967 sind die Zuwachsraten besonders in den konsumfernen Bereichen Grundstoffe, Produktions- und Investitionsgüter stark zurückgegangen, bei Verbrauchsgütern sowie Nahrungs- und Genußmitteln waren sie erkennbar höher als im Jahr davor. In diesen beiden Bereichen trat eine Abschwächung etwa ein Jahr früher ein als im Investitionsgütersektor und auch bei Grundstoffen und Produktionsgütern. Der Höhepunkt des Aufschwungs wird ebenfalls etwa ein Jahr früher

erreicht, denn im Boomjahr 1970 nimmt die Produktion von Verbrauchsgütern nur noch um ein Prozent zu.

1971: Wachstum ausgeglichener

Aus den für 1971 verfügbaren Daten läßt sich deutlich eine konjunkturelle Beruhigung erkennen. Die gesamte Beschäftigung lag im Mittel der ersten neun Monate kaum noch höher, die Zahl der Arbeiter war schon leicht rückläufig (- 0,8%). Die Summe der geleisteten Arbeiterstunden blieb um 3,4% unter dem vergleichbaren Vorjahreswert. Der Abbau von Überstunden ist fortgesetzt worden, in einzelnen Fällen wurde zu Kurzarbeit übergegangen. Das Tempo der Lohnkostensteigerung (+ 13,6%) hat nachgelassen. Damit haben sich Lohn- und Umsatzwachstum (+ 10,6%) wieder einander angenähert.

Die vorläufigen Daten des Produktionsindex für Januar bis September 1971 zeigen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum folgende Veränderungen: Grundstoffe und Produktionsgüter + 1,9%, Investitionsgüter + 5,9%, Verbrauchsgüter + 8,9%, Nahrungs- und Genußmittel + 3,2%. Für die gesamte Industrie sind das + 4,7%. Es bestehen somit einige Chancen, das Produktionsniveau von 1970 um ungefähr die gleiche Rate (damals rund 4%) zu überschreiten. Vom höheren Niveau 1970 ausgehend bedeutet auch eine gleich große Zuwachsrate, daß 1971 absolut gesehen eine größere zusätzliche Gütermenge als 1970 zur Verfügung stehen wird. Bemerkenswert ist, daß 1971 die Verbrauchsgüter stärker expandieren als die Investitionsgüter.

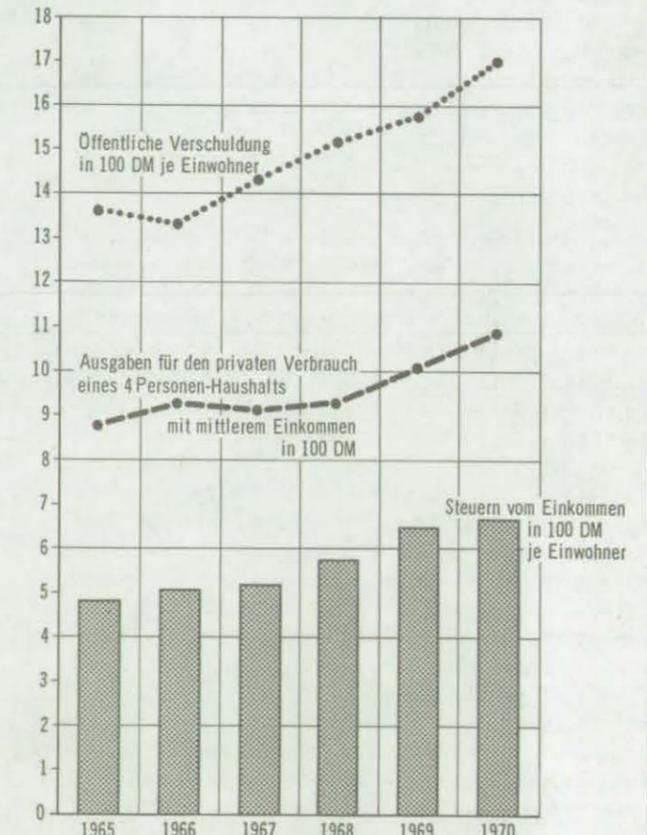
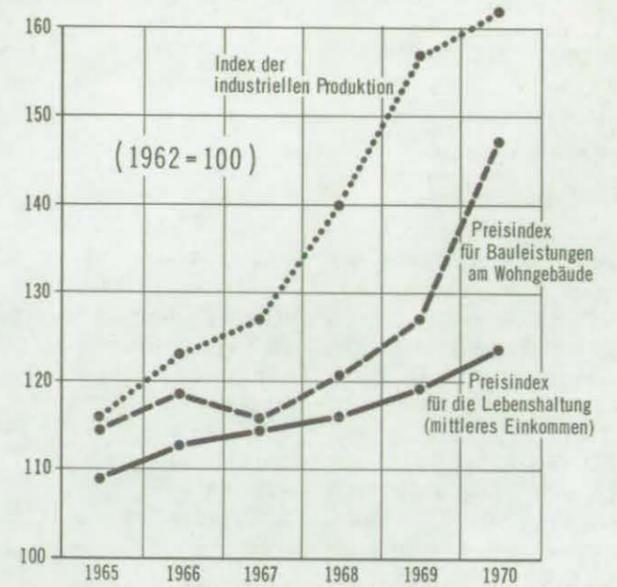
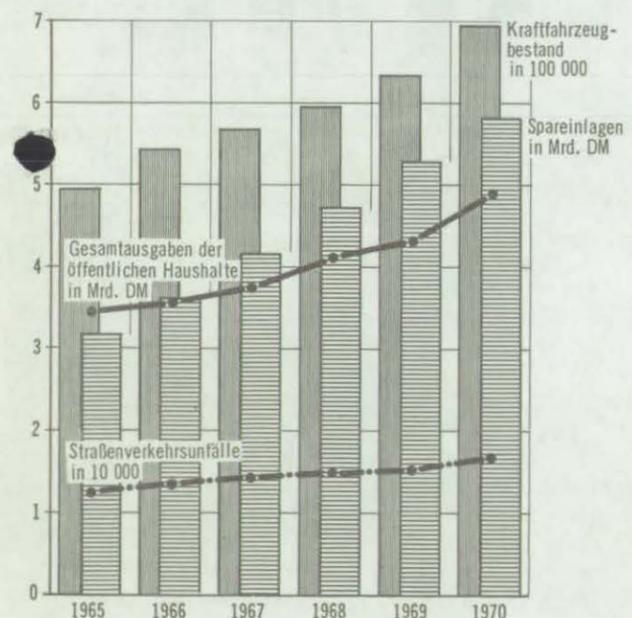
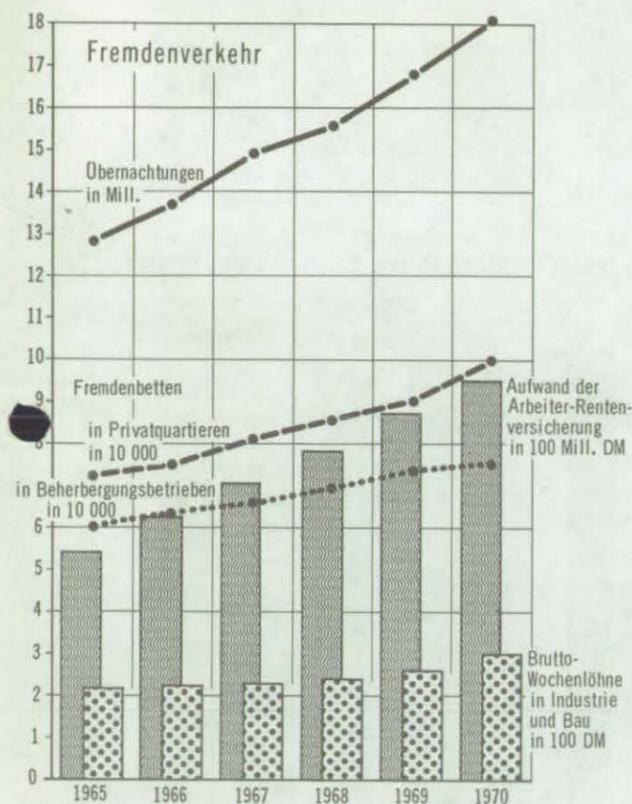
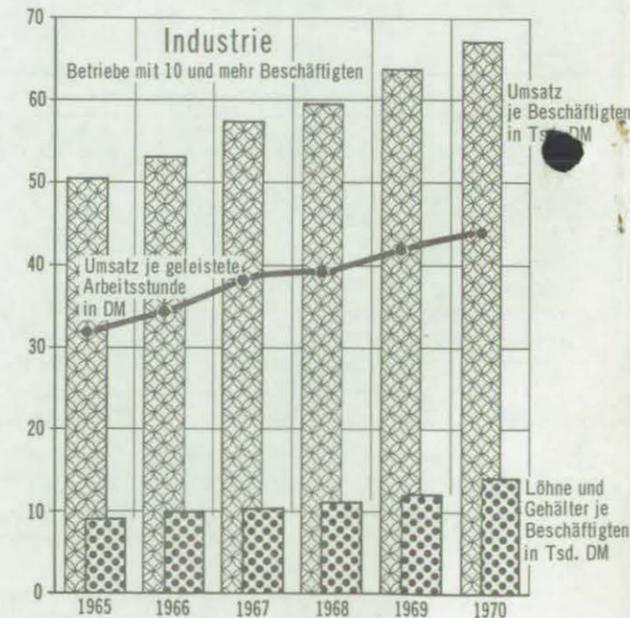
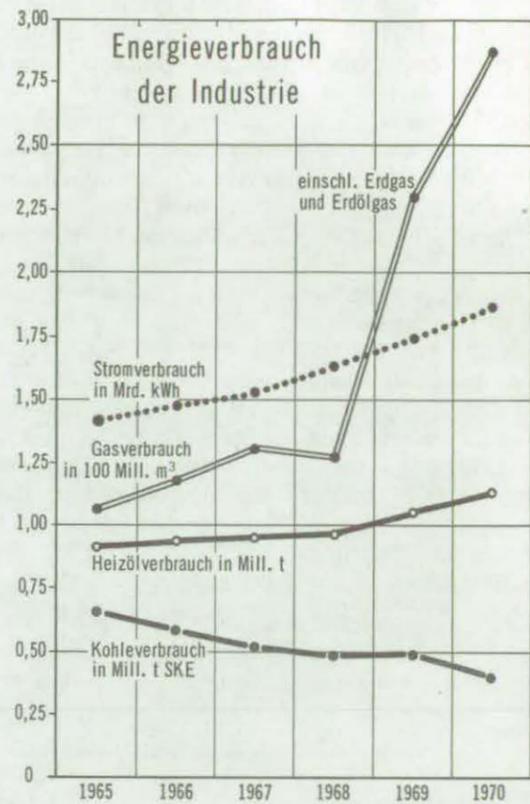
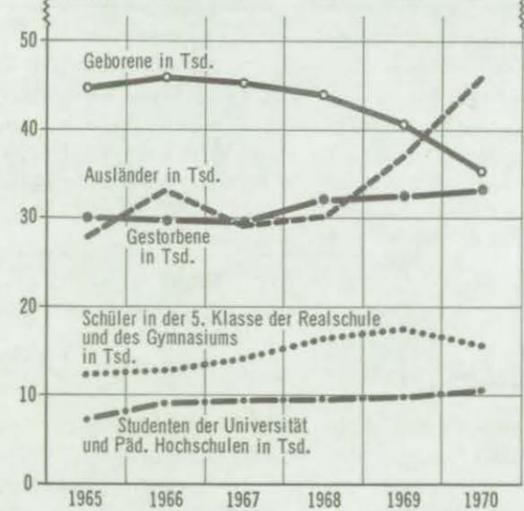
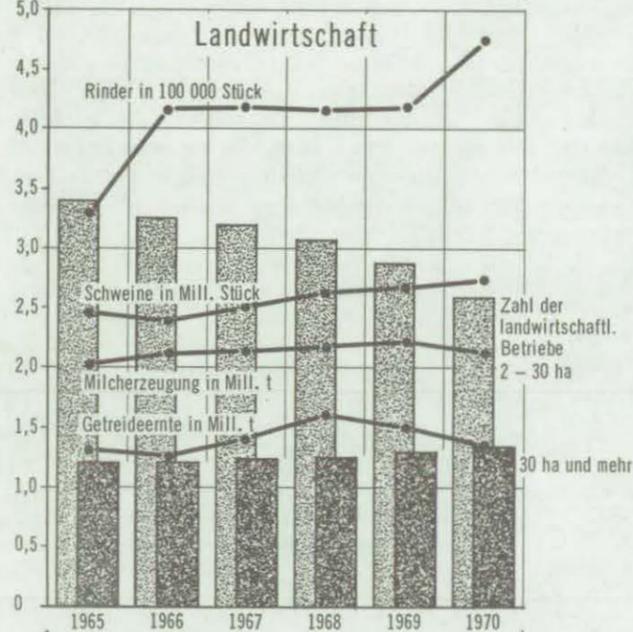
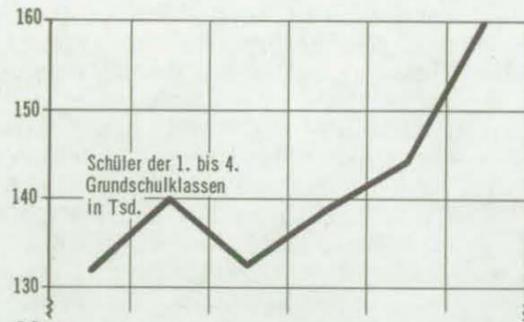
Es scheint sich erneut zu bestätigen, daß die spezifische Industriestruktur des Landes (Merkmale: Relativ hoher Anteil der "stabilen" Nahrungs- und Genußmittelindustrie, Fehlen der sehr konjunkturreagiblen Kraftfahrzeugindustrie) die konjunkturellen Schwankungen milder als im Bundesgebiet ausfallen läßt. Die notwendige Beruhigung der industriellen Konjunktur muß daher nicht in Stagnation oder gar Rezession umschlagen.

Siegfried Schwarz

Bautätigkeit

Die von den Bauaufsichtsämtern erteilten Baugenehmigungen für Wohn- und Nichtwohnbauten, die in der Baugenehmigungsstatistik erfaßt werden, geben Aufschluß über die Bauabsichten der natürlichen und juristischen Personen und zeigen damit an, in welche Richtung sich die Hochbautätigkeit entwickelt.

Wesentliche Entwicklungen in Bevölkerung und Wirtschaft Schleswig-Holsteins 1965-1970



Baugenehmigungen 1965 bis 1970

Jahr	Wohnbauten			Nichtwohnbauten			Wohnungen in Wohn- und Nichtwohn- gebäuden
	Wohnungen	Bruttowohnfläche		Gebäude	Nutzfläche		
		Insgesamt 1 000 qm	je Wohnung qm		Insgesamt 1 000 qm	je Gebäude qm	
1965	29 938	2 215	74,0	2 022	1 272	629	30 423
1966	27 026	2 039	75,4	2 016	1 283	636	27 570
1967	27 388	2 039	74,4	1 777	1 198	674	27 856
1968	25 077	1 932	77,0	2 115	1 432	677	25 732
1969	28 588	2 265	79,2	2 378	1 723	725	29 563
1970	27 233	2 225	81,7	2 176	1 830	841	28 289

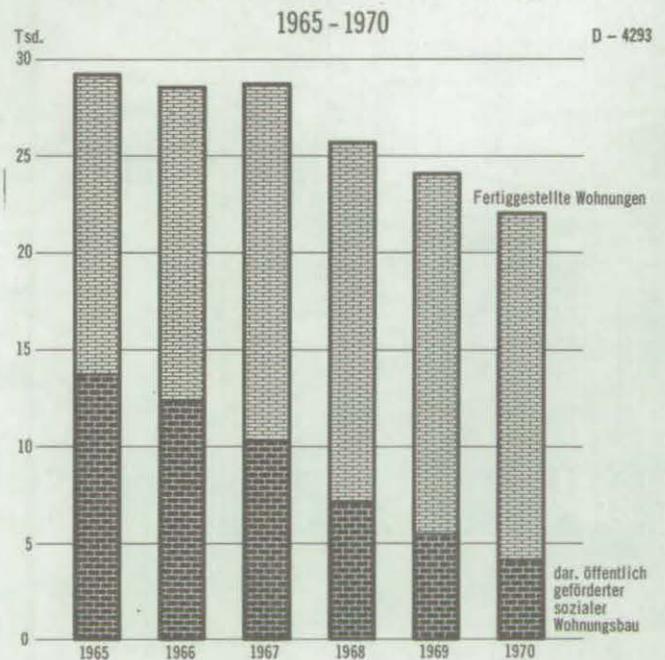
So ist in dieser Statistik sehr deutlich die negative Auswirkung der Rezession in den Jahren 1966 und 1967 abzulesen, denn im Jahre 1966 ging die Zahl der genehmigten Wohnungen um 9,4% gegenüber dem Vorjahr zurück. Noch stärker waren die Nachwirkungen der Rezession im Jahre 1968, als nur für 25 732 Wohnungen (15,4% weniger als 1965) Baugenehmigungen erteilt wurden. In den folgenden Jahren sind die Genehmigungen dann wieder stärker angestiegen.

Bei den Wohn- und Nichtwohnbauten ist eine Tendenz zu größeren Objekten festzustellen. So ist die durchschnittliche Bruttowohnfläche je Wohnung in Wohnbauten zwischen 1965 und 1970 immerhin um 10,4% auf 81,7 Quadratmeter angestiegen, und bei den Nichtwohnbauten hat sich in demselben Zeitraum die Nutzfläche je Gebäude sogar um 17,8% auf 841 Quadratmeter erhöht.

Bei den Fertigstellungen hat sich die Rezession erst mit zeitlicher Verzögerung im Jahre 1968 ausgewirkt, als fast 3 000 Wohnungen weniger als im Vorjahr erstellt wurden. Diese Tatsache ist darauf zurückzuführen, daß bei einem Aufschwung der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit das Baugewerbe die verfügbaren Baukapazitäten wegen rückläufiger Aufträge im Tiefbau stärker auf den Wohnbau verlagert und vor allem bereits begonnene Bauobjekte schneller fertiggestellt werden. Vorher hatte sich die Wohnbautätigkeit auf einem sehr hohen Niveau befunden. Zum extrem niedrigen Bauergebnis 1970 ist zu bemerken, daß der Wohnungsbau unter mehrfach erschwerten Bedingungen stand. Vor allem die ungünstige Witterung im gesamten ersten Jahresdrittel hemmte die Bauarbeiten. Außerdem zog im Gegensatz zu 1968 die inzwischen wieder erreichte Hochkonjunktur die verfügbaren Baukapazitäten stärker auf den Wirtschaftsbau und den öffentlichen Bau.

Die rückläufige Tendenz liegt vor allem auch im immer stärker zurückgehenden sozialen Wohnungsbau begründet. Wurden 1965 noch

Baufertigstellungen und sozialer Wohnungsbau



etwa 13 700 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau öffentlich gefördert, so waren es 1970 nur noch rund 4 100 Wohnungen. Der Anteil dieser öffentlich geförderten Wohnungen ging dabei von 47% auf 19% zurück.

Auch Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau werden immer seltener erteilt. Nur im Jahre 1966 schnellte die Zahl der Wohnungen in vollgeförderten reinen Wohnbauten auf rund 12 400, womit ein Mittel gegen die Rezession angewandt wurde. Für diese Wohnungen wurde ein Finanzierungsbedarf von rund 623 Millionen DM veranschlagt, bezogen auf die Bevölkerung Schleswig-Holsteins sind das 252 DM je Einwohner. 1970 wurden dagegen nur 93 DM öffentliche Mittel je Einwohner aufgewendet. Neben den 3 509 Sozialwohnungen in vollgeförderten reinen Wohnbauten wurden 1970 noch 667 Wohnungen in sonstigen Wohnbauten und 66 Wohnungen in sonstigen Gebäuden durch Mittel des

Bewilligungen
im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau 1965 bis 1970

Jahr	Sozial- wohnungen insgesamt	darunter vollgeförderte reine Wohnbauten		
		Wohnungen	veranschlagter Finanzierungsbedarf	
			Mill. DM	DM je Einwohner
1965	9 335	8 728	433	177
1966	12 839	12 425	623	252
1967	6 956	6 352	335	134
1968	6 358	5 968	318	126
1969	6 507	5 373	324	127
1970	4 242	3 509	238	93

Wohnungen in vollgeförderten reinen Mehrfamilienhäusern
nach Mietpreisklassen 1965 bis 1970

Jahr	Wohnungen	Miete in DM je Quadratmeter Wohnfläche		
		unter 2,70	2,70 bis unter 3,10	3,10 und mehr
		in %		
1965	5 067	54	46	1
1966	8 439	38	61	1
1967	4 112	25	72	4
1968	3 889	2	74	24
1969	3 314	1	79	20
1970	2 118	3	38	59

sozialen Wohnungsbaus gefördert. Gegenüber 1969 sind also insgesamt 2 265 (35%) Wohnungen weniger gefördert worden.

Die Mieten für Wohnungen in vollgeförderten reinen Mehrfamilienhäusern haben sich gerade in den letzten Jahren nicht unwesentlich erhöht. So lag 1965 noch bei nahezu allen

diesen Sozialwohnungen (99%) die Quadratmetermiete unter 3,10 DM, 1970 entfielen auf diese Mietpreisklasse dagegen nur noch 41%. Während 1970 nur noch für 0,4% der Wohnungen eine Miete von weniger als 2,50 DM je Quadratmeter veranschlagt wurde, traf das 1965 noch für 18% der Wohnungen zu.

Peter Möller

Handel, Verkehr und Gastgewerbe

Handel

Stetig wachsende Ausfuhr

Zwischen 1950 und 1965 hat die Ausfuhr Schleswig-Holsteins (ohne Schiffsneubauten) stetig zugenommen. Dieser Trend hat sich nach 1965 fortgesetzt. Bis 1965 hatte - von 1951 an gerechnet - der Export um durchschnittlich 10% pro Jahr zugenommen. Ab 1965 betrug die Zunahme jährlich 13%. Allerdings war der Anstieg von Jahr zu Jahr recht unterschiedlich. Gegenüber 1965 lag der Export im Jahr 1966 um 10% höher. Im Rezessionsjahr 1967 betrug der Anstieg 16%. 1968, als die Wirtschaft der Bundesrepublik wieder expandierte, verlangsamte sich die Exportzunahme etwas (Anstieg 8%). In der Boomphase 1969 konnten 23% mehr Güter exportiert werden. Im Gegensatz zum Export der BRD, der sich in der Rezessionsphase 1967 etwas verlangsamte, reagierte die Ausfuhr Schleswig-Holsteins also verzögert auf den Konjunkturabschwung.

Der Anteil Schleswig-Holsteins an der Ausfuhr der BRD hat sich langfristig etwas erhöht, wobei der Anteilsberechnung wiederum Zeitreihen zugrundegelegt wurden, die um die Schiffsexporte gekürzt sind. Von 1,4% im Jahre 1954 ist der Anteil über 1,5% im Jahr 1965 auf 1,6% im Jahr 1970 gestiegen.

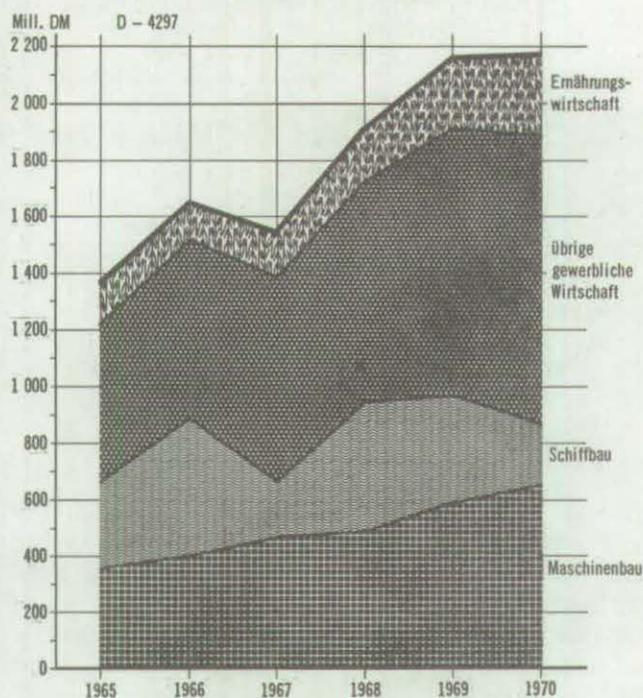
Der Export von Gütern der Ernährungswirtschaft hat sich ab 1965 von 146 Mill. DM auf 285 Mill. DM erhöht. Die gewerbliche Wirtschaft konnte die Ausfuhr von 1 214 Mill. DM auf 1 880 Mill. DM erhöhen. Der Anteil des Exports von Gütern der Ernährungswirtschaft an der Gesamtausfuhr ist demnach von 10,7% auf 13,2% gestiegen.

Innerhalb der Warengruppe "Ernährungswirtschaft" stieg die Ausfuhr von Genußmitteln um 293% (von 11 Mill. DM auf 42 Mill. DM) relativ am stärksten. Während der Export von Nahrungsmitteln pflanzlichen Ursprungs um 119% (von 64 Mill. DM auf 140 Mill. DM) zunahm, kletterte die Ausfuhr von Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs um 53% (von 64 Mill. DM auf 99 Mill. DM).

Schiffbau verlor relativ an Bedeutung

Lange Zeit hatte der Schiffbau an erster Stelle der schleswig-holsteinischen Ausfuhr gestanden. Teilweise war er mit mehr als 40% am Gesamtexport beteiligt gewesen. 1966 lag dieser Anteil noch bei 30%. In den letzten sechs Jahren hat der Schiffbau weiter an Boden verloren. 1970 betrug der Anteil nur noch 10%. Noch besser läßt sich die relative Abnahme der Schiffsexporte verfolgen, wenn mehrere, zeitlich aufeinanderfolgende

Entwicklung der Ausfuhr 1965 - 1970



Jahreswerte zu einem Mittelwert zusammengefaßt werden: Für die Zeit von 1955 bis 1959 errechnet sich ein Anteil von 42%, für die folgenden fünf Jahre beträgt er 34%, für 1965 bis 1969 sind es dann nur noch 21%. In absoluten Werten hat sich der Export ab 1965 - unter Zugrundelegung gemittelter Werte - geringfügig verringert.

Wenn die Schiffsausfuhr stagnierte, der Anteil der Schiffsausfuhr an der Gesamtausfuhr aber zurückgegangen ist, müssen andere Komponenten der Ausfuhr überdurchschnittlich gestiegen sein.

In erster Linie ist hier der Maschinenbau zu nennen. Sein Anteil am Gesamtexport stieg von 26% im Jahre 1965 auf 30% im Jahre 1970. Absolut nahm der Export von Maschinen von 354 Mill. DM auf 647 Mill. DM zu. Außerdem hat sich die Ausfuhr von feinmechanischen und optischen sowie elektrotechnischen Erzeugnissen erheblich ausgedehnt.

Verdoppelung der Exporte in EWG-Länder

Die wichtigsten Handelspartner Schleswig-Holsteins sind - abgesehen von den USA - die Länder der EWG und der EFTA. In die EWG-Länder wurden 1965 307 Mill. DM (ohne Schiffe) ausgeführt, 1970 hatte sich der Ausfuhrwert um 109% auf 642 Mill. DM erhöht. Weniger stürmisch entwickelte sich der Export in die EFTA-Länder. Von 375 Mill. DM im Jahr 1965 stieg er auf 519 Mill. im Jahr 1970. Die Ausfuhr in diese Länder nahm also nur

Ausfuhr Schleswig-Holsteins nach Ländergruppen, Erdteilen und wichtigen Verbrauchsländern 1965 bis 1970

in 1 000 DM

	1965	1967	1969	1970
Europa	1 048 317	1 155 353	1 590 101	1 576 768
darunter				
EWG-Länder	309 170	445 317	656 225	650 816
EFTA-Länder	527 259	524 866	706 826	664 022
Afrika	54 768	61 929	89 139	100 432
darunter				
Republik Südafrika	11 571	12 679	16 247	21 462
Amerika	134 387	176 193	327 659	293 803
darunter				
USA	46 089	95 177	167 904	153 589
Asien	111 868	132 810	138 456	179 312
darunter				
Japan	17 802	21 928	25 611	38 511
Australien und Ozeanien	10 617	14 495	13 960	15 356
Insgesamt	1 359 957	1 540 781	2 159 314	2 165 671
darunter (ohne Schiffbau)				
EWG } in %	29,2	33,1	36,1	32,9
EFTA }	35,7	30,0	25,1	26,6

um 38% zu. Die Randlage Schleswig-Holsteins in bezug auf den EWG-Raum hat sich also nicht nachteilig auf die Exporte in die EWG-Länder ausgewirkt, wie vielfach befürchtet worden ist. Maßgeblich für die unterschiedliche Entwicklung in die EWG- und EFTA-Länder dürften zwei Faktoren gewesen sein. Einerseits haben die Einfuhrzölle der EFTA-Staaten die Importe aus Schleswig-Holstein verteuert und so eine stärkere Ausdehnung der Ausfuhr dorthin verhindert. Andererseits nahm der Export von hochwertigen Erzeugnissen, wie elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, für die die Transportkosten im Verhältnis zu den Fertigungskosten einen geringen Aufwandsposten darstellen, überdurchschnittlich zu, so daß Schleswig-Holstein "näher" an die Industriezentren der EWG herangerückt ist und sich dementsprechend die relativen Vorteile aus der günstigen Verkehrslage zu Dänemark und Großbritannien abgeschwächt haben.

Auch die Zunahme des Exports nach Nord- und Südamerika verdient Beachtung, einmal wegen des Umfangs, den der Export nach Amerika hat - immerhin importierte Amerika 1970 Waren im Werte von 294 Mill. DM, das sind 14% des Gesamtexports - zum anderen aber auch wegen der Zunahme, die mehr als 100% betrug. Der Export in die USA verdreifachte sich sogar.

Zunehmende Konzentration im Einzelhandel

Für Schleswig-Holstein können keine Einzelhandelsumsätze veröffentlicht werden, weil der Auswahlatz der Stichprobe dieser Statistik

so klein ist, daß zwar zum Bundesergebnis ein angemessener Teil beigetragen wird, ein gesichertes Landesergebnis aber nicht entsteht. Da davon ausgegangen werden kann, daß sich der Einzelhandel in Schleswig-Holstein nicht wesentlich anders als der im Bundesgebiet entwickelt hat, wird die Entwicklung des Einzelhandels im Bundesgebiet, stellvertretend für die Entwicklung in Schleswig-Holstein, kommentiert.

1970 setzten die Einzelhandelsunternehmen im Bundesgebiet zu jeweiligen Preisen 37% mehr um als 1965. Werden die im Verlauf der betrachteten Zeitspanne eingetretenen Preisveränderungen berücksichtigt, verbleibt ein realer Anstieg von 27%. Die jährlichen Zuwachsraten spiegeln die wechselhafte Konjunktur in diesem Zeitraum wider. 1967 wurden nominal nur 1% mehr Güter umgesetzt als 1966. In der Boomphase des der Rezession folgenden Aufschwungs, nahm der Umsatz um 10% zu (1968/69). Real konnten 9% mehr Güter abgesetzt werden. 1970 zeichnete sich das Abklingen des Aufschwungs ab. Zwar konnte der Umsatz nominal um 11% ausgedehnt werden, real blieben aber nur 8% Zuwachs.

Unter den Branchen nahm zwischen 1965 und 1970 der Handel mit "Waren verschiedener Art" am stärksten zu (+ 53%), Überdurchschnittlich ist auch der Handel mit pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen (+ 49%), mit Hausrat und Wohnbedarf (+ 41%) sowie mit Papierwaren und Druckerzeugnissen

(+ 39%) gestiegen. Knapp unter dem Durchschnitt blieb die Umsatzzunahme bei Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen (+ 36%), bei Elektro- und optischen Erzeugnissen (35%) sowie bei Kohle und Mineralöl-erzeugnissen (+ 34%). Am geringsten konnte der Handel mit Nahrungs- und Genußmitteln, sowie Bekleidung, Wäsche und Schuhen gesteigert werden (31 bzw. 29%).

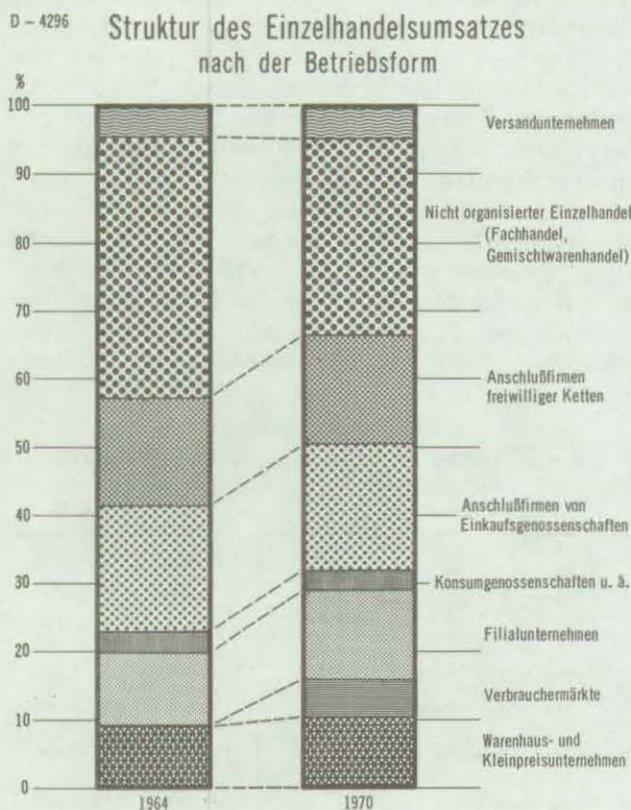
Die einzelnen Betriebsformen haben sich zwischen 1965 und 1970 in ihrem Umsatz unterschiedlich entwickelt. Filialunternehmen verbuchten mit 71% Steigerung den größten Umsatzzuwachs. Ein Teil dieser Umsatzsteigerung beruht darauf, daß sich die Zahl der Unternehmen, die zu dieser Betriebsform gerechnet werden, im Untersuchungszeitraum erhöht hat. Hinter den Filialunternehmen folgten Warenhausunternehmen und der Versandhandel mit einem Umsatzplus von je 51%.

Von den drei Betriebsformen Warenhausunternehmen, Filialunternehmen und übrige Unternehmen konnten die Filialunternehmen von 1965 bis 1969 den Umsatz bei Nahrungs- und Genußmitteln mit 54% Zunahme am stärksten ausdehnen. Um 45% stieg der Umsatz derselben Warengruppe in den Warenhausunternehmen. Die übrigen Unternehmen erzielten ein Umsatzplus von 14%.

Auch bei Bekleidung, Wäsche und Schuhen verzeichneten Filialunternehmen mit 45% die höchste Zuwachsrate. Mit großem Abstand folgten Warenhausunternehmen und die übrigen Unternehmen mit Umsatzsteigerungen von 23% und 10%. Im Handel mit Hausrat und Wohnbedarf hatten die Warenhausunternehmen mit 35% Zuwachs den größten Erfolg. Um 28% stieg der Umsatz dieser Warengruppe in Filialunternehmen und um 23% in den übrigen Unternehmen.

Der Einzelhandel war auch in den letzten fünf Jahren Strukturwandlungen unterworfen. In erster Linie ist hier die Verschiebung der Marktanteile der einzelnen Betriebsformen zu nennen. So konnte eine verhältnismäßig junge Betriebsform, der Verbrauchermärkte, in kurzer Zeit erheblich an Boden gewinnen. Diese Betriebsform, auf die 1964 0,1% aller Umsätze entfielen, hatte 1970 einen Marktanteil von 6% erobert. Warenhäuser und Kleinpreisunternehmen konnten ihren Marktanteil von 9% im Jahr 1964 auf 10% im Jahr 1970 erhöhen. Konsumgenossenschaften, der Versandhandel sowie der organisierte mittelständische Fachhandel konnten ihre Anteile in etwa halten (3%, 5% und 34%). Dagegen sank der Marktanteil des nichtorganisierten Einzelhandels von 38% auf 29%.

Die Umsatzkonzentration im Einzelhandel hat sich fortgesetzt. In Unternehmen mit weniger



als 100 000 DM Jahresumsatz ist der Umsatz um 9% gesunken, in Unternehmen mit 100 000 bis 2 Mill. DM Jahresumsatz ist er um 17% gestiegen. Unternehmen mit mehr als 2 Mill. DM Umsatz setzten 35% mehr um.

Verkehr

Schifffahrt dringt vor im Güterverkehr

Zum Güterverkehr wird hier der Güterverkehr auf der Eisenbahn, auf Schiffen und auf Lastkraftwagen gerechnet. Nicht berücksichtigt werden der Güternahverkehr auf Kraftfahrzeugen, der Gütertransport im Luftverkehr und in Rohrfernleitungen.

Von 35 Mill. t im Jahr 1965 hat sich die insgesamt beförderte Gütermenge auf 43 Mill. t im Jahr 1969, also um etwa 20% erhöht. Die drei Verkehrsträger Eisenbahn, Schifffahrt und Lastkraftwagen trugen zu dieser Entwicklung in unterschiedlichem Umfang bei. Der Güterverkehr auf der Eisenbahn erhöhte sich im Untersuchungszeitraum um 6%. Auf LKW wurden 18% mehr Güter transportiert. Am stärksten, nämlich um 28%, nahm der Güterverkehr auf Binnen- und Seeschiffen zu. Dementsprechend haben sich auch die Anteile der von den Verkehrsträgern transportierten Güter am gesamten Transportvolumen verschoben. Der Anteil der Güter, die die Eisenbahn beförderte, ist von 22% auf 19% gesunken. Mit 17% bis 16% haben die LKW ihren Anteil am Transportvolumen ungefähr halten können. Die Schifffahrt, die 1965 62% aller transportierten Güter beförderte, konnte den Anteil auf 65% erhöhen.

Gemäß der allgemeinen Entwicklungsrichtung hat der Güterverkehr sowohl innerhalb Schleswig-Holsteins als auch mit dem übrigen Bundesgebiet und dem Ausland zugenommen, wobei der Gütertausch mit dem Ausland am stärksten anstieg. Aus dem Ausland wurden 1969 26% mehr Güter als 1965 empfangen, der Versand stieg um 31%. Der Güterverkehr mit dem übrigen Bundesgebiet nahm um 20% (Empfang) bzw. 12% (Versand) zu. Innerhalb Schleswig-Holsteins erhöhte sich der Güterverkehr um 18% (Versand und Empfang sind hier identische Größen).

Die Rezession 1966/67 hat sich auf das Transportvolumen der drei Verkehrsträger unterschiedlich ausgewirkt. Während nämlich der Umfang der von Schifffahrt und LKW transportierten Güter weiter anstieg, wenn auch die hohen Zuwachsraten der vorangegangenen Jahre nicht erreicht werden konnten, mußte die Bahn einen Rückgang im

Volumen der von ihr transportierten Güter hinnehmen. Allerdings beförderte die Bahn 1969 erheblich mehr als 1968 (Zunahme 16%), wodurch sie wieder etwas an Boden gewann.

Der Güterumschlag in den schleswig-holsteinischen Häfen hat sich in der Spanne von 1965 bis 1970 von 22 Mill. t auf 30 Mill. t oder um 35% erhöht. Mit Ausnahme von Itzehoe, wo der Güterumschlag um 39% abnahm, konnten alle größeren Häfen ihren Güterumschlag erhöhen, allen voran Rendsburg, wo ein Zuwachs von 120% erreicht wurde. Den größten Umschlag mit 7,6 Mill. t wies 1970 Lübeck auf. 1965 hatte noch Puttgarden mit 4,9 Mill. t an der Spitze gelegen. Hinter Puttgarden, wo 1970 6,6 Mill. t umgeschlagen wurden, blieb Brunsbüttel mit einem Umschlagsvolumen von 5,6 Mill. t an dritter Stelle. Dann folgen Kiel und Wedel, wo 1970 54% bzw. 58% mehr Güter umgeschlagen wurden als 1969.

Fremdenverkehr

Kapazitätsauslastung gestiegen

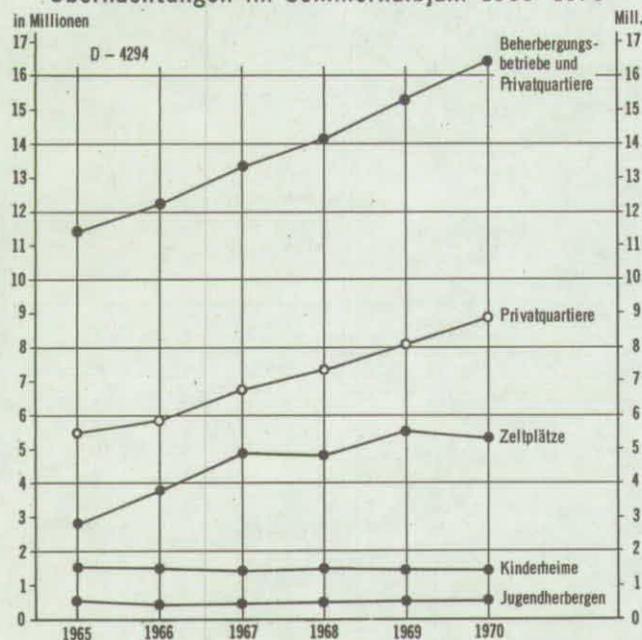
Die Beherbergungskapazität des Beherbergungsgewerbes und der Privatvermieter hat in den letzten Jahren ständig zugenommen. 1965 wurden in den Berichtsgemeinden 133 000 Betten gezählt. Nach fünf Jahren war das Bettenangebot auf 176 000 Betten angestiegen. Über den gesamten Zeitraum gerechnet, stieg das Angebot also um 33%. Pro Jahr ist die Zahl der Betten durchschnittlich um 6% gestiegen. Privatquartiere und Beherbergungsbetriebe trugen zu diesem Anstieg in unterschiedlichem Umfang bei. Die Beherbergungsbetriebe erhöhten ihr Angebot um jährlich 4,5%. Das Angebot der Privatquartiere stieg dagegen um 6,8%. 1970 verteilte sich das Bettenangebot auf beide Beherbergungsgruppen wie folgt: In Beherbergungsbetrieben standen 75 000 Betten bereit, in Privatquartieren 101 000 Betten.

Betten nach Art der Beherbergungsstätte 1965 und 1970

Betriebsart	1965	1970
Hotels	21 453	25 842
Gasthäuser	4 473	3 896
Fremdenheime, Pensionen, Hospize	24 867	36 173
Erholungs- und Ferienheime	7 413	7 255
Heilstätten und Sanatorien	2 116	2 243
Beherbergungsbetriebe zusammen	60 322	75 409
Privatquartiere	72 542	100 793

Wird die Entwicklung der Nachfrage - gemessen an der Zahl der Übernachtungen im Sommerhalbjahr - der Angebotsentwicklung gegenübergestellt, läßt sich feststellen, ob sich die Auslastung der vorhandenen Betten verbessert hat. Die Zahl der Übernachtungen des allgemeinen Fremdenverkehrs ist von 11,4 Mill. im Sommerhalbjahr 1965 auf 16,4 im Sommerhalbjahr 1970, also um 44% angestiegen. Aus den Übernachtungszahlen errechnet sich eine durchschnittliche Zuwachsrates der Nachfrage von 7,5% pro Jahr. Die Nachfrage ist in dem betrachteten Zeitraum also stärker gestiegen als das Angebot (+ 6% jährlich), so daß sich - wenn auch nur geringfügig - die Kapazitätsauslastung verbessert hat. Vor- und Nachsaison (Mai, Juni, September) einerseits und Hauptsaison (Juli, August) andererseits partizipierten gleichmäßig an der erhöhten Bettenbelegung. Denn auf die Monate Juli und August entfielen in dem Beobachtungszeitraum entweder 65% oder 66% aller Übernachtungen von Mai bis September. Die Konzentration des Fremdenverkehrsgeschehens auf Juli und August hat sich also nicht geändert. In Privatquartieren hat sich die Konzentration etwas abgeschwächt (von 74% auf 70%). In Beherbergungsbetrieben, dem anderen, gewerblichen Sektor des Fremdenverkehrs, hat sie sich nicht geändert (58%). Von allen Beherbergungsstätten konnten nur die Privatquartiere ihre Betten häufiger belegen. Dem Zuwachs an Betten in Privatquartieren in Höhe von jährlich 6,8% (siehe oben) stand nämlich eine Zunahme der Nachfrage von 10% pro Jahr gegenüber. Dagegen erhöhten sich Angebot und Nachfrage im Beherbergungsgewerbe gleichmäßig um 4,5%.

Übernachtungen im Sommerhalbjahr 1965-1970



Ost- und Nordseebäder noch beliebter

Das Fremdenverkehrsgeschehen in Schleswig-Holstein konzentrierte sich 1970 noch stärker als 1965 auf Ost- und Nordseebäder, wie sich aus der prozentualen Zunahme der Nachfrage der Ost- und Nordseebäder einerseits und der übrigen Fremdenverkehrsgemeinden andererseits ablesen läßt. Im Sommerhalbjahr 1965 waren in den Ostseebädern 4,8 Mill. Übernachtungen registriert worden, 1970 waren es 7,1 Mill. Übernachtungen (+ 50%). Ähnlich stark entwickelte sich der Fremdenverkehr auch in den Nordseebädern. Zu den 4,5 Mill. im Jahr 1965 registrierten Übernachtungen kamen 1970 2,1 Mill. Übernachtungen hinzu (+ 46%). Auf alle übrigen Fremdenverkehrsgemeinden entfielen 1965 2,2 und 1970 2,7 Mill. Übernachtungen (+ 24%).

Stellt man der Entwicklung der Nachfrage in Ost- und Nordseebädern wiederum die Entwicklung des Angebots gegenüber, dann zeigt sich, daß sich in beiden Gebieten die Auslastung der Betten in gleichem Maße verbessert hat. In den Ostseebädern nahmen Nachfrage und Angebot im Durchschnitt um 8% und 5% zu, in den Nordseebädern kletterten Angebot und Nachfrage ebenfalls um 8% und 5%.

Sinkender Ausländeranteil

Der Anteil der Übernachtungen von Ausländern an der Gesamtzahl der Übernachtungen hat sich seit 1965 kontinuierlich verringert. Während er 1965 noch 3,3% betrug, lag er 1970 bei 2,3%. Diese Verminderung des Ausländeranteils ist eine Folge der unterschiedlich angestiegenen Nachfrage aus dem In- und Ausland. Während die Inlandsnachfrage von Jahr zu Jahr durchschnittlich um 8% stieg, blieb die Zunahme der Auslandsnachfrage unter 1%.

Campingwagen als Wochenendquartier

In den letzten Jahren erfreute sich der Zeltplatz als Urlaubs- und Erholungsstätte zunehmender Beliebtheit. Innerhalb von 5 Jahren hat sich die Zahl der Übernachtungen auf Campingplätzen um 87% erhöht, von 2,8 Mill. im Jahr 1965 auf 5,3 Mill. im Jahr 1970. Neben dieser globalen Entwicklung verdient eine Änderung der Gewohnheiten innerhalb des Campingwesens besondere Beachtung. Während früher Zelte oder Wohnwagen nur für die Dauer des Urlaubs aufgestellt wurden, hat in den letzten Jahren das Dauermieten von Campingstellflächen erheblich an Bedeutung gewonnen. Bei Dauermietern handelt es sich um Campingfreunde, die einen Stellplatz für ihren Campingwagen die ganze Saison über mieten, so daß sie ihre Quartiere auch

in der Vor- und Nachsaison, hauptsächlich an den Wochenenden aufsuchen können. Diese Form des Campierens ist an der Ostsee besonders häufig anzutreffen. Hier gibt es Zeltplätze, die ihre Stellplätze ausschließlich

oder überwiegend an Dauermieter vergeben haben, wobei sich die Preise für die Stellplätze nach der Lage des Zeltplatzes und innerhalb des Zeltplatzes wiederum nach der Entfernung zum Meer richten.

Karlheinz König

Geld und Kredit

Banken

Die monetäre Entwicklung stand nach 1965 zunächst unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Depression, die in der zweiten Jahreshälfte 1966 einsetzte und im Laufe des Jahres 1968 überwunden wurde. Hierzu trugen nicht zuletzt zwei Konjunkturförderungsprogramme der öffentlichen Hand bei, durch die im gesamten Bundesgebiet zusätzliche oder zeitlich vorgezogene Aufträge in Höhe von über 7 Mrd. DM insbesondere an die Investitionsgüterindustrie und das Baugewerbe vergeben wurden. Infolge dieses konjunkturpolitischen Anstoßes kam es in den Jahren 1968 und insbesondere 1969 zu einer kräftigen Ausweitung des Kreditvolumens. Im Jahr 1970 versuchte die Bundesbank durch liquiditätseinschränkende Maßnahmen die entstandenen Überhitzungserscheinungen in der wirtschaftlichen Entwicklung einzudämmen. Die Geschäftstätigkeit der Banken wurde insbesondere vom starken Zinsauftrieb beeinflusst, der sich nicht nur auf die Bundesrepublik Deutschland beschränkte, sondern weltweites Ausmaß annahm.

Die schleswig-holsteinischen Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank, aber einschließlich Großbankfilialen) hatten am 31. 12. 1970 an Nichtbanken insgesamt 16,5 Mrd. DM aus-

geliehen, also 11% mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Der Zuwachs der Forderungen (das sind Kredite an Nichtbanken) betrug sowohl während des Jahres 1969 wie auch während des Jahres 1970 rund 1,7 Mrd. DM. Es ist dies die größte Ausweitung des Kreditvolumens in der Nachkriegszeit. Knapp ein Zehntel des Bestandes an gewährten Krediten waren (nach Umstellung der Bankenstatistik Ende 1968) Ausleihungen an öffentliche Haushalte. Neun Zehntel waren an Unternehmen und Private vergeben. Diese Kredite hatten zu etwa drei Viertel eine Laufzeit von mehr als einem Jahr (mittel- und langfristige); ein Viertel der Ausleihungen entfiel auf kurzfristige Kredite. Der Bestand an mittel- und langfristigen Krediten für Unternehmen und Privathaushalte erhöhte sich während der Jahre 1969 und 1970 in etwa gleichem Maße um knapp 1 Mrd. DM. Die kurzfristigen Ausleihungen dagegen nahmen insbesondere während des Jahres 1969 zu. Das Jahr 1970 brachte dann wieder eine Abschwächung ihrer Zuwachsrates. Hervorzuheben bleibt die besonders starke Zunahme der Verschuldung der öffentlichen Haushalte im Verlaufe des Jahres 1970.

Am 31. 12. 1968 ist das Gliederungsschema der Bankenstatistik geändert worden. Ein

Forderungen und Verbindlichkeiten der Kreditinstitute

Beträge in Mill. DM

Bestand am Jahresende	Forderungen an Nichtbanken ¹	davon an			Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken	darunter Spareinlagen
		Unternehmen und Private	öffentliche Haushalte			
		kurzfristig	mittel- und langfristig			
1965	8 273	2 047	5 296	930	5 053	3 178
1966	8 993	2 053	5 922	1 017	5 575	3 668
1967	9 685	2 290	6 237	1 158	6 461	4 158
1968 ²	10 590	2 359	6 922	1 309	7 511	4 756
1968 ²	13 131	2 420	9 462	1 249	8 987	4 744
1969	14 825	3 007	10 432	1 385	10 094	5 295
1970	16 502	3 426	11 429	1 647	11 288	5 810

1) einschließlich durchlaufender Kredite

2) Umstellung der monatlichen Bankenstatistik der Deutschen Bundesbank auf ein anderes Gliederungsschema

Vergleich mit Zahlen, die vor diesem Zeitpunkt gewonnen wurden, ist daher nur mit erheblichen Einschränkungen möglich. Um den Kontinuitätsbruch, der durch die Umstellung entstanden ist, zu verdeutlichen, sind in der vorstehenden Tabelle die Zahlen für 1968 nach dem alten und nach dem neuen Gliederungs-schemata untereinander ausgewiesen worden. Die Differenzen erklären sich hauptsächlich aus folgenden Veränderungen:

- Neueinbeziehung der Wohnungsbauförderungsanstalten (in Schleswig-Holstein der Wohnungsbaukreditanstalt) und damit erhebliche Ausweitung des mittel- und langfristigen Kreditvolumens sowie der Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken;
- die Fristenregelung wurde revidiert, der Begriff "kurzfristige Kredite" auf Ausleihungen mit Laufzeit bis zu einem Jahre erweitert, der Begriff "mittel- und langfristige Kredite" entsprechend eingeeengt; daher Zunahme der kurzfristigen Kredite;
- der Begriff "öffentliche Hand" wurde ebenfalls eingeeengt; Unternehmen der öffentlichen Hand (auch Eigen- und Regiebetriebe sowie Bundespost und -bahn) wurden dem Sektor

Unternehmen und Private zugeordnet; daher Abnahme des Kreditvolumens an öffentliche Haushalte.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken (das sind Einlagen und aufgenommene Fremdmittel von der Nichtbankenkundschaft) stellten sich Ende 1970 auf 11,3 Mrd. DM. Sie haben sich in den Jahren 1969 und 1970 um 1,1 und 1,2 Mrd. DM erhöht. Den wichtigsten Posten unter ihnen machen die Spareinlagen aus, deren Erhebungsumfang von der Umstellung der Bankenstatistik im Jahre 1968 fast nicht beeinflusst worden ist. Die Spareinlagen machen nach wie vor mehr als die Hälfte aller Einlagen und aufgenommenen Fremdmittel von der Nichtbankenkundschaft aus. Ihr Bestand nahm seit Jahresende 1965 um 83% auf 5,8 Mrd. DM zu. Infolge der oben erwähnten methodischen Veränderungen hat jedoch ihr Gewicht unter den Gesamtverbindlichkeiten nachgelassen. Die Zugänge aus Zinsen im Sparverkehr erhöhten sich überproportional, nämlich von 110 Mill. DM im Jahre 1965 auf 287 Mill. DM im Jahre 1970. Dies entspricht einer Steigerung um 161%.

Entwicklung des Sparverkehrs¹

Beträge in Mill. DM

Jahr	Spareinlagen am 1. 1.	Saldo der Gut- und Lastschriften (ohne Zinsgutschriften)	Veränderung in %	Zugänge aus Zinsen	Spareinlagen am 31. 12.
1965	2 729	+ 339	+ 12	110	3 178
1966	3 178	+ 341	+ 11	149	3 668
1967	3 668	+ 334	+ 9	155	4 158
1968	4 158	+ 426	+ 10	173	4 744 ^a
1969	4 744	+ 348	+ 7	203	5 295
1970	5 295	+ 228	+ 4	287	5 810

1) ohne Postspareinlagen

a) Die Differenz gegenüber der Bestandsfortschreibung beruht auf der Veränderung des Berichtskreises im Zuge der Neugestaltung der Bankenstatistik Ende 1968

Am Jahresende 1965 waren in Schleswig-Holstein auf jeden Einwohner Spareinlagen in Höhe von 1 303 DM entfallen. Diese Einlagen erhöhten sich zwar auf 2 263 DM je Einwohner zum 31. 12. 1970; Schleswig-Holstein rangiert damit aber weiterhin an letzter Stelle unter den Ländern des Bundesgebietes. Der Abstand zum Bundesdurchschnitt (1965 : 1 770 DM, 1970 : 3 182 DM je Einwohner) ist sogar größer geworden. In den Angaben sind die Postspareinlagen nicht enthalten.

Die Statistik der Boden- und Kommunal-kreditinstitute ist eine Spezialstatistik, die die Geschäftsentwicklung der Realkreditinstitute näher beleuchtet. Kreditvolumen und Einlagenbestand dieser Institute gegenüber Nichtbanken sind auch in der allgemeinen

regionalen Bankenstatistik enthalten (wie oben in der ersten Tabelle dargestellt). Die vier schleswig-holsteinischen Banken, die das Recht haben, Wertpapiere zu emittieren, konnten ihren Erstabsatz von deckungspflichtigen Schuldverschreibungen seit 1965 von 185 Mill. DM auf 517 Mill. DM im Jahre 1970 erhöhen. Die Entwicklung war in den Jahren 1966 und 1969 von einem Absatzrückgang gekennzeichnet, dem aber im Jahre 1970 eine erhebliche Belebung des Geschäfts folgte. Die Schwankungen der letzten beiden Jahre sind hauptsächlich auf den unterschiedlichen Absatz von Kommunalobligationen zurückzuführen. Der Umlauf an Schuldverschreibungen erhöhte sich von 1965 um 1,7 Mrd. DM auf 3,1 Mrd. DM am 31. 12. 1970. Der in jüngster Zeit verstärkte

Passiv- und Aktivgeschäft der Boden- und Kommunalkreditinstitute

Beträge in Mill. DM

Stand am Jahresende	Passivgeschäft			Aktivgeschäft			
	Erstabsatz von Schuldverschreibungen ¹ 1. 1. - 31. 12.	Umlauf an Schuldverschreibungen ¹	Aufgenommene lang- und mittelfristige Darlehen ²	Ausleihungen insgesamt ³	darunter		
					Hypotheken auf Grundstücken	Kommunal-darlehen	Schiffs-hypotheken
1965	185	1 407	1 008	3 114	792	700	737
1966	140	1 538	1 079	3 490	1 040	713	831
1967	270	1 815	994	3 690	1 141	789	849
1968	377	2 193	1 019	4 048	1 296	937	926
1969	359	2 690	841	4 553	1 718 ^a	1 015	933
1970	517	3 084	930	4 980	1 846	1 130	1 037

1) nur deckungspflichtige Schuldverschreibungen

2) tatsächlich in Anspruch genommene Darlehensbeträge

3) Direktkredite (einschließlich durchlaufender Mittel)

a) darunter 258 Mill. DM bestehende Darlehen gegen Hypotheken auf gewerblichen Grundstücken, die nicht neu ausgezahlt, sondern nur in das Deckungsregister eingetragen worden sind

Erstabsatz von kurz- und mittelfristigen Schuldverschreibungen (insbesondere Kassenobligationen mit einer Laufzeit bis zu vier Jahren) zum Zwecke der Zwischenfinanzierung und damit verbunden die rasche Zunahme der Tilgungen insbesondere 1969 und 1970 bewirkten, daß der Umlauf an Pfandbriefen und Kommunalobligationen einer stärkeren Fluktuation unterworfen wurde als in den früheren Jahren. Die von den Instituten außerdem zur Finanzierung des Aktivgeschäfts aufgenommenen lang- und mittelfristigen Darlehen haben im Laufe der letzten 5 Jahre im Verhältnis zum Umlauf an Schuldverschreibungen an Bedeutung verloren.

Der Bestand an Ausleihungen an die private und öffentliche Wirtschaft einschließlich durchlaufender Mittel (Direktkredite) belief sich am 31. 12. 1970 auf knapp 5 Mrd. DM. Hiervon waren ein Drittel Hypotheken auf Wohngrundstücke und gewerbliche Grundstücke, knapp ein Viertel Kommunaldarlehen und gut ein Fünftel Schiffshypotheken. Gegenüber 1965 hat sich der Bestand an Ausleihungen gegen Hypotheken auf Grundstücken wesentlich stärker ausgedehnt als die vergebenen Kommunaldarlehen und die Ausleihungen gegen Schiffshypotheken.

Bausparkassen

Der Hauptgeschäftszweck auch der öffentlichen und privaten Bausparkassen liegt in der Gewährung von Darlehen. Er unterscheidet sich im Grunde genommen durch nichts vom Geschäftszweck der übrigen Banken und Sparkassen, die ausnahmslos in die allgemeine

regionale Bankenstatistik einbezogen sind. Die Meldungen der Bausparkassen sind allerdings bisher noch nicht in der Bankenstatistik enthalten, weil die methodischen Voraussetzungen hierzu nicht gegeben sind.

Die Entwicklung im schleswig-holsteinischen Bauspargeschäft in der Zeit von 1965 bis 1970 spiegelt ein besonders treffendes Bild der wirtschaftlichen Situation in den einzelnen Jahren wider. Insbesondere die neuabgeschlossenen Verträge und deren Vertragssummen erwiesen sich als sehr stark konjunkturabhängig. Das untenstehende Bild veranschaulicht die Entwicklung in den letzten 5 Jahren, wobei neben dem starken Geschäftsrückgang während des Jahres 1967 und dessen Überwindung in den folgenden Jahren auch die



Das Bauspargeschäft
(private und öffentliche Bausparkassen)

Beträge in Mill. DM

Jahr	Neuabgeschlossene Verträge		Eingänge ¹	Auszahlungen ²	Überschuß der Eingänge über die Auszahlungen
	Anzahl	Vertragssummen			
1965	41 722	839	346	300	45,5
1966	49 352	1 113	418	419	- 0,6
1967	30 807	675	423	390	32,1
1968	42 400	884	476	465	11,6
1969	61 387	1 327	544	563	- 19,0
1970	76 576	1 812	681	709	- 28,2

1) Eingänge an Spargeld, Wohnungsbauprämien, Tilgungen und Zinsen

2) Auszahlungen von Bauspareinlagen, von Bauspardarlehen aus Zuteilungen und aus Zwischenkreditgewährung sowie von sonstigen Baudarlehen. Zur Vermeidung von Doppelzählungen sind Ablösungen von Zwischenkrediten nicht erfaßt

1970 erheblich gestiegenen Vertragssummen je neu abgeschlossenen Vertrag erwähnt werden müssen. Im Jahre 1965 betrug die Vertragssumme im Durchschnitt noch 20 099 DM je Vertrag. Sie stieg auf 23 664 DM im Jahre 1970. Auf diese Entwicklung sind die gestiegenen Baupreise, aber auch die zugenommenen Ansprüche an die Ausstattung der Wohnungen von Einfluß gewesen.

Da die Eingänge an Spargeld und die Tilgungen aus einer Vielzahl von über einen großen Zeitraum hinweg abgeschlossenen Verträgen herrühren, läßt sich ihre konjunkturelle Abhängigkeit nur in sehr abgeschwächter Form nachweisen. Trotz Rezession sind die Eingänge in der Zeit von 1965 bis 1970 ständig gestiegen, wenn auch mit sehr unterschiedlichen Zuwachsraten. Für die Auszahlungen gilt Ähnliches.

Die Auszahlungen nahmen seit 1965 stärker zu als die Eingänge. Dies hatte in den Jahren 1969 und 1970 erstmals einen erheblichen Überschuß der Auszahlungen über die Eingänge zur Folge. Die Auszahlungen enthalten neben der Gewährung von Bauspardarlehen aus Zuteilungen u. a. auch die gewährten Zwischenkredite. Sie haben in letzter Zeit besonders stark zugenommen und sind die Ursache für den negativen Saldo. In dem Bestreben, der Zunahme der immer weiter steigenden Baukosten zuvorzukommen, damit Geld und Zeit zu sparen, machten insbesondere 1969 und 1970 die Bausparer in zunehmendem Maße von der Möglichkeit der vorzeitigen Realisierung ihrer Bauvorhaben durch Zwischenkreditfinanzierung Gebrauch.

Insolvenzen

Die Zahl der gerichtlichen Insolvenzen in den letzten 5 Jahren erhöhte sich um fast 2 Drittel von insgesamt 98 auf 160, wobei die stetige

Zunahme im Jahre 1969 unterbrochen worden ist. Bei jedem Vergleich dieser Zahlen müßte eigentlich die sehr unterschiedliche Höhe der finanziellen Verpflichtungen berücksichtigt werden, was jedoch hier der Kürze wegen unterbleiben muß. Die wirtschaftliche Entwicklung spiegelt sich in den Zahlen der nachstehenden Tabelle erst dann wider, wenn man die Konkurse und Vergleichsverfahren in solche von Erwerbsunternehmen und von sonstigen Gemeinschuldern (vorwiegend Nachlässe) trennt. Die Insolvenzen der sonstigen Gemeinschuldner schwanken seit 1965 völlig unabhängig von der konjunkturellen Lage zwischen 28 und 45 Fällen pro Jahr. Die finanziellen Zusammenbrüche der Erwerbsunternehmen nahmen dagegen bis 1967 zunächst zu, erreichten in diesem Jahr mit 113 Fällen einen ersten Höhepunkt und nahmen in den beiden darauf folgenden Jahren wieder ab. Im Jahre 1970 stieg dann die Zahl der von den Gerichten gemeldeten Konkurse und Vergleichsverfahren von Erwerbsunternehmen erheblich auf 129; es ist dies die höchste Zahl seit dem Jahre 1957.

Die Zunahme der Zusammenbrüche besonders während des Jahres 1966 ist mit Sicherheit direkt auf die damals im zweiten Halbjahr voll einsetzende wirtschaftliche Rezession zurückzuführen. Von ihr wurde hauptsächlich das Baugewerbe erheblich betroffen. Für die Entwicklung im Jahre 1970 können konjunkturelle Gründe nicht die entscheidende Rolle gespielt haben. Vielmehr dürften strukturelle Veränderungen in der Wirtschaft nicht ohne Einfluß gewesen sein, insbesondere die verstärkten Bemühungen um Rationalisierung und damit verbunden die Errichtung von leistungsfähigen Großbetrieben. Nach der Konkursstatistik muß angenommen werden, daß gerade im Einzelhandel in jüngster Zeit Betriebe im zunehmenden Maße von dieser Entwicklung betroffen werden.

Konkurse und Vergleichsverfahren

Jahr	Insgesamt	davon			darunter (Sp. 1) von Erwerbsunternehmen		
		Konkurse		Vergleiche	zusammen	Baugewerbe	Einzelhandel
		Insgesamt	mangels Masse abgelehnt				
1965	98	91	29	7	66	14	15
1966	138	126	44	12	99	29	19
1967	141	117	31	24	113	34	18
1968	150	133	52	17	105	25	20
1969	139	125	54	14	103	19	18
1970	160	146	53	14	129	22	29

Klaus Scheithauer

Öffentliche soziale Leistungen

Wohngeld

Durch das Wohnbeihilfegesetz vom 29. Juli 1963 und seine geänderte Fassung in Form des Wohngeldgesetzes vom 1. April 1965 wurde in der Bundesrepublik die Gewährung von Wohngeld eingeführt mit dem Ziel, einem Inhaber von Wohnraum zur Vermeidung sozialer Härten ein Mindestmaß an Wohnraum wirtschaftlich zu sichern. Da aber das Wohngeldgesetz aus dem Jahre 1965 zu zahlreichen Härtefällen und verwaltungsmäßigen Schwierigkeiten geführt hat, war es notwendig, die bisherigen Vorschriften den seither veränderten Verhältnissen anzupassen und dabei insbesondere den Trend zur größeren Wohnung und verbesserten Wohnungsausstattung Rechnung zu tragen. Das neue Gesetz ist aber erst am 1. Januar 1971 in Kraft getreten, so daß für den hier betrachteten Zeitraum mit Ausnahme der ersten drei Monate des Jahres 1965 nur ein Gesetz wirksam war.

Von 1965 bis 1970 wurden in Schleswig-Holstein insgesamt 172 Millionen DM an

Wohngeld gezahlt, davon 136 Millionen DM (79%) als Mietzuschuß und 36 Millionen DM (21%) als Lastenzuschuß. Vorher kamen vom 1. November 1963 bis zum 31. Dezember 1964 5,5 Millionen DM zur Auszahlung, 4,7 Millionen DM als Mietzuschuß und 0,9 Millionen DM als Lastenzuschuß. Die Zahl der Wohngeldempfänger hat sich von Jahr zu Jahr erhöht, wobei die verhältnismäßig kleine Zahl vor allem im Jahre 1965, aber auch noch 1966 auf die lange Zeit anhaltende Unkenntnis der Bevölkerung über diesen neu entstandenen gesetzlichen Anspruch zurückzuführen ist. Seit 1968 ist dann dieser Personenkreis zahlenmäßig nahezu konstant geblieben und umfaßt etwa doppelt soviel Personen wie 1965. Ende 1970 erhielten von den rund 59 500 Wohngeldempfängern 89% Mietzuschuß und 11% Lastenzuschuß.

Das jährlich ausgezahlte Wohngeld ist seit 1965 ständig angestiegen und hat sich 1970 gegenüber 1965 mehr als verdreifacht. Von 1969 auf 1970 betrug die Zunahme aber nur noch 2%. Da das neue Wohngeldgesetz eine Verbesserung bringen soll, müßten die

Wohngeldempfänger und Wohngeldzahlungen 1965 bis 1970

	1965	1966	1967	1968	1969	1970
Wohngeldempfänger						
insgesamt am 31. 12.	31 049	40 196	48 423	59 233	60 248	59 452
davon Empfänger von Mietzuschuß	26 602	34 528	41 499	51 542	52 665	53 080
Empfänger von Lastenzuschuß	4 447	5 668	6 924	7 691	7 583	6 372
Wohngeld						
Auszahlungen insgesamt (Mill. DM)	11,9	22,8	27,0	33,9	37,8	38,6
davon Mietzuschuß	9,4	17,3	20,6	26,4	30,2	31,9
Lastenzuschuß	2,5	5,5	6,5	7,5	7,6	6,6
Auszahlungen im Durchschnitt je Fall im Monat Dezember (in DM)						
Mietzuschuß	37,95	39,61	42,22	45,02	45,09	44,70
Lastenzuschuß	63,70	65,90	74,00	73,40	73,12	68,02

Wohngeldauszahlungen 1971 wieder stärker zunehmen. Das im Dezember 1970 gezahlte Wohngeld betrug im Durchschnitt je Fall 47,20 DM, und zwar durchschnittlich 44,70 DM beim Mietzuschuß und 68,02 DM beim Lastenzuschuß. Bei einem Vergleich mit den Vorjahren ist zu berücksichtigen, daß hier Monatswerte und keine Jahresdurchschnittswerte je Fall ermittelt werden und deshalb keine allgemeine Tendenz abgelesen werden kann. Festzustellen ist aber, daß der durchschnittliche Lastenzuschuß je Fall erheblich über dem durchschnittlichen Mietzuschuß je Fall liegt.

Peter Möller

Sozialhilfe

Das Volumen der Mittel, die in Form von Sozialhilfe umverteilt wurden, ist in den betrachteten fünf Jahren von 95 auf 148 Mill. DM gestiegen. Der Aufwand hat jedes Jahr höher gelegen als im vorhergegangenen Jahr, die Zahl der Empfänger schwankte:

	Mill. DM	Empfänger
1965	95	65 000
1966	105	66 000
1967	113	70 000
1968	118	69 000
1969	125	67 000
1970	148	69 000

Im Anstieg der Ausgaben spiegeln sich die Erhöhungen der Regelsätze und der Einzelleistungen wider, ferner das Auf und Ab der Unterstütztenzahl. Dem Anstieg der Lebenshaltungskosten wird in der Sozialhilfe durch Anhebung der Regelsätze für die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt Rechnung getragen, und dies geschah in der Berichtsperiode fünfmal, in ungleichen Abständen. Bis zum 31. 10. 1965 betrug der Regelsatz für den Haushaltsvorstand 114 DM, er wurde dann bis zum 1. 1. 1970 viermal um je 6 DM erhöht und am 1. 6. 1970 auf 156 DM, also um einen größeren Betrag, heraufgesetzt.

Das Schwanken der Unterstütztenzahl hat mehrere Gründe. Sozialhilfe wird subsidiär gewährt, d. h. wenn alle anderen Quellen (Arbeitseinkommen, Versicherungsleistung, Unterhalt durch Angehörige) nicht ausreichen. Sie orientiert sich an festgesetzten Mindesteinkommen (familienabhängiger Regelsatz) und tritt ein, wenn diese Grenze ein wenig oder weit unterschritten wird. Man kann sich alle selbständig lebenden Einwohner in einem auf der Spitze stehenden

Doppelkegel nach ihrem gesamten Einkommen übereinander angeordnet vorstellen; der Doppelkegel ruht auf einem Sockel, einem kleinen Zylinder, dessen Dicke den Mindestaufwand für die Lebensführung veranschaulicht und die Sozialhilfe bedeutet. Soweit die Kegelspitze noch in den Zylinder hineinreicht, tritt die Sozialhilfe nur ergänzend zu einem zwar vorhandenen, aber unzureichenden Einkommen hinzu, unterhalb der Kegelspitze schafft sie allein die finanzielle Lebensbasis. Je nachdem wie dick Zylinder und Kegelspitze sind, taucht der Doppelkegel mehr oder weniger tief in den Sockel ein. Das Modell veranschaulicht die Zone niedrigster Einkommen, deren nach unten zu rasch weniger werdende Angehörige zwischen Bezug und Nichtbezug von Sozialhilfe hin- und herpendeln, je nachdem, ob gerade die Regelsätze der Sozialhilfe heraufgesetzt wurden (= mehr Unterstützte), ob die Zahl der Arbeitslosen steigt (= mehr Unterstützte, denn Arbeitslosengeld oder -hilfe ist niedriger als Arbeitslohn) oder ob die Löhne steigen (= weniger Unterstützte), um die wichtigsten Einflüsse zu nennen.

An den Zahlen der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt läßt sich der Einfluß der wirtschaftlichen Rezession 1967 deutlich ablesen:

1965	36 200
1966	35 600
1967	37 500
1968	34 000
1969	31 700
1970	32 700

Dank der besseren Beschäftigungslage und der steigenden Löhne sank nach dem Höhepunkt 1967 im folgenden Jahr und 1969 die Zahl der Unterstützten ungewöhnlich rasch ab. In dieser Periode, zwischen 1967 und dem 31. 12. 1969, wurden die Regelsätze nur einmal um 6 DM erhöht, das waren 5%, wogegen die Löhne gleichzeitig um etwa 20% anstiegen, so daß für viele "Grenzverdiener" das Arbeitseinkommen über die Regelsatzschwelle wuchs. Am 1. 6. 1970 wurden dagegen die Regelsätze um 18 DM, das waren 13%, angehoben, so daß zunächst einmal wieder mehr Personen in den Genuß der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt kamen.

Die eingangs genannten Gesamtausgaben für Sozialhilfe hingen nicht nur von der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt ab, die etwa ein Drittel ausmacht, sondern weit mehr noch von den Ausgaben für Hilfen in besonderen Lebenslagen. Diese sind so vielfältig, daß keine globalen Aussagen über die Gründe ihres Anstiegs möglich sind:

1965	52 Mill. DM
1966	61 Mill. DM
1967	67 Mill. DM
1968	73 Mill. DM
1969	79 Mill. DM
1970	94 Mill. DM

Unter den Hilfen in besonderen Lebenslagen beansprucht die Hilfe zur Pflege mit zwei Dritteln den größten Anteil. Vor fünf Jahren hatte dieser Anteil erst 57% betragen. Zwischen 8% und 10% schwankte der Anteil der Blindenhilfe; stetig zugenommen, von 4% auf 10%, hat das Gewicht der Eingliederungshilfe für Behinderte. Einen starken relativen Rückgang verzeichnete die Krankenhilfe, nämlich von 18% auf 8%, leicht nur sank der Anteil der vorbeugenden Gesundheitshilfe.

Zwischen den drei Hauptsäulen der Sozialhilfe, nämlich den Leistungen für Hilfe zum Lebensunterhalt, der Hilfe in besonderen Lebenslagen und der Tuberkulosehilfe, haben sich von 1965 bis 1970 die Gewichte verlagert: Das Übergewicht der Hilfe in besonderen Lebenslagen hat sich von 55% auf 63% verstärkt, die Anteile der beiden anderen Komponenten sind von 39% auf 33% und (Tuberkulosehilfe) von 6% auf 3% gefallen.

Die Gesamtbelastung durch Sozialhilfe betrug 1970 je Einwohner 57,50 DM, das waren 48% mehr als 1965 mit 38,80 DM. Dieser Posten hat sich damit parallel zum Bruttoinlandsprodukt je Einwohner entwickelt. Man kann sagen, daß die Gesellschaft, auf dem Wege über Steuermittel und öffentliche Haushalte, seit mindestens 1965 einen gleichbleibenden Anteil des Bruttoinlandsprodukts, nämlich etwa in Höhe von gut 0,6%, für Sozialhilfe umverteilt.

Krankenversicherung

Die Zahl der Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen ist seit einem Tiefpunkt im Anfang des Jahres 1966, wo sie nur 728 000 betrug, fast stetig angestiegen bis auf 771 000 Ende 1970. Diese Gesamtveränderung verdeckt gegenläufige Bewegungen der Teilgruppen, von denen hauptsächlich drei zu unterscheiden sind: die Pflichtmitglieder - leichte Zunahme von 433 000 auf 437 000 -, die freiwilligen Mitglieder - kräftige Abnahme von 104 000 auf 73 000 - und die Rentner - starke Zunahme von 191 000 auf 261 000. Während 1965 die weitaus meisten, nämlich etwa fünf von sechs Pflichtversicherten einen Anspruch auf sofortige Barleistungen der

Kasse im Krankheitsfall hatten, sind es 1970 dank des Lohnfortzahlungsgesetzes fast alle (29 von 30), die für die ersten sechs Wochen einer Erkrankung ihren Lohn weiterhin beziehen und deshalb nicht durch Krankengeld den Kassen zur Last fallen.

Das Finanzvolumen hat sich (Jahreseinnahmen) von 386 Mill. DM im Jahre 1965 auf 618 Mill. DM im Jahre 1970 vergrößert. Unter den Ausgaben stellen die Arztkosten mit 27% nach wie vor den größten Posten. Das Reinvermögen der gesetzlichen Krankenkassen, zusammengenommen, hatte 1967 seinen höchsten Stand, sank danach langsam ab, weil die Ausgaben größer waren als die Einnahmen, und stieg erst 1970 wieder leicht an. Je Mitglied berechnet, sind die Beitragseinnahmen von 502 DM auf 774 DM gestiegen, die Leistungsausgaben von 499 DM auf 734 DM. Die Mehrkosten von 47% sind offenbar sowohl durch gestiegene Preise für ärztliche und andere Dienstleistungen, Medikamente usw. verursacht als auch durch eine höhere Krankheitshäufigkeit, wie der folgende Vergleich zeigt:

	1965	1970	Veränderung in %
Arbeitsunfähigkeit			
Fälle je 100 Mitglieder	70	96	+ 37
Tage je 100 Mitglieder	1 536	1 813	+ 18
Tage je Fall	21,9	18,9	- 14
Krankenhaus			
Fälle je 100 Mitglieder	8,0	7,7	- 4
Tage je 100 Mitglieder	165	147	- 11
Tage je Fall	20,6	19,2	- 7

Die Werte für die Jahre zwischen 1965 und 1970 liegen nicht stets zwischen denen für die angegebenen Eckjahre. Dennoch kann eine bestimmte Tendenz der Entwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung, besonders seit 1970, erkannt werden. Die Erkrankungshäufigkeit ist eindeutig und stark gestiegen: je 100 Mitglieder gab es im Laufe des Jahres 1965 nur 70 Fälle von Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit, 1970 dagegen 96, ein Drittel mehr. Die besondere Höhe dieses Wertes für 1970 ist allerdings wahrscheinlich Zufall; im Januar gab es nämlich doppelt so viele Krankmeldungen als üblicherweise, vermutlich wetterbedingt. Dank kurzer Krankheitsdauer hat sich die Zahl der ausgefallenen Tage nur um ein Sechstel erhöht. Bei der kleinen Gruppe der Krankenhausfälle hat sich offenbar eine Tendenz zur Sparsamkeit, sei es wegen Knappheit der Betten, der Mittel oder des Pflegepersonals, durchgesetzt. Jedenfalls lagen von 100 Kranken 1965 noch 11 im Krankenhaus (8 von 70), 1970 aber nur 8 (7,7 von 96), und diese auch noch kürzere Zeit,

Der Krankenstand, also die Zahl der arbeitsunfähig gemeldeten Pflichtmitglieder an einem Tag in % aller Pflichtmitglieder, der monatlich zum Ersten ermittelt und auch als Jahresdurchschnitt berechnet wird, war 1970 mit

4,78 fast genauso hoch wie 1965 (4,71) und hat dazwischen sowohl darunter als auch darüber gelegen. Hier wirkt sich hauptsächlich die von Jahr zu Jahr verschiedene Witterung aus.

Arnold Heinemann

Öffentliche Finanzen

Personal im öffentlichen Dienst

Die öffentliche Hand ist der größte Arbeitgeber in Schleswig-Holstein. Am 2. 10. 1970 standen fast 151 000 Personen im Dienst des Bundes, des Landes und der Kommunen. Damit ist mehr als jeder sechste Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst beschäftigt. Vier Zehntel von ihnen sind beim Bund tätig, ein Drittel beim Land und ein Viertel bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden. Die meisten vollbeschäftigten Bediensteten, nämlich vier Zehntel, haben den Status von Beamten und Richtern, reichlich drei Zehntel stehen im Angestelltenverhältnis und fast drei Zehntel sind Arbeiter. Außerdem sind noch 8% des Personals teilzeitbeschäftigt. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Angestellte und Arbeiter.

Von den Bundesbediensteten sind die Hälfte bei Bundesbehörden beschäftigt. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um Zivilbedienstete der Bundeswehrverwaltung. Die nächststärkste Gruppe stellt die Bundespost mit einem Anteil von gut einem Viertel. Beim Land liegt der personelle Schwerpunkt im Bereich Kultur. Hier sind vier Zehntel des Landespersonals tätig. Von den Gemeindebediensteten stellen die kreisfreien Städte die Hälfte. Der zweitgrößte Arbeitgeber sind die Kreisverwaltungen mit einem Anteil von gut einem Sechstel.

Gegenüber 1965 hat sich die Zahl der Bediensteten um 9 000 oder 6% erhöht. Hierzu trug die wachsende Zahl von Teilzeitbeschäftigten nicht unwesentlich bei. Die Zahl der Vollbeschäftigten stieg um 4% und die der Teilzeitbeschäftigten um 48%. Unter den Vollbeschäftigten wuchs am kräftigsten die Zahl der Angestellten (+ 9%), während es bei den Beamten und Richtern 7% mehr waren und die Zahl der Arbeiter um 5% zurückging.

Die Veränderungen waren bei den einzelnen Gebietskörperschaften recht unterschiedlich. Beim Bund stieg die Anzahl der Beschäftigten insgesamt um 3%, die der Vollbeschäftigten um 2% und die der Teilzeitbeschäftigten um reichlich ein Drittel. Unter den Vollbeschäftigten blieb die Zahl der Beamten und Richter

Der öffentliche Dienst in Schleswig-Holstein 1965 und 1970

	1965		1970		Veränderung in %
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	
Bundesbedienstete	59 453	42,0	61 338	40,7	+ 3,2
Landesbedienstete	43 522	30,7	50 274	33,4	+ 15,5
Gemeindebedienstete	38 615	27,3	38 932	25,9	+ 0,8
Insgesamt	141 590	100	150 544	100	+ 6,3
Vollbeschäftigte	133 840	94,5	139 059	92,4	+ 3,9
Beamte und Richter	51 809	38,7	55 468	39,9	+ 7,1
Angestellte	40 063	29,9	43 566	31,3	+ 8,7
Arbeiter	41 968	31,4	40 025	28,8	- 4,6
Teilzeitbeschäftigte	7 750	5,5	11 485	7,6	+ 48,2

sowie der Arbeiter gegenüber 1965 nahezu konstant, während die Zahl der Angestellten um 9% zunahm. Die größte Zuwachsrate ist beim Land zu verzeichnen. Hier wuchs die Anzahl insgesamt um beinahe 16%, die der Vollbeschäftigten um 13% und die der Teilzeitbeschäftigten um drei Viertel. Unter den vollbeschäftigten Landesbediensteten erhöhte sich die Zahl der Beamten und Richter um 16% und Angestellte gibt es 14% mehr als 1965. Die Zahl der Arbeiter nahm demgegenüber um 6% ab. Die Kommunen haben 1970 nur wenig mehr (+ 1%) Bedienstete beschäftigt als 1965. Die Anzahl der Vollbeschäftigten ging sogar zurück (- 5%), während die der Teilzeitbeschäftigten um vier Zehntel zunahm. Der Rückgang der vollbeschäftigten Kommunalbediensteten ist vor allem auf den Rückgang der Arbeiter zurückzuführen (- 15%), aber auch die Zahl der Beamten nahm ab (- 7%). Demgegenüber stieg die Zahl der Angestellten um 5%.

Verschuldung

Land

Die fundierten Neuschulden - das sind die nach der Währungsreform 1948 aufgenom-

Fundierte Neuschulden des Landes Schleswig-Holstein

Schuldenart	1965		1966	1967	1968	1969	1970	
	Mill. DM	%					Mill. DM	Mill. DM
Insgesamt	1 803	100	1 950	2 136	2 361	2 431	2 641	100
davon Schulden								
aus Kreditmarktmitteln	490	27	637	853	1 083	1 175	1 411	53
aus öffentlichen Sondermitteln	76	4	88	79	77	77	67	3
bei Gebietskörperschaften	1 237	69	1 225	1 203	1 201	1 179	1 164	44

menen Schulden ohne Kassenkredite - des Landes beliefen sich am Jahresende 1970 auf 2,6 Mrd. DM. Sie erhöhten sich gegenüber 1965 um 838 Mill. DM, das ist fast die Hälfte des damaligen Standes. Die Zuwachsrates lag bis auf 1969 in den dazwischenliegenden Jahren jeweils bei etwa einem Zehntel. In der Herkunft der Schulden hat sich eine kräftige Verschiebung ergeben, die Zunahme der Verschuldung basiert nämlich allein auf Kreditmarktmitteln. Im Jahre 1965 stammten 490 Mill. DM oder 27% aus Kreditmarktmitteln, 1970 sind es 1,4 Mrd. DM oder 53%. Dafür ging der Anteil der Schulden bei Gebietskörperschaften von fast sieben Zehnteln auf 44% zurück. Ihre Höhe hat sich allerdings nur leicht von 1,24 Mrd. DM auf 1,16 Mrd. DM verringert. Es handelt sich hier vor allem um Wohnungsbauschulden beim Bund und dem Lastenausgleichsfonds. Die Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln - das sind hauptsächlich Schulden bei der Bundesversicherungsanstalt und anderen Sozialversicherungsträgern -, die ebenfalls zurückgingen, spielen nach wie vor eine geringe Rolle. Sie beliefen sich 1970 auf 67 Mill. DM gegenüber 76 Mill. DM im Jahre 1965.

Gemeinden

Die schleswig-holsteinischen Gemeinden und Gemeindeverbände waren am 31. 12. 1970 mit

1,7 Mrd. DM verschuldet. Ihr Schuldenstand lag damit um 500 Mill. DM oder vier Zehntel höher als fünf Jahre zuvor. Die Zuwachsrates sind bis auf 1968 von Jahr zu Jahr größer geworden. Die Struktur der Schulden hat sich sowohl von der Kreditgeber- als auch von der Verwendungsseite her nur unwesentlich geändert. Hauptkreditgeber der Gemeinden sind weiterhin die Banken und Sparkassen. Die Schulden aus Kreditmarktmitteln stellen sowohl 1965 als auch 1970 etwa sieben Zehntel der kommunalen Verschuldung. Sie erhöhten sich von 838 Mill. DM auf 1,2 Mrd. DM oder um 36%. Von den übrigen Schulden entfallen 1970 gut ein Zehntel oder 184 Mill. DM auf öffentliche Sondermittel. Diese Schulden haben sich seit 1965 mehr als vervierfacht. Das hängt mit dem kommunalen Investitionsfonds zusammen, der seit 1969 unter den öffentlichen Sondermitteln erfaßt wird, obwohl etwa ein Drittel der Mittel vom Land stammt und bis zu zwei Drittel auf dem Kreditmarkt beschafft werden. Aus dem gleichen Grunde sind die Schulden bei Gebietskörperschaften nur leicht gestiegen und ihr Anteil ging von einem Viertel auf ein Fünftel zurück.

Der Schwerpunkt der Verwendung liegt bei den Bereichen Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung, Wirtschaftsunternehmen, Bau- und Wohnungswesen und Schulen. Für diese vier Bereiche wurden sowohl 1965 als auch 1970 über 84% der Schulden verwendet. Am stärksten sind die Schulden für öffentliche

Fundierte Neuschulden der Gemeinden und Gemeindeverbände

Schuldenart Verwendungszweck	1965		1966	1967	1968	1969	1970	
	Mill. DM	%					Mill. DM	Mill. DM
Insgesamt	1 240	100	1 323	1 429	1 461	1 580	1 734	100
davon Schulden								
aus Kreditmarktmitteln	888	71,6	971	1 074	1 089	1 100	1 209	69,7
aus öffentlichen Sondermitteln	44	3,5	41	39	40	140	184	10,6
bei Gebietskörperschaften	308	24,8	312	316	332	340	341	19,7
darunter verwendet für								
Schulen	171	13,8	184	202	200	206	218	12,6
Bau- und Wohnungswesen	274	22,1	277	291	313	340	364	21,0
Öffentliche Einrichtungen	264	21,3	291	326	358	396	450	26,0
Wirtschaftsunternehmen	342	27,6	353	383	353	387	428	24,7

Einrichtungen und Wirtschaftsförderung angewachsen (+ 70%), die die Schulden für Wirtschaftsunternehmen auf den 2. Platz verdrängten, da sie nur um ein Viertel zunahmen.

Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen des Bundes, des Landes und der Gemeinden in Schleswig-Holstein, die im Jahre 1965 auf 3,2 Mrd. DM kamen, erreichten 1970 ein Volumen von 4,7 Mrd. DM. Sie erhöhten sich um die Hälfte oder 1,5 Mrd. DM. Während in den Jahren 1966, 1967 und 1968 eine gleichlaufende Steigerungsquote von 4% zu verzeichnen war, betrug sie 1969 gut 17%. Die hohe Zuwachsrate ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Umsatzsteuer durch den konjunkturellen Aufschwung und das geänderte Steuerrecht (Mehrwertsteuer) eine Steigerung von 37% erreichte, daß die Lohnsteuer durch die kräftigen Lohn- und Gehaltssteigerungen eine Mehreinnahme von 24% erbrachte und daß die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital wegen der bevorstehenden Gewerbesteuerumlage um 21% anstieg. Im Jahre 1970 ging der Zuwachs auf die immer noch hohe Rate von 11% zurück. Das Land schneidet bei einem Vergleich der Zuwachsraten am besten ab. Seine Steuereinnahmen stiegen von 1965 bis 1970 um 84%, während es für den Bund und die Gemeinden nur 31% und 40% gewesen sind. Entsprechend haben sich auch die Anteile bei der Steuerverteilung verschoben. Von den gesamten Steuereinnahmen in Schleswig-Holstein erhielt der Bund 1970 über die Hälfte, nämlich 52%, gegenüber 58% im Jahre 1965, das Land erhielt 36% anstelle von 29% und die Gemeinden blieben bei einem Anteil von 13%. Die Steuerverteilung hat sich vor allem durch die Finanzreform 1970 geändert. Bis 1969 basierten die Steuereinnahmen der Gemeinden auf reinen Gemeindesteuern, deren Hauptstütze die Gewerbesteuer war, und Bund und Länder teilten sich neben den eigenen Steuern die Steuern vom Einkommen mit wechselnden Anteilen (Landesanteil bis 1966=61%, 1967/68=63%, 1969=65%). Nach der Finanzreform von 1969 sind in der Steuerverteilung ab 1970 hauptsächlich folgende Änderungen eingetreten: Von der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer erhalten Bund und Land jeweils 43% und die Gemeinden 14%; die Körperschaftsteuer und die nichtveranlagte Einkommensteuer teilen sich Bund und Land je zur Hälfte; von der bisher dem Bund allein zufließenden Umsatzsteuer erhält das Land 30%; von der Gewerbesteuerumlage, die die Gemeinden für

die Beteiligung an der Lohn- und Einkommensteuer abführen müssen, erhalten Bund und Land jeweils die Hälfte; außerdem wird eine Zerlegung der Lohn- und Körperschaftsteuer zugunsten der Wohnsitz- bzw. Betriebssitzländer durchgeführt, was sich für Schleswig-Holstein besonders wegen der Hamburg-Pendler einnahmesteigernd auswirkt. Zusätzlich erhalten die steuerschwachen Länder, zu denen Schleswig-Holstein gehört, von dem den Ländern zustehenden 30%igen Umsatzsteueranteil im Rahmen eines Länderfinanzausgleichs von den steuerstarken Ländern bestimmte Anteile.

Steuereinnahmen in Schleswig-Holstein 1965 bis 1970

Steuereinnahme		1965	1966	1967	1968	1969	1970
Bund	Mill. DM	1 858	1 911	1 962	1 964	2 308	2 425
	Anteil in %	58	57	57	55	55	52
	Meßzahl	100	103	106	106	124	131
Land	Mill. DM	917	982	1 059	1 161	1 354	1 685
	Anteil in %	29	30	31	32	32	36
	Meßzahl	100	107	115	127	148	184
Gemeinden	Mill. DM	420	441	452	479	559	590
	Anteil in %	13	13	13	13	13	13
	Meßzahl	100	105	108	114	133	140
Insgesamt	Mill. DM	3 195	3 334	3 473	3 604	4 221	4 700
	Meßzahl	100	104	109	113	132	147

Steuereinnahmen des Bundes

Die Steuereinnahmen des Bundes beliefen sich 1970 in Schleswig-Holstein auf 2,4 Mrd. DM. Über vier Zehntel oder 1 Mrd. entfielen davon auf reine Bundessteuern und fast sechs Zehntel oder 1,4 Mrd. DM auf die Anteile an den gemeinschaftlichen Steuern. Fünf Jahre vorher basierten die Steuereinnahmen noch zu drei Vierteln auf reinen Bundessteuern. Seit 1965 sind die Steuereinnahmen des Bundes um 567 Mill. DM oder 31% gestiegen. Nach anfänglich geringen Zuwachsraten trat 1969 ein kräftiger Zuwachs auf, der sich 1970 wieder abschwächte. Das hängt jedoch auch etwas mit der Finanzreform zusammen. Bei gleicher Steuerverteilung wie 1969 wären die Steuereinnahmen des Bundes nicht um 5% sondern um 7% gestiegen. Von den jetzigen reinen Bundessteuern entfielen 1970 über acht Zehntel auf die Verbrauchssteuern. Sie stiegen gegenüber 1965 um 28%. Den größten Anteil davon, nämlich sechs Zehntel, stellt die Tabaksteuer, die 1970 520 Mill. DM einbrachte und gegenüber 1965 um 27% stieg.

Steuereinnahmen des Landes

Das Land hat 1970 unter Berücksichtigung des Umsatzsteuerausgleichs und der Zerlegung

der Lohn- und Körperschaftsteuer 1,7 Mrd. DM an Steuern vereinnahmt. Die Einnahmen stammten überwiegend aus den Steuern vom Einkommen, die mit 838 Mill. DM oder 45% den größten Anteil erbrachten. Die Steuern vom Umsatz erzielten mit 496 Mill. DM etwa ein Drittel der Steuereinnahmen. Auf reine Landessteuern entfielen 293 Mill. DM (16%) und auf die anteilige Gewerbesteuerumlage 58 Mill. DM oder 3%.

Gegenüber 1965 erhöhten sich die Einnahmen um 768 Mill. DM oder 84%. Wie beim Bund waren die Zuwachsraten 1965 und 1966 relativ niedrig (+ 7%) stiegen dann aber kräftig an und erreichten 1970 eine Rate von + 24% gegenüber 1969.

Die höchsten Einnahmen unter den reinen Landessteuern stammen in allen Jahren von der Kraftfahrzeugsteuer. Sie erbrachte 1970 eine Einnahme von 158 Mill. DM, was gemessen an den gesamten Steuereinnahmen des Landes jedoch nur einen geringen Anteil, nämlich 9,4% ergibt. Sie verzeichnet seit 1965 eine ständig steigende Zuwachsrate.

Gemeinschaftliche Steuern

Als gemeinschaftliche Steuern werden hier die Steuern betrachtet, die 1970 zu ihnen zählen. Die gemeinschaftlichen Steuern stellen den größten Posten aller Steuern. Im Jahre 1970 belief sich ihr Anteil einschließlich Zerlegung in Schleswig-Holstein auf 2,8 Mrd. DM oder sechs Zehntel. Die ergiebigste unter den gemeinschaftlichen Steuern ist die Lohnsteuer. Sie hat die Umsatzsteuer vom 1. Platz verdrängt. Sie überschritt 1970 die Milliarden-grenze (1,2 Mrd. DM). Ihr Aufkommen hat sich seit 1965 mehr als verdoppelt. Es stieg um 651 Mill. DM oder 124%. Der kräftige Zuwachs von 1969 auf 1970 (+ 35%) ist auch durch die Einführung der Zerlegung bedingt. Demgegenüber ging das Aufkommen der

veranlagten Einkommensteuer zurück. Ihre Einnahmen lagen 1970 mit 481 Mill. DM um 21 Mill. DM oder 4% unter dem Ergebnis von 1965. Während die Einnahmen von Lohn- und Einkommensteuer 1965 noch nahe beieinander lagen (524:502 Mill. DM) ist das Lohnsteuer-aufkommen 1970 mehr als doppelt so groß (1 175 : 481 Mill. DM). Diese Entwicklung ist zu einem nicht unwesentlichen Teil auf die veranlagten Lohnsteuerpflichtigen zurückzuführen. Immer mehr Lohnsteuer-pflichtige überschreiten die Veranlagungs-grenze (24 000 DM im Jahr), werden dann zur Einkommensteuer veranlagt und dürfen keinen Lohnsteuerjahresausgleich mehr durch-führen. Das bedeutet, daß zuviel gezahlte Lohnsteuer, auch im Rahmen der "7 b-Abschreibungen", aus dem Topf der Ein-kommensteuer zurückgezahlt wird. Es ist also angebrachter, beide Steuerarten zu-sammenzufassen. Beide zusammen sind gegen-über 1965 um 61% gestiegen.

Die noch 1965 an erster Stelle liegende Umsatzsteuer wurde 1968 von der Lohnsteuer überrundet, als sie wegen der Einführung der Mehrwertsteuer (Altvorräte) zurückging. Aber auch in den folgenden Jahren, als die Umsatzsteuer wieder anstieg, konnte sie die Lohnsteuer nicht mehr einholen. Im Jahre 1970 sind in Schleswig-Holstein 867 Mill. DM an Umsatzsteuern aufgekomen. Sie erhöhten sich gegenüber 1965 um 230 Mill. DM oder 36%.

Steuereinnahmen der Gemeinden

An den kassenmäßigen Steuereinnahmen der Gemeinden, die sich 1970 auf 590 Mill. DM beliefen und sich gegenüber dem Vorjahr um 31 Mill. DM oder fast 6% und gegenüber 1965 um 169 Mill. DM oder vier Zehntel erhöhten, war die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital entscheidend beteiligt. Ihr Auf-

Die sechs größten Steuern in Schleswig-Holstein 1965 bis 1970

		1965	1966	1967	1968	1969	1970
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	638	680	686	586	805	867
	Meßzahl	100	107	108	92	126	136
Lohnsteuer	Mill. DM	524	598	616	701	869	1 175 ^a
	Meßzahl	100	114	118	134	166	224
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	502	517	552	571	586	481
	Meßzahl	100	103	110	114	117	96
Tabaksteuer	Mill. DM	411	411	475	480	507	520
	Meßzahl	100	100	116	117	124	127
Gewerbesteuern nach Ertrag und Kapital	Mill. DM	272	281	288	307	372	299
	Meßzahl	100	103	106	113	137	110
Körperschaftsteuer	Mill. DM	127	118	110	157	179	152 ^a
	Meßzahl	100	93	87	123	141	120

a) einschließlich Zerlegung

kommen belief sich 1970 auf 299 Mill. DM und erhöhte sich damit gegenüber 1965 um 27 Mill. DM oder ein Zehntel. Diese Entwicklung ist jedoch nicht echt. Die Gemeinden hatten wegen der ab 1970 zu zahlenden Gewerbesteuerumlage Steuerzahlungen 1969 verstärkt eingetrieben. Deshalb stieg das Aufkommen 1969 gegenüber 1968 um ein Fünftel und ging 1970 um ein Fünftel zurück. Zieht man vom gesamten Gewerbesteuer-aufkommen die Gewerbesteuerumlage in Höhe von 90 Mill. DM ab, so verblieben den schleswig-holsteinischen Gemeinden 1970 Einnahmen von 209 Mill. DM. Das sind gut ein Drittel der Gemeindesteuereinnahmen. Damit ist die Gewerbesteuer zwar immer noch die größte Steuer, ihr Gewicht ist aber gegenüber 1965 auf fast die Hälfte zurückgegangen. Die

Spitzenstellung macht ihr jetzt die Gemeinde-einkommensteuer streitig, die 1970 auf 179 Mill. DM kam und einen Anteil von drei Zehntel stellt. Betrachtet man die gegenwärtige Entwicklung, so ist es möglich, daß sie schon dieses Jahr die Gewerbesteuer über-rundet. Die Grundsteuer B als drittgrößte Einnahmequelle brachte 84 Mill. DM und damit ein Siebtel in die Gemeindekassen. Sie stieg 1970 um knapp 7% gegenüber dem Vorjahr an und erhöhte ihr Aufkommen in den letzten 5 Jahren um 30%. Die Lohnsummensteuer, die nur in zehn Gemeinden erhoben wird, ist 1970 mit über 7% an den Gemeindesteuern beteiligt. Ihr Aufkommen nahm gegenüber 1969 um 6 Mill. DM oder knapp 17% zu und erreichte eine Höhe von 43 Mill. DM. Gegenüber 1965 erzielte sie eine Zuwachsrate von 42%.

Walter Dahms

Preise und Löhne

Verbraucherpreise

Die Feststellung, die der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium in seinem Gutachten¹ zu Beginn des Jahres 1966 getroffen hat, gilt auch heute unverändert. Sie lautet: "Die fortgesetzte und sich in den letzten Jahren deutlich verstärkende Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus in der Bundesrepublik wird mit Recht als beunruhigend empfunden". Ein sehr breites Feld der Preisbildung liegt auf dem Gebiet des privaten Verbrauchs. Der Anteil des Bruttosozialprodukts, der 1970 für den privaten Verbrauch verwendet wurde, hat 372 Milliarden DM betragen; das waren 55%. Das allgemeine Preisniveau des privaten Verbrauchs wird durch den Preisindex für die Lebenshaltung privater Haushalte gekennzeichnet. Die jährliche Steigerungsrate des Preisindex für die mittlere Verbrauchergruppe, die sich noch bis Januar 1971 unter 4% hielt, dann bis Mai 1971 auf 5% stieg, hat im September 1971 die Höhe von 6,4% erreicht, die sie nur während der Korea-Krise überschritten hatte.

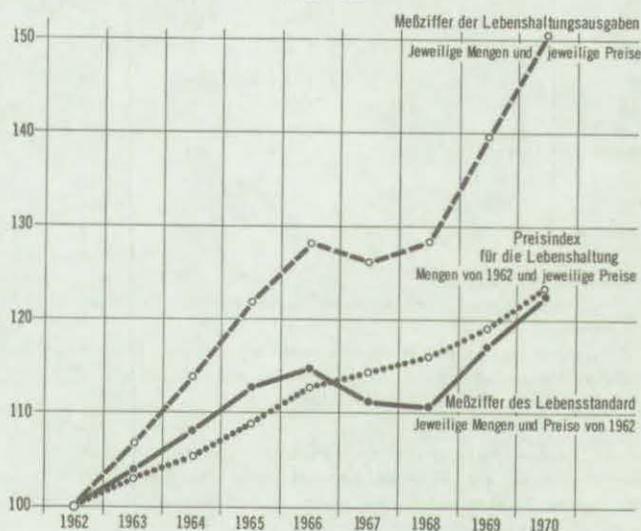
Der Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes ist von 1962 bis September 1971 um 31,7% gestiegen. Dieser Haushaltstyp hat, wie die Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen ergab, im Jahre 1962 für seinen privaten Verbrauch im Schnitt monatlich 723 DM ausgegeben. Wenn er im

September 1971 die gleichen Waren und Dienstleistungen bezogen hätte, hätte er dafür 952 DM, also 229 DM mehr ausgeben müssen.

Da sich dieser Haushaltstyp aber infolge seines gestiegenen Einkommens im Laufe der Jahre mehr und bessere Waren geleistet hat, d. h. seinen Lebensstandard erhöhen konnte, ist die Meßziffer des Lebensstandards, die von den Preisen des Jahres 1962 ausgeht, aber den Verbrauch des jeweiligen Berichtsjahres zugrundelegt, gegenüber 1962 auf 122,6 im Jahre 1970 gestiegen.

Die Meßziffer der Lebenshaltungsausgaben, die sowohl die Preisänderungen als auch

D - 4298 Entwicklung der Lebenshaltungsausgaben
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen im Bundesgebiet
- 1962 = 100 -



1) vergleiche: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 16. Februar 1966, S. 165

die Verbrauchswandlungen berücksichtigt, also von den jeweiligen Preisen und den jeweiligen Verbrauchsmengen ausgeht, hat naturgemäß den höchsten Anstieg zu verzeichnen. Sie hat sich von 100 im Jahre 1962 auf 150,7 Punkte im Jahre 1970 erhöht. Im Bild sind zum Vergleich der Preisindex für die Lebenshaltung, die Meßziffer des Lebensstandards und die Meßziffer der Lebenshaltungsausgaben nebeneinander aufgeführt und die jeweiligen Änderungsraten gegenüber dem Vorjahr angegeben. Bis einschließlich 1966 entfällt der größere Teil der Steigerung der Lebenshaltungsausgaben auf die Erhöhung des Lebensstandards. In den Jahren nach der Rezession, d. h. 1967 und 1968, hat sich der Lebensstandard verschlechtert; ab 1969 war wieder ein starker Zuwachs beim Lebensstandard zu verzeichnen, hinter dem der Preisanstieg zurückblieb; aber die Meßziffer des Lebensstandards konnte den Preisindex der Lebenshaltung noch nicht wieder einholen².

Übereinstimmend ist aus dem Index für die mittlere Verbrauchergruppe und den vier weiteren Indexreihen, die das Statistische Bundesamt für 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern und für die einfache Lebenshaltung eines Kindes sowie für Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen und für alle privaten Haushalte berechnet, zu entnehmen, daß von 1962 bis Mitte des Jahres 1971 die Deutsche Mark rund ein Viertel ihrer binnenwirtschaftlichen Kaufkraft eingebüßt hat. Der Ver-

braucher mußte fast ein Drittel des Betrages von 1962 mehr aufwenden, wenn er 1971 die gleichen Waren wie damals kaufen wollte.

Um dem Risiko eines Wertverfalls der D-Mark nach Möglichkeit zu begegnen, suchen die Partner langfristiger Verträge (Miet- und Pachtverträge, Leibrentenverträge beim Verkauf von Grundstücken, Unterhaltsverträge und dgl.) in immer stärkerem Maße nach Formulierungen, die den Wert laufender Zahlungen automatisch oder im Wege der beiderseitigen erneuten Absprache in seiner ursprünglich vereinbarten Höhe erhalten sollen. Häufig wird in derartigen Wert sicherungs-, Spannungs- oder Preisgleitklauseln der Preisindex für die Lebenshaltung als Wertmaßstab für die Anpassung an die Änderungen des Geldwertes vereinbart. Dasselbe gilt für den sogenannten genehmigungsfreien Leistungs- oder Preisänderungsvorbehalt.

Ein nicht zu übersehender Ausdruck des Mißtrauens in die Stabilität der D-Mark ist die enorm gestiegene Zahl solcher Vereinbarungen. Allein die echten Wertsicherungsklauseln, die gemäß § 3 des Währungsgesetzes zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung der Bundes- oder Landeszentralbank bedürfen, haben sich gegenüber 1962, wo sie 800 bis 900 betragen, auf über 20 000 im Jahre 1970 vermehrt. Sehr viel stärker dürfte die Zahl der genehmigungsfreien Leistungsvorbehalte gestiegen sein, wie sich aus den stark vermehrten Auskunftersuchen an die Statistischen Ämter ergibt. Trotzdem kann nicht davon die Rede sein, daß der Bundesbürger von einer Inflationsspsychose erfaßt worden sei, denn das Volumen der Ersparnisse privater Haushalte hat sich bis in die letzte Zeit vergrößert. Vom Bruttoeinkommen eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen sind statt 4% des Jahres 1962 6% im Jahre 1970 für die Ersparnisbildung verwendet worden. Immerhin ist es nicht von der Hand zu weisen, daß durch Inflationserfahrungen gewitzte Mitbürger mehr, als sie es bei normaler Preisentwicklung getan hätten, Grundstücke erwerben und bauen, Sachwerte (z. B. Eigentumswohnungen) kaufen, verreisen und Schulden machen, sofern sie dazu in der Lage sind.

Der spürbare Kaufkraftschwund im letzten Jahrzehnt hat sowohl binnen- als auch außenwirtschaftliche Ursachen. Zum einen resultiert er aus starken Lohnanhebungen bei gleichzeitig dahinter zurückbleibender volkswirtschaftlicher Leistungssteigerung, zum anderen aus der Geldvermehrung auf dem Weltmarkt und spekulativen Transaktionen des internationalen Kapitals. Allerdings hat sich mit diesem Problem nicht nur die Bundesrepublik Deutschland, sondern die Gesamtheit

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet
1962 = 100

Jahr Monat	A (Alle)	B (höheres Eink.)	C (mittleres Eink.)	D (Rentner)	E (Kind)
1963	102,9	102,5	103,0	103,5	102,8
1964	105,4	104,4	105,4	106,4	105,3
1965	108,7	107,2	109,0	110,7	109,7
1966	112,7	110,7	112,8	115,2	113,5
1967	114,6	113,1	114,4	116,8	114,2
1968	116,4	115,8	116,1	118,5	115,6
1969	119,5	118,4	119,3	122,5	120,4
1970	124,0	122,9	123,7	127,2	124,3
1970 Sept.	124,1	123,2	123,8	127,0	122,3
1971 Sept.	131,4	130,6	131,7	134,8	130,8

A: alle privaten Haushalte

B: 4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen

C: 4-Personen-Haushalte von Arbeitnehmern mit mittlerem Einkommen

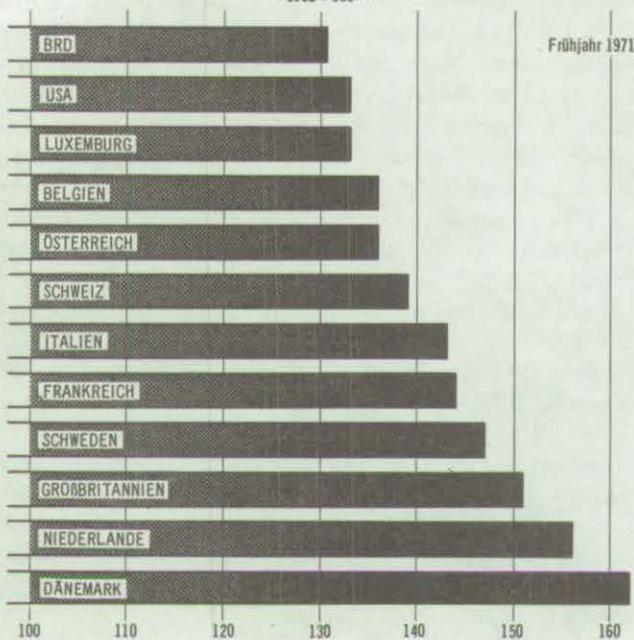
D: 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern

E: einfache Lebenshaltung eines Kindes

2) Die Zusammenhänge zwischen Verdienststeigerung, Anhebung des Lebensstandards und Preissteigerungen veranschaulicht die Grafik des Monats "Lebenshaltungsausgaben und Arbeitsverdienste 1962 bis 1970" in dieser Zeitschrift, Oktober 1971, S. 195 ff.

Preisindex für die Lebenshaltung von Arbeitnehmerhaushalten im internationalen Vergleich

- 1962 = 100 -



der westlichen Länder auseinandersetzen müssen, wobei besonders in Großbritannien und den USA noch das Problem der Arbeitslosigkeit hinzukam. In dem Bild sind die Preisindices der Lebenshaltung von Arbeitnehmerhaushalten aus Ländern der westlichen Welt zusammengestellt. Mit einer Indexerhöhung von 31% gegenüber 1962 schneidet die Bundesrepublik auch noch Mitte 1971 am besten ab. Etwas stärker stiegen die Preise in den USA, Luxemburg, Belgien und Österreich, während gleichzeitig Italien, Frankreich und Schweden Anhebungen des Preisniveaus von über 40%, Großbritannien und die Niederlande von über 50% und Dänemark sogar von 62% hinnehmen mußten. Allerdings hat sich von Mitte 1970 bis Mitte 1971 auch in der Bundesrepublik der Preisanstieg verstärkt und die Preissteigerungsraten der übrigen Länder erreicht und zum Teil überschritten.

Im Gegensatz zu der verbreiteten Vorstellung, die durch das neuerliche Herausstellen globaler Preisindices in den Massenmedien gefördert wird, daß nämlich "alles immer teurer wird", sind viele Preise in der Berichtszeit nicht nur stabil geblieben, sondern sogar gesunken. Daß die Deutsche Mark Mitte 1971 gegenüber 1962 immerhin noch etwa 75 Pfennige wert war, ist den zurückgegangenen und anderen nur mäßig gestiegenen Warenpreisen zu verdanken. So lagen Mitte August 1971 die Preise für Frischgemüse, Gemüsekonserven, Geflügel, Eier, Bohnenkaffee und Tee noch immer oder

wieder unter dem Stand von 1962. Butter, Kartoffeln, Frischobst, Obstkonserven, Zucker, Süßwaren und Tabakwaren haben sich gegenüber 1962 nur bis zu 10% verteuert. Die Preise für elektrische Haushaltsmaschinen und Geräte fielen gegenüber 1962 um 9%, für Foto- und Kinoapparate um 10% und für Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte sogar um 20%. Auch Kunstfaser- und Kunststoff-erzeugnisse sind zum Teil billiger geworden. Die in der Statistik erfaßten Waren (ohne frisches Gemüse, Obst und Fisch) mit den stärksten Preisrückgängen gegenüber 1962 sind nachstehend aufgeführt:

Ware, Leistung	Meßziffer 1962 = 100
Heizölkanne aus Kunststoff	41,9
Gießkanne, Plastik	58,7
Herren-Oberhemd, Kunstfaser, mittlere Qualität	60,3
Leuchtstoffröhre, 40 Watt	71,6
Fernsehempfänger, schwarz/weiß	73,4
Tonband	75,5
Junge Erbsen in Dosen	76,1
Kasack-Schürze, Kunstfaser	76,9
Haarspray, Markenware	78,2
Instant Bohnenkaffee	79,0
Frischgemüse-Mischung in Dosen	79,4
Klebestreifen, durchsichtig	80,9
Delikateßgurken in Gläsern	81,4
Kleinbild-Kamera für mittlere Ansprüche	82,2
Brothähnchen, Tiefkühlkost	82,8
Kühlschrank etwa 150 l	82,9
Spinat, Tiefkühlkost	83,3
Milchschokolade, Markenware	83,4
Grüne Bohnen in Dosen	83,5
Scotch Whisky	83,8
Waschmaschine, Vollautomat	84,1
Warnblinkleuchte ohne Batterie	84,5

Seit 1970 neigen aber auch die Preise dieser Waren zu Erhöhungen. Der Anstieg der industriellen Erzeugerpreise hat sich derart verstärkt, daß der Einzelhandel die Preis-erhöhungen der Vorstufe nicht mehr auffangen konnte, wie er es in den Vorjahren unter dem harten Konkurrenzdruck getan hatte. Er muß sie jetzt auf die Verbraucher abwälzen, weil ihn der strukturelle Umstellungsprozeß zu Investitionen von gewaltigem Ausmaß gezwungen hat und die Miet- und Lohnsteigerungen seine Gewinnspanne auf ein Minimum herabgedrückt haben. Auch die Preise für Nahrungsmittel ziehen an, obwohl die Erzeugerpreise der inländischen Landwirtschaft, die nur mäßig gestiegen waren, 1970/71 sogar unter das Niveau von 1961/63 gesunken sind. Hier geht die Verteuerung vornehmlich von der verarbeitenden Industrie und dem Großhandel aus, die neben der Verteilung in zunehmendem Maße Funktionen der Säuberung, der Be- und Verarbeitung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sowie der Verpackung und

Werbung übernommen haben, die früher teilweise vom Erzeuger selbst ausgeübt wurden, teilweise aber nicht üblich oder bekannt waren.

Auf der anderen Seite muß herausgestellt werden, daß es Preise gibt, deren Anstieg völlig aus der durch den Gesamtindex angezeigten Größenordnung herausfällt:

Ware, Leistung (ohne frisches Gemüse, Obst und Fisch)	Meßziffer 1962 = 100
Krankenhausaufenthalt, Tagessatz, II. Pflegeklasse	285,8
Kleine Inspektion beim Pkw	283,7
Friseurleistung für Damen, Nachfärben	219,6
Porto für Postkarte, Inland	200,0
Büchlinge	195,5
Wohnungsmiete, Altbau ohne Bad	190,8
Wassergeld	188,0
Kinoeintritt, zweitbilligster Platz	186,6
Haarschneiden für Herren	186,3
Wohnungsmiete, Altbau mit Bad	185,7
Fernsehreparatur, Arbeitsstunde	185,1
Zechenbrechkoks	183,1
Große Inspektion beim Pkw	182,4
Rindfleisch, Lendenfilet	175,3
Eintrittskarte zum Fußballspiel	174,9
Einfaches Hefengebäck	174,4
Straßenbahn oder Omnibus, Einzelfahrt	172,6
Eintrittskarte, Hallenbad	172,1
Straßenbahn, Wochenkarte	171,5
Tanzunterricht, Kursus	171,3

Auf die mannigfachen Gründe dieses starken Anstiegs kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Selbstverständlich werden nicht alle Haushalte von jedem der im Anstieg zurückgebliebenen oder vorgeschrittenen Preise berührt, aber jeder dieser Preise beeinflußt die Höhe des Gesamtindex der Lebenshaltung und damit das allgemeine Preisniveau des privaten Verbrauchs, und zwar entsprechend dem Gewicht, das ihm auf Grund der Ermittlungen in der Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte und damit im Wägungsschema der Indexberechnungen für die Lebenshaltung zugeteilt worden ist.

Faßt man die Waren und Dienstleistungen, mit denen die Lebensbedürfnisse bundesdeutscher Haushalte befriedigt werden, nach ihrem Verwendungszweck zu Hauptgruppen zusammen und ordnet sie nach dem derzeitigen Grad ihres Preisanstiegs gegenüber 1962, so erkennt man preisdämpfende und preistreibende Gütergruppen. Dabei muß man natürlich bedenken, daß in jeder Hauptgruppe viele Einzelpreise zusammenkommen, die je nach Beschaffenheit der Ware und Belegenheit des Marktes oder unter dem Einfluß von Saisonschwankungen, Konjunkturphasen oder politischen Ereignissen (z. B. die Sperrung des Suezkanals 1967) einen unterschiedlichen Ver-

lauf genommen haben und sich daher im Preisanstieg stark voneinander unterscheiden. Auch werden die Haushalte, die in ihrer Größe, ihrem Einkommen und ihren Verbrauchsgewohnheiten von den Indexhaushalten abweichen, von den Preisänderungen unterschiedlich betroffen. Und schließlich haben die Verbrauchsgewohnheiten, die zum sogenannten Warenkorb oder Wägungsschema von 1962 geführt haben, seitdem infolge der technischen Entwicklung, aber auch unter dem Einfluß von Mode, Werbung, Preiswürdigkeit und Bedarf gewechselt. Aus diesen und anderen Gründen stellt der jeweilige Gruppenindex, aber auch der Gesamtindex der Lebenshaltung eher einen Schätzwert als eine exakte Größe dar. Immerhin bildet er einen verlässlichen Gradmesser für die Preisentwicklung über einen längeren Zeitraum. Indem man nun von den Verhältnissen bei allen privaten Haushalten ausgeht, sind folgende Hauptgruppen der einen oder anderen Kategorie zuzuordnen.

Von allen Lebensbedürfnissen hat sich das Wohnen am meisten verteuert. Seit 1962 sind die Wohnungsmieten zweieinhalbmal so kräftig gestiegen wie der Preisindex für die Gesamtlebenshaltung. Mit der Überführung des Wohnungsmarktes in die freie Marktwirtschaft, die mit dem Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft vom 23. 6. 1960 eingeleitet wurde, schnellten besonders die Altbauwohnungen empor. Für Altbauwohnungen ohne Bad mußten im August 1971 91% und für solche mit Bad 86% mehr Miete als 1962 gezahlt werden. Im sozialen Wohnungsbau stiegen die Mieten um 72%, im freifinanzierten um 62%. Das Wassergeld hat sich um 88% verteuert.

Die Gründe hierfür sind mannigfaltig. Bei den Altbauwohnungen vollzog sich ein Anpassungsprozeß, durch den der in der Zeit der Wohnungszwangswirtschaft gestaute Preisanstieg nachgeholt wurde. Außerdem wurde der vorhandene Wohnungsbestand durch starke Kostenerhöhungen für die Instandhaltung und durch die zunehmende Belastung mit kommunalen Gebühren und Abgaben betroffen. Die Mieten des Neubaubestandes sind überproportional gestiegen, weil von den Baulandpreisen, den Baupreisen und den Finanzierungskosten eine ungewöhnlich hohe Teuerungswelle ausging.

Nach den Wohnungsmieten hatten die Waren und Dienstleistungen für die Körper- und Gesundheitspflege den stärksten Preisanstieg. Der Preisindex für diese Hauptgruppe erhöhte sich bis September 1971 um 52%, wobei die Preismeßziffer für Friseurleistungen mit 72% - als Beispiel einer extrem lohnintensiven Leistung - den Vogel abschoß. Noch stärker, nämlich um 122%, sind die Preise für Arzt-,

Krankenhaus- und sonstige Dienstleistungen für die Gesundheitspflege gestiegen.

Der Preisanstieg für die Waren und Dienstleistungen für Bildungs- und Unterhaltungszwecke insgesamt überschritt mit 38% ebenfalls den Durchschnitt. Dieser Gruppe gehören allerdings Artikel mit sehr unterschiedlicher Preisentwicklung an. Während die Anschaffungspreise für Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte sowie Foto- und Kinoapparate gegenüber 1962 gefallen sind, haben sich die Preise für Bücher, Zeitungen und Schreibmaterial (+ 51%) sowie die Eintrittspreise für Theater, Kino, Sport- und ähnliche Veranstaltungen (+ 69%) stark erhöht.

Ebenso unterschiedlich, aber immer noch überdurchschnittlich (+ 36%), verlief der Preisanstieg innerhalb der Hauptgruppe "Elektrizität, Gas, Brennstoffe". Während die Kohlenpreise gegenüber 1962 um gut die Hälfte gestiegen sind, hatte es bis August 1971 bei den Preisen für Heizöl, Elektrizität und Gas mit einem Anstieg von 6, 16 und 24% sein Bewenden.

Kein überdurchschnittlicher Preisauftrieb ging von der Hauptgruppe "Persönliche Ausstattung und sonstige Güter" mit ihrem Preisanstieg von + 29% aus. Hierzu gehören Uhren und Schmuck, Versicherungen und Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes einschließlich der Urlaubsreisen, wobei die gestiegenen Preise

des Beherbergungsgewerbes (+ 47%) eine wesentliche Rolle für den Anstieg spielten.

Die Preisindexziffer für die Hauptgruppe "Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung" stieg um 27%. Die Verteuerung dieser Gruppe ist zu einem wesentlichen Teil auf Preissteigerungen für Dienstleistungen und Reparaturen am eigenen Kraftfahrzeug (+ 56 und + 79%), der örtlichen Verkehrsmittel (+ 70%) und der Bundespost mit Ausnahme des Fernsprechverkehrs (+ 62%) zurückzuführen. Die Preise für Anschaffung von eigenen Personenkraftwagen und Kraftstoffe sind bei weitem nicht so stark gestiegen. Der Anstieg der Bundesbahnpreise entspricht dem Durchschnitt der Gruppe.

Eine nachhaltige preisdämpfende Wirkung ist, wenn man zunächst von dem Preisanstieg des Jahres 1971 absehen will, von den Hauptgütergruppen ausgegangen, durch die vornehmlich der lebensnotwendige Bedarf der Haushalte gedeckt wird. Gemeint sind Kleidung und Schuhe, Nahrungsmittel sowie die übrigen Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung. Allerdings sind auch hier im September 1971 Steigerungsraten von 5 bis 7% gegenüber dem Vorjahresmonat zu verzeichnen, doch lag ihr Indexstand im September 1971 mit 124, 122 und 121 weit unter dem Index der Gesamtlebenshaltung mit 131. Wie die Tabelle in der Zeile "Wägungsanteil" zeigt,

Die Preisentwicklung in den Hauptgruppen
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet
1962 = 100

Jahr — Monat	Gesamt- lebens- haltung	Hauptgruppe								
		Nahrungs- und Genuß- mittel (einschl. Verzehr in Gast- stätten)	Kleidung, Schuhe	Wohnungs- miete	Elektri- zität, Gas, Brenn- stoffe	Übrige Waren und Dienst- leistungen für die Haushalts- führung	Waren und Dienstleistungen			
						für Verkehrs- zwecke, Nach- richten- über- mittlung	für die Körper- und Gesund- heits- pflege	für Bildungs- und Unter- haltungs- zwecke		
1963	102,9	102,8	102,1	105,4	103,2	101,9	103,3	103,1	102,7	102,0
1964	105,4	105,1	103,6	111,4	105,1	102,9	104,4	106,9	106,5	103,6
1965	108,7	108,8	105,8	117,8	107,1	104,8	105,2	112,3	110,2	106,0
1966	112,7	112,2	108,7	127,1	108,4	107,0	109,5	119,5	114,0	108,8
1967	114,6	112,1	110,0	135,7	109,9	107,1	112,9	123,6	117,8	111,4
1968	116,4	111,1	110,0	146,0	116,7	107,8	116,0	130,5	121,1	114,0
1969	119,5	114,1	111,3	156,6	118,7	109,1	115,3	133,3	123,1	116,4
1970	124,0	117,4	115,8	163,4	127,4	114,1	118,1	140,9	129,4	121,0
1970 September	124,1	116,6	116,7	164,7	129,3	113,9	118,7	142,0	129,8	121,4
1971 September	131,4	122,4	124,4	175,1	136,3	120,5	127,4	151,9	137,9	128,8
Wägungsanteil 1962	100	39,8	12,0	11,0	4,1	11,7	7,7	3,4	6,4	3,8

kommt den Ausgaben für diese Gruppen im Etat unserer Indexhaushalte ein besonders großes Gewicht zu; sie machen nämlich 63,5% der gesamten Lebenshaltungsausgaben aus.

Natürlich gibt es auch in diesen Gruppen solche Güter die stärker und solche, die weniger stark im Preise gestiegen sind. So sind z. B. die Preise für Schuhe merklich kräftiger erhöht worden als die für Oberbekleidung und diese wiederum mehr als für sonstige Bekleidung. Getränke und Tabakwaren, also Genußmittel, hatten einen geringeren Preisanstieg (+ 9%) als die Nahrungsmittel (+ 21%), wenn man von dem Verzehr in Gaststätten (+ 56%) absieht. Bei Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung, zu denen Möbel, Heimtextilien, Haushaltsmaschinen, Geräte für die Gartenpflege und Waschmittel ebenso gehören wie Dienstleistungen der verschiedensten Art, zeigt sich wieder der Zusammenhang zwischen Preisanstieg und Lohnintensität; der Preisauftrieb dieser Gruppe ist von den Preisen für Wäscherei und Reinigung (+ 65%), für Reparaturen der Wohnung (+ 70%) sowie Reparaturen der Möbel und Haushaltsgeräte (+ 59%) mit beeinflußt.

Abgesehen von der erwähnten unterschiedlichen Preisentwicklung bei den lebensnotwendigen Gütern und bei den Waren und Dienstleistungen des gehobenen Bedarfs, durch die einkommensschwache Haushalte benachteiligt werden, wie ein Blick auf den Index für Rentnerhaushalte in der ersten Tabelle zeigt, ergibt sich in der Preisentwicklung seit 1962 ein Auseinanderlaufen der Verbraucherpreise für industrielle Erzeugnisse und der Preise für die Dienstleistungen. Diese Schere hat sich in letzter Zeit immer weiter geöffnet, wobei die Warenpreise ihr Niveau, vornehmlich auf Grund technischer Rationalisierungserfolge, zügeln oder sogar drücken konnten, während die Dienstleistungspreise infolge Arbeitskräftemangels kräftig anzogen.

Da die jüngsten amerikanischen Maßnahmen in verstärktem Maße außenwirtschaftliche und währungspolitische Unsicherheitsfaktoren in die Absatz- und Preisentwicklung hineingetragen haben, hat die Herbeiführung des binnenwirtschaftlichen Gleichgewichts zwischen Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Preisstabilität an Bedeutung gewonnen. Die Gefahren von wirtschaftlicher Rezession, Arbeitslosigkeit und Inflation müssen mit großem Sachverstand beobachtet und gesteuert werden, indem das Gewinnstreben und die Investitionsneigung der Unternehmer sowie die wirtschaftlichen und sozialen Belange der Arbeitnehmer gegeneinander abgewogen werden und der berechnete Wunsch der

Verbraucher nach Preisstabilität, berücksichtigt wird.

Solange die Statistik noch eine in der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik bisher nicht verzeichnete Diskrepanz zwischen Lohn- und Produktivitätszuwachs ausweist, und solange noch von einem ausgeschöpften Arbeitsmarkt ein überproportionaler Lohn- und Gehaltsdruck ausgeht, der dazu geführt hat, daß die Verbraucher trotz Kaufkraftschwund und gestiegener Abzüge für Steuern und Sozialversicherung ihren Lebensstandard fast ununterbrochen anheben konnten, solange steht der Durchbruch zur Stabilisierung des Preisniveaus noch aus. Eine Preisentwicklung aber, die die Geldvermögen entwertet und die Sachvermögen begünstigt, verhindert eine gleichmäßigere Vermögensverteilung und gefährdet letztlich den sozialen Frieden.

Dr. Georg Goldmann

Löhne und Gehälter

Es gibt nicht viele statistische Reihen, die eine derart stetige und steile Aufwärtsbewegung verzeichnen wie die Löhne und Gehälter der abhängig Beschäftigten. Im folgenden werden diese Reihen für die von der amtlichen Statistik laufend beobachteten Gruppen von Arbeitnehmern dargestellt. Die dabei genannten Verdiensträge können sinnvoll nur innerhalb der einen Arbeitnehmergruppe in der Zeit verglichen werden; der Vergleich zwischen den verschiedenen Arbeitnehmergruppen muß sich auf die Zuwachsraten beschränken und sollte im allgemeinen nicht auf die absoluten Beträge ausgedehnt werden.

Für die Arbeiter in der Industrie und im Handwerk muß bei einem Vergleich über mehrere Jahre hinweg beachtet werden, daß die ermittelten Effektivverdienste jährlichen saisonalen Schwankungen unterliegen. Diese werden durch Wahl des gleichen Monats in jedem Jahre ausgeschaltet. Von den in der Industrie unterschiedenen drei Qualifikationsstufen soll hier nur die Gruppe der männlichen Facharbeiter betrachtet werden, zu der 1970 54% aller (männlichen und weiblichen) Arbeiter gehörten. 1965 gehörten übrigens erst 49% zu den männlichen Facharbeitern, worin sich eine Zunahme der besser qualifizierten Arbeiter zeigt, denn der Anteil der Frauen blieb mit etwa 19% unverändert, der der weiblichen Facharbeiter stieg jedoch ebenfalls.

Im Durchschnitt aller männlichen Facharbeiter der Industrie und des Bauhauptgewerbes wurde je Stunde verdient:

April 1965	4,81 DM	(Vorjahr = 100)	(1965 = 100)
1966	5,17 DM	+ 7 %	
1967	5,28 DM	+ 2 %	
1968	5,43 DM	+ 3 %	
1969	5,91 DM	+ 9 %	+ 23 %
1970	6,64 DM	+ 12 %	+ 38 %

Wie die Reihe zeigt, stiegen die Verdienste zwar von Jahr zu Jahr ungleich viel, aber auch während der Rezession 1967/68 wurden immerhin noch Fortschritte um mindestens 2% erzielt. Den größten Verdienstanstieg innerhalb der betrachteten Fünfjahresperiode brachte das Jahr 1970 mit 12%. Über die ganze Zeitspanne hinweg erreichte der Verdienstanstieg 38%.

Auch im Handwerk war der Lohnanstieg erheblich:

Mai 1965	4,27 DM	(Vorjahr = 100)	(1965 = 100)
1966	4,66 DM	+ 9 %	
1967	4,88 DM	+ 5 %	
1968	5,00 DM	+ 2 %	
1969	5,27 DM	+ 5 %	+ 23 %
1970	5,98 DM	+ 13 %	+ 40 %

Hier gelten die Zahlen für den Bruttostundenverdienst eines männlichen Vollgesellen, das betrifft 83% aller erfaßten Beschäftigten (nur Männer) im Handwerk 1970, und 80% im Jahre 1965. Das Minimum des Lohnanstiegs liegt hier deutlich erst im Jahre 1968; der Wirtschaftsabschwung hat also das Handwerk später erreicht als die Industrie.

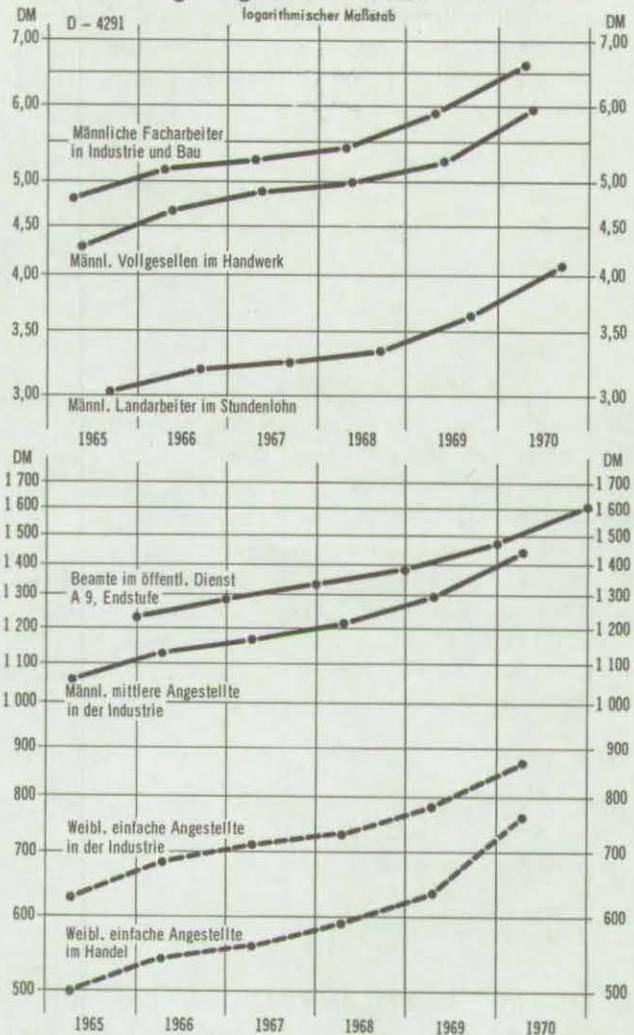
In der Landwirtschaft blieb der Lohnanstieg etwas schwächer als in den bisher genannten Bereichen:

September 1965	3,04 DM	(Vorjahr = 100)	(1965 = 100)
1966	3,21 DM	+ 6 %	
1967	3,27 DM	+ 2 %	
1968	3,35 DM	+ 2 %	
1969	3,64 DM	+ 9 %	+ 20 %
1970	4,10 DM	+ 13 %	+ 35 %

Der angegebene Betrag bezieht sich auf einen männlichen Facharbeiter im Stundenlohn in einem Betrieb mit 50 oder mehr ha LN, der für die familienfremden Arbeiter in der Landwirtschaft als repräsentativ gelten kann.

Die Arbeitszeit hat sich in den fünf Jahren nur noch wenig verringert, nämlich - für die jeweils genannten Arbeiter - um 0,3 auf 45,1 Stunden in der Industrie, um 1,3 auf 43,6 Stunden im Handwerk und um 4 auf 56 Stunden in der Landwirtschaft. Es handelt sich hierbei um die bezahlten Arbeitsstunden. Ein Vergleich der stets geringeren geleisteten Arbeitsstunden wird durch die wechselnde

Entwicklung ausgewählter Löhne und Gehälter



Lage der Feiertage zu stark gestört. Die hohe Stundenzahl der Landarbeiter ist auf den starken Arbeitsanfall im Erhebungsmonat September zurückzuführen und kann nicht als für das ganze Jahr typisch angesehen werden.

Für die Angestellten in der Industrie sollen die Männer mittlerer Qualifikation als repräsentativ herangezogen werden. Ihre Gehälter (Bruttomonatsbeträge) beliefen sich auf:

April 1965	1 055 DM	(Vorjahr = 100)	(1965 = 100)
1966	1 136 DM	+ 8 %	
1967	1 177 DM	+ 4 %	
1968	1 213 DM	+ 3 %	
1969	1 299 DM	+ 7 %	+ 23 %
1970	1 444 DM	+ 11 %	+ 37 %

Der Verlauf ist also ähnlich dem bei Industriearbeitern, auch der insgesamt erreichte Zuwachs ist ungefähr der gleiche. Anders verhält es sich bei einer weiteren charakteristischen Gruppe der Angestellten, nämlich den Frauen in einfacher Tätigkeit im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe. Diese

Gruppe, deren Einkommen wesentlich unter dem aller bisher besprochenen Gruppen liegt, hat in den betrachteten fünf Jahren einen besonders hohen Anstieg erzielt und damit ihren Abstand zu den besser verdienenden Gruppen verringern können:

April 1965	500 DM	(Vorjahr = 100)	(1965 = 100)
1966	543 DM	+ 9 %	
1967	559 DM	+ 3 %	
1968	590 DM	+ 6 %	
1969	634 DM	+ 7 %	+ 27 %
1970	763 DM	+ 20 %	+ 53 %

Das Gegenteil gilt für die letzte Arbeitnehmergruppe, die hier vorgestellt wird, die Beamten im öffentlichen Dienst. Ausgewählt wurde der Inspektor, Eingangssamt des gehobenen Dienstes, und ausgewiesen wird sein Brutto Gehalt in der höchsten Dienstaltersstufe, Ortsklasse S, verheiratet, 1 Kind. Diese Angaben sind nötig, weil die Gehälter hier nicht Ergebnis einer statistischen Ermittlung sind, sondern aus den Besoldungstabellen für eine fiktive Person errechnet wurden:

Ende 1965	1 234 DM	(Vorjahr = 100)	(1965 = 100)
1966	1 284 DM	+ 4 %	
1967	1 335 DM	+ 4 %	
1968	1 387 DM	+ 4 %	
1969	1 474 DM	+ 6 %	+ 19 %
1970	1 608 DM	+ 9 %	+ 30 %

Selbst im öffentlichen Dienst (die Raten sehen bei den dortigen Angestellten fast genauso aus) ist also die schon bekannte Steigerung der jährlichen Zuwachsraten in den Jahren 1969 und 1970 deutlich zu erkennen, obwohl die Bediensteten dort nicht unmittelbar in der Wirtschaft herrschenden Gesetzen des Marktes und der Konjunktur unterworfen sind. In den Jahren der Rezession hat dagegen der öffentliche Arbeitgeber mit Zuwachsraten von konstant 4%, also mehr als in den anderen Bereichen, für gleichbleibenden Nachfragezuwachs gesorgt. 1969 und 1970, als dank der Hochkonjunktur die Wirtschaft zum Teil beträchtliche Zuwachsraten konzidierte, hat er wiederum die Gehaltssteigerung vergleichsweise eng begrenzt, in beiden Situationen also zur Stabilität beigetragen.

Wesentlich anders als in der Wirtschaft ist die Steilheit der Zunahme über den ganzen Fünfjahresbereich hinweg: hier fallen die Beamten stark hinter allen anderen Arbeitnehmergruppen zurück. Die naheliegende Vermutung, daß dieses Zurückbleiben der Beamten in der Gehaltsentwicklung die Schwäche ihrer politischen Macht oder eine relative Abwertung des gesellschaftlichen Wertes ihrer Tätigkeit anzeige oder den Ausgleich für eine früher, z. B. nach dem 2. Weltkrieg, herrschende relative Überbewertung darstelle, als die gewerblichen Arbeitnehmer mit besonders geringen Erträgen aus ihrer Arbeit zufrieden sein mußten, hält näherer Prüfung nicht stand; vielmehr ist der erwähnte Mangel zu beachten, daß für Beamte keine Effektivverdienste ermittelt werden. Folglich können Verbesserungen des durchschnittlichen Individualverdienstes, die durch Höherbewertung der gleichen Tätigkeit oder Aufsteigen zustandekommen, statistisch nicht in Erscheinung treten. Mit anderen Worten: Der tatsächliche Durchschnittsverdienst aller Beamten ist mit Sicherheit stärker gestiegen als der für die obige Reihe verwendete Besoldungssatz es anzeigt. Einen Anhaltspunkt für den Anstieg des wirklichen Durchschnittsverdienstes gewinnt man aus den Personalkosten der öffentlichen Haushalte, bezogen auf die Zahl aller öffentlichen Bediensteten. Wegen mancherlei Umstände kann diese Zahl, noch weniger als bei den oben beschriebenen Arbeitnehmergruppen, nicht als Absolutwert beurteilt werden, wohl aber zur Bestimmung der Veränderung in der Zeit dienen, da sie jeweils methodisch gleich ermittelt wurde. Für den Zeitabschnitt von 1965 bis 1969 (für 1970 sind die Haushaltsrechnungen noch nicht abgeschlossen) ergibt sich daraus ein Verdienst-(Personalkosten-)Anstieg von 32%. Diese Zahl muß mit den in den obigen Tabellen für 1969 ausgewiesenen Zuwachsraten auf der Basis 1965 = 100 verglichen werden und läßt einen im öffentlichen Dienst überraschend hohen Anstieg der Durchschnittsverdienste vermuten. In diesem Zusammenhang sei nur daran erinnert, daß die Besoldung der Lehrer, die mit 35% aller Personalkosten des Landes und der Gemeinden stark zu Buch schlägt, wesentlich verbessert wurde.

Arnold Heinemann

ERLÄUTERUNGEN: Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1 - 5": "1 bis unter 5". Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt. - = Zahlenwert genau Null 0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit . = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt, Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches. <innlos ... = Zahlenwert noch nicht bekannt

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

23. Jahrgang . Heft 11/12 . November/Dezember 1971

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

Diesmal zusätzlich
Erweiterte Kreiszahlen
(Einheitliches Programm
der Statistischen Landesämter)

		1965	1970	1970			1971			
			Monats- durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 423	2 494 [†]	r 2 500	r 2 503	r 2 505	r 2 531
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen	Anzahl	1 785	1 548	2 100	2 174	1 393	1 407	1 966	1 970	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	r 7,5	r 9,9	r 10,2	r 6,8	r 6,8	9,1
*Lebendgeborene	Anzahl	3 726	2 930	3 076	2 873	2 605	2 890	2 761	2 735	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	18,5	r 14,1	r 14,5	r 13,5	r 12,7	r 13,9	12,8
*Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 495	2 749	2 564	2 515	2 480	2 552	2 587	2 573	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,4	r 13,2	r 12,1	r 11,8	r 12,1	r 12,3	12,0
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	75	65	66	62	48	46	68	53	...
*	je 1 000 Lebendgeborene	20,2	22,2	21,5	21,6	18,4	15,9	24,6	19,4	...
*Überschuß der Geborenen	Anzahl	1 231	181	512	358	125	338	174	162	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,1	r 0,9	r 2,4	r 1,7	r 0,6	r 1,6	0,8
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	7 694	8 382	9 118	8 211	9 407	9 502
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 151	6 381	5 685	5 659	7 744	5 560
*Wanderungsgewinn	Anzahl	1 543	2 001	3 433	2 552	1 663	3 942
*Innerhalb des Landes Umgezogene ¹⁾	Anzahl	9 641	9 788	9 145	9 772	11 353	8 856
Wanderungsfälle	Anzahl	23 487	24 551	23 948	23 642	28 504	23 918
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	164	r 165	r 156	r 157	194	158
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	8	8	5	5	5	6	6	7	7
darunter *Männer	1 000	6	5	3	2	2	3	3	3	3
Offene Stellen	1 000	19	24	26	25	24	25	23	23	21
darunter für Männer	1 000	10	15	16	16	15	14	14	14	14
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 379 ^a	1 407 ^a	.	.	.	1 478	.	.	.
darunter *Milchkühe	1 000	505 ^a	496 ^a	.	.	.	472	.	.	.
*Schweine	1 000	1 701 ^a	1 774 ^a	.	.	1 918	1 764	.	.	1 802
darunter *Zuchtsauen	1 000	169 ^a	183 ^a	.	.	192	180	.	.	175
darunter *trüchtig	1 000	103 ^a	112 ^a	.	.	119	113	.	.	109
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	21	34	32	32	41	30	31	35	49
*Kälber	1 000 St.	3	3	3	2	2	3
*Schweine	1 000 St.	156	200	187	198	204	203	203	210	202
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	11 ^b	9 ^c	3	3	3	4	3	3	3
*Schlachtsmengen ²⁾ aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000 t	17,7	25,9	24,4	25,3	28,2	24,1	23,6	24,9	27,9
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	4,8	8,3	7,4	7,4	9,5	7,5	7,3	7,8	11,2
*Kälber	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2
*Schweine	1 000 t	12,6	17,4	16,8	17,6	18,5	16,3	16,2	16,9	16,5
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	238	241	237	232	234	248	237	228	232
Kälber	kg	61	61	67	65	61	68	71
Schweine (ab Jan. 1971 neue Berechnungsgrundlage, Vergleichbarkeit mit früheren Zahlen eingeschränkt)	kg	87	91	91	90	92	82	81	82	83
Geflügel										
Eingelegte Bruteler³⁾										
*für Legehennenküken	1 000	523	497	438	483	528	512	509	551	577
*für Masthühnerküken	1 000	403	911	1 055	826	847	818	880	841	898
*Geflügelfleisch ⁴⁾	1 000 kg	302	803	695	759	895	805	894	917	720
*Milcherzeugung	1 000 t	169	178	196	162	119	215	192	156	115
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	90	92	93	93	91	93	93	93	91
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,6	11,6	12,5	10,4	7,9	14,5	12,5	10,2	7,7

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) Ergebnis der Volkszählung vom 27. 5. 1970

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

2) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

3) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

4) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1965/66 = 18

c) Winterhalbjahr 1970/71 = 16

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
		Monats- durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Industrie und Handwerk										
Industrie ⁵⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	178	191	192	193	194	190	191	192	192
darunter *Arbeiter 6)	1 000	140	145	146	146	147	142	143	144	144
*Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	23	24	24	23	25	23	21	22	24
*Löhne (brutto)	Mill. DM	98,8	157,2	169,9	160,3	160,2	176,3	183,9	178,5	176,8
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	37,5	66,6	68,3	66,4	65,1	74,5	78,5	75,9	74,3
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁷⁾	54	33	27	30	32	29	27	20	22
*Gasverbrauch	1 000 cbm	8 869 ^{d)}	23 914	21 819	24 261	23 696	24 228	21 285	23 440	20 592
*Heizölverbrauch	1 000 t	77	95	87	84	91	87	84	81	106
*Stromverbrauch	Mill. kWh	118	157	151	153	161	160	149	147	162
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	36	37	35	33	33	30	30	30	32
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁸⁾	Mill. DM	746	1 070	1 057	1 059	1 149	1 215	1 151	1 038	1 320
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	92	144	127	142	132	145	139	130	250
Produktionsindex (ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Energieversorgung)	1962=100	116	162	150	152	171	184	150	144	166
Steine und Erden		115	144	180	183	192	199	185	179	197
Eisen-, Stahl- und Temperguß		114	123	75	115	127	107	63	94	117
Chemische Erzeugnisse		209	455	497	410	540	670	305	238	357
Papiere und Pappen		110	147	143	149	143	138	131	111	137
Stahlbauerzeugnisse		120	191	173	179	189	187	158	164	187
Maschinenbauerzeugnisse		108	140	122	126	144	151	127	105	131
Wasserfahrzeuge		110	152	126	124	149	149	121	125	146
Elektrotechnische Erzeugnisse		121	287	225	242	323	381	294	280	305
Feinmechanische und optische Erzeugnisse		130	136	125	122	148	160	140	114	158
Eisen-, Blech- und Metallwaren		141	208	(195)	(211)	(218)	172	176	171	193
Druckereierzeugnisse		115	252	213	207	249	299	226	226	273
Textilien		110	115	94	90	118	148	97	96	119
Bekleidung		101	106	84	99	110	83	78	94	104
Süßwaren		109	83	47	65	95	72	50	82	111
Milch und Milcherzeugnisse		109	119	119	99	72	142	116	95	79
Fleisch und Fleischerzeugnisse		134	188	168	180	182	174	156	155	190
außerdem Produktionsindex für die Bauindustrie		107	126	141	148	153	155	138	140	152
Handwerk (Meßziffern) ⁹⁾										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	30.9.1962=100	.	96	.	.	97	94
*Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Vj. -D 1962=100	.	151	.	.	160	160
darunter *Handwerksumsatz	Vj. -D 1962=100	.	155	.	.	165	163
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	141	219	159	173	184	235	211	199	236
Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	279	449	394	410	425	431	417	432	460
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	20	16	10	9	11	11	10	10	13
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe ¹⁰⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	67 971	62 480	64 255	64 076	63 390	61 979	62 268	62 831	62 432
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 534	8 238	10 104	9 626	10 369	9 693	9 078	9 184	9 889
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 960	3 414	3 995	3 989	4 303	4 184	3 723	3 873	4 375
*öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 978	3 616	4 665	4 300	4 697	3 923	3 962	3 851	3 948
*Löhne (brutto)	Mill. DM	50,0	66,1	82,8	79,2	83,9	87,2	85,1	85,1	88,8
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	4,1	7,0	7,3	6,9	6,9	7,8	8,0	8,2	8,0
*Umsatz (ab 1970 ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	147,6	176,7	189,5	172,5	246,4	216,6	229,2	203,9	255,9

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

5) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

6) einschließlich gewerblicher Lehrlinge

7) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts

8) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

9) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

10) nach der Totalerhebung hochgerechnet

d) ohne Erdgas und Erdölgas

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
		Monats- durchschnitt			Jul	Aug.	Sept.	Jun	Jul	Aug.
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 100	884	1 168	985	1 039	1 173	1 240	1 197	1 274
darunter *Ein- und Zweifamilienhäuser	Anzahl	...	787	1 023	874	905	1 072	1 145	1 045	1 109
*umbauter Raum	1 000 cbm	934	911	1 253	1 042	1 042	1 296	1 185	1 284	1 268
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	95 521	115 158	156 308	131 514	135 531	175 371	167 455	183 157	186 895
*Wohnfläche	1 000 qm	171	174	241	198	199	255	228	242	237
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	169	181	229	191	214	164	174	182	174
*umbauter Raum	1 000 cbm	461	794	840	869	1 018	1 085	846	935	625
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	33 344	75 158	78 756	75 612	88 973	74 066	93 147	134 384	73 745
*Nutzfläche	1 000 qm	89	142	162	153	195	163	159	173	121
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 535	2 357	3 164	2 660	2 615	3 593	3 266	3 128	3 001
Baufertigstellungen										
Wohnungen	Anzahl	2 447	1 837	723	1 134	1 237	948	1 285	1 090	1 176
Wohnräume ¹¹⁾	Anzahl	10 214	7 782	3 160	5 006	5 312	4 139	5 700	5 019	5 182
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	113,3	180,5	228,5	141,9	166,2	198,0	213,9	177,8	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	12,2	23,8	21,9	15,3	24,5	32,5	20,0	30,6	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	101,1	156,7	206,7	126,6	141,7	165,5	193,9	147,2	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	2,9	3,9	3,5	3,7	4,3	2,6	3,5	3,0	...
*Halbwaren	Mill. DM	9,3	12,8	15,4	12,8	13,4	12,9	11,4	13,0	...
*Fertigwaren	Mill. DM	88,9	140,1	187,8	110,2	123,9	150,0	178,9	131,2	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	5,9	14,3	15,1	12,7	14,5	16,8	15,7	13,8	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	82,9	125,8	172,8	97,4	109,4	133,2	163,2	117,4	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	25,8	54,2	55,9	42,3	54,9	61,1	61,6	52,5	...
darunter Italien	Mill. DM	6,6	14,8	14,9	11,3	12,8	17,1	19,3	20,3	...
Niederlande	Mill. DM	9,0	18,9	19,6	14,9	20,7	19,1	20,8	16,2	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	43,9	55,3	99,4	35,5	48,4	62,3	45,8	41,8	...
darunter Dänemark	Mill. DM	9,6	11,2	15,7	9,6	15,5	26,0	12,6	11,6	...
Großbritannien	Mill. DM	5,2	12,7	6,9	5,9	6,7	10,8	8,4	7,3	...
Norwegen	Mill. DM	12,7	8,5	55,5	2,5	3,6	3,3	3,1	2,8	...
Schweden	Mill. DM	6,8	8,8	7,2	6,5	8,9	9,2	6,1	6,2	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	19 951	32 072	32 242	28 987	29 635	29 609	29 407	29 607	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	36 510	36 673	29 764	34 156	40 827	31 995	31 532	36 154	...
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1962=100
*Index der Gastgewerbesumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1962=100
Fremdenverkehr in 141 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	160	189	492	453	217	p 308	p 498	p 433	p 210
darunter *von Auslandsgästen	1 000	19	20	57	39	22	p 26	p 52	p 37	p 19
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 073	1 514	5 101	5 313	1 872	p 2 873	p 5 185	p 5 217	p 1 841
darunter *von Auslandsgästen	1 000	38	41	125	94	45	p 58	p 112	p 90	p 42
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	867	1 329	1 648	1 565	1 490	1 327
Güterversand	1 000 t	415	547	609	639	563	571
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	217	259	289	279	291	281	253	267	246
*Güterversand	1 000 t	354	373	462	485	515	430	457	441	452
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 806	7 817	8 897	5 371	7 151	9 407	8 603	5 513	...
darunter										
Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	13	24	49	28	19	55	52	34	...
*Personenkraftwagen ¹²⁾	Anzahl	4 982	6 925	7 988	4 544	6 165	8 418	7 744	4 765	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	393	502	540	402	474	571	447	317	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 044	1 404	1 687	1 709	1 597	1 651	1 737	p 1 714	p 1 533
*Getötete Personen	Anzahl	56	74	78	98	96	78	104	p 71	p 70
*Verletzte Personen	Anzahl	1 403	1 933	2 464	2 384	2 125	2 329	2 416	p 2 458	p 2 078

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

11) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

12) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
				Monats- durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen¹³⁾										
*Kredite an Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	8 273	16 502	15 627	15 671	15 870	17 495	17 589	17 548	17 749
*kurzfristige Kredite (ab Dezember 1968: bis zu 1 Jahr) darunter	Mill. DM	2 076	3 469	3 268	3 237	3 349	4 028	3 972	3 815	3 938
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 047	3 426	3 238	3 206	3 316	4 004	3 950	3 793	3 915
*mittelfristige Kredite ¹⁴⁾ (ab Dezember 1968: 1 bis 4 Jahre) darunter	Mill. DM	661	1 343	1 159	1 161	1 178	1 388	1 392	1 405	1 434
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	607	1 277	1 114	1 114	1 129	1 315	1 321	1 334	1 363
*langfristige Kredite ¹⁴⁾ darunter	Mill. DM	5 536	11 690	11 200	11 273	11 343	12 079	12 225	12 327	12 377
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 689	10 152	9 739	9 804	9 860	10 448	10 562	10 659	10 724
*darunter durchlaufende Kredite	Mill. DM
*Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	5 053	11 288	10 507	10 683	10 653	11 767	11 924	12 162	12 132
*Sicht- und Termingelder darunter	Mill. DM	1 875	5 478	5 108	5 233	5 180	5 765	5 910	6 079	6 018
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 573	3 870	3 627	3 665	3 645	4 100	4 266	4 392	4 361
*Spareinlagen darunter	Mill. DM	3 178	5 810	5 399	5 450	5 472	6 002	6 015	6 083	6 115
*bei Sparkassen	Mill. DM	2 123	3 686	3 437	3 466	3 478	3 766	3 767	3 807	3 821
*Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	Mill. DM	153	294	353	292	275	306
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	125	274	360	241	253	280
*Zinsgutschriften	Mill. DM	9	24	1,3	0,3	0,3	0,4
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse	Anzahl	8	12	9	14	10	14	4	12	10
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1	1	2	2	-	-	-	-	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	778	449	604	417	365	413
*Wechselsumme	Mill. DM	0,935	1,136	1,719	1,233	0,852	1,274
Steuern										
*Gemeinschaftliche Steuern	1 000 DM	150 208	224 810	199 381	182 302	307 652	330 082	255 176	199 192	344 574
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	97 072	152 308	98 123	104 122	228 985	251 399	138 219	111 633	265 562
*Lohnsteuer	1 000 DM	43 631	97 946	85 658	91 896	92 149	99 598	113 234	106 226	127 668
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	41 819	40 050	7 426	7 144	110 740	120 438	17 715	2 837	108 782
*nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 011	1 613	3 808	785	620	2 145	2 879	839	1 307
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	10 612	12 699	1 231	4 296	25 477	29 218	4 392	1 730	27 805
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	53 136	72 265	69 446	78 180	78 666	78 683	83 588	87 559	79 012
*Umsatzsteuer	1 000 DM	48 411	52 564	50 818	56 006	56 165	53 648	60 134	65 594	59 444
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	4 725	19 701	18 628	22 173	22 501	25 036	23 455	21 965	19 569
*Bundessteuern	1 000 DM	67 734	84 313	86 122	77 634	78 403	97 653	84 353	79 815	88 663
*Zölle	1 000 DM	7 074	8 419	13 036	4 556	7 303	9 452	8 613	8 410	9 201
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	55 308	70 830	69 702	70 038	64 622	80 414	71 383	67 747	71 612
*Mineralölsteuer	1 000 DM	8 189	2 638	2 248	2 725	2 365	2 717	2 308	2 502	3 395
*Landessteuern	1 000 DM	17 226	24 387	20 865	30 641	20 897	21 903	21 909	33 696	20 519
*Vermögensteuer	1 000 DM	2 921	5 607	2 432	13 775	1 977	1 282	876	13 353	804
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	8 835	13 205	13 982	11 254	13 103	13 762	15 346	13 470	13 398
*Biersteuer	1 000 DM	721	988	961	1 693	1 283	1 308	1 187	1 354	1 318
*Gemeindesteuern	1 000 DM	105 110 ⁺	125 325 ⁺	-	-	128 741 ^e	.	-	-	143 573 ^e
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	68 004 ⁺	74 721 ⁺	-	-	75 727 ^e	.	-	-	84 781 ^e
*Grundsteuer A	1 000 DM	7 240 ⁺	7 232 ⁺	-	-	8 433 ^e	.	-	-	7 277 ^e
*Grundsteuer B	1 000 DM	16 037 ⁺	21 027 ⁺	-	-	20 851 ^e	.	-	-	24 323 ^e
*Einnahmen des Bundes	1 000 DM	154 810	202 059	193 188	177 488	233 760	263 028	219 492	189 289	260 202

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

13) ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31.12.1967 unter 5 Mill. DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute.

Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar

14) einschließlich durchlaufender Kredite

e) 1,7 - 30,9.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
		Monats- durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
noch: Steuern										
*Einnahmen des Landes	1 000 DM	76 440	140 434	118 114	122 141	162 460	155 433	159 438	183 433	186 117
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	59 214	69 857	42 546	45 128	100 290	110 297	59 943	81 314	116 230
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	-	41 334	38 797	46 372	41 273	20 304	60 902	68 424	49 369
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	-	4 855	15 906	-	-	-	16 685	-	-
*Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	105 110 ⁺	147 429	-	-	148 834 ^e	-	-	-	177 399 ^e
*Gemeindeeinkommensteuer	1 000 DM	-	59 525	-	-	51 905 ^e	-	-	-	67 196 ^e
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	106,3	107,2	106,9	106,2	106,5	107,8	106,7	105,3	...
Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	1962=100	104,8	116,6	117,0	116,9	116,8	121,8	122,1	122,2	...
Grundstoffpreise 15)	1962=100	105,9	104,3	104,6	104,1	103,9	105,6	105,7	105,7	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte 15)	1962=100	104,0	107,5	107,6	107,8	108,0	112,7	113,0	113,0	113,1
landwirtschaftlicher Produkte 15)	1961/63=100	114,1 ^f	98,1 ^g	105,3	100,7 ^r	98,8	98,6 ^p	98,9 ^p	99,8 ^p	101,8 ^p
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1962=100	114,6	147,4	-	149,6	-	-	-	165,3	...
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabeindex) 15)										
	1962/63=100	107,7 ^f	110,8 ^g	108,8	109,3	109,1	114,0	114,0	114,1	114,6
Einzelhandelspreise										
	1962=100	104,6	112,5	112,6	112,5	112,5	118,2	118,5	118,2	118,8
Preisindex für die Lebenshaltung 16)										
	1962=100	109,0	123,7	124,1	124,0	123,8	130,6	131,2	131,1	131,7
darunter										
Nahrungs- und Genussmittel		109,0	117,4	118,4	117,7	116,4	123,6	124,5	123,1	123,1
Kleidung, Schuhe		107,1	118,0	117,7	118,1	118,9	124,7	125,0	125,5	126,8
Wohnungsmieten		118,5	168,5	168,4	169,0	169,8	178,3	179,2	180,0	180,8
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		106,1	124,4	123,7	124,5	125,6	129,2	129,9	130,1	131,9
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung		106,2	114,1	114,2	114,3	115,3	120,7	121,1	121,3	122,3
Löhne und Gehälter 17)										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	211	297	300	-	-	-	342	-	-
darunter Facharbeiter	DM	224	318	322	-	-	-	362	-	-
*weibliche Arbeiter	DM	125	178	182	-	-	-	200	-	-
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	4,58	6,55	6,59	-	-	-	7,54	-	-
darunter Facharbeiter	DM	4,88	6,98	7,00	-	-	-	7,97	-	-
*weibliche Arbeiter	DM	3,00	4,32	4,40	-	-	-	4,90	-	-
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männliche Arbeiter	Std.	45,9	45,3	45,6	-	-	-	45,3	-	-
*weibliche Arbeiter	Std.	41,5	41,2	41,4	-	-	-	40,9	-	-
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männliche Arbeiter	Std.	42,3	41,3	38,7	-	-	-	37,5	-	-
*weibliche Arbeiter	Std.	37,4	36,8	31,1	-	-	-	29,7	-	-
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 020	1 453	1 446	-	-	-	1 651	-	-
*weiblich	DM	666	946	952	-	-	-	1 090	-	-
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 148	1 579	1 586	-	-	-	1 785	-	-
*weiblich	DM	687	966	970	-	-	-	1 099	-	-
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	897	1 270	1 281	-	-	-	1 419	-	-
*weiblich	DM	557	795	799	-	-	-	896	-	-
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 019	1 437	1 452	-	-	-	1 592	-	-
weiblich	DM	-	(911)	-	-	-	-	-	-	-
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	934	1 329	1 334	-	-	-	1 491	-	-
*weiblich	DM	588	839	843	-	-	-	951	-	-
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 138	1 572	1 579	-	-	-	1 775	-	-
*weiblich	DM	687	965	967	-	-	-	1 097	-	-

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) Vierteljahresdurchschnitt

15) ab 1968 ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 16) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962

17) Effektivverdienste e) 1.7. - 30.9. f) Wirtschaftsjahr 1965/66 (Juli-Juni) g) Wirtschaftsjahr 1970/71 (Juli-Juni)

Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung ¹⁾						Im Erwerbsleben tätige Personen ²⁾					
	Einwohner (Jahresmittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen	
												Ereignisse je 1 000 Einwohner
1966	2 457	8,4	18,7	12,1	16	18	1 003	116	389	218	280	
1967	2 487	8,1	18,2	11,9	16	11	971	119	358	213	280	
1968	2 515	7,9	17,4	12,8	12	17	979	118	375	208	278	
1969	2 545	7,5	15,9	12,8	8	21	992	117	373	214	288	
1970	2 567	7,2	13,7	12,8	2	24	1 003	115	386	215	286	

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Volkseinkommen				
	Schüler am 15.10.			Schulabgänger in %				Bruttoinlandsprodukt				Netto- inlands- produkt in Mill. DM
	Volks- und Sonder- schulen	Real- schulen und Aufbau- zugs- klassen	Gym- nasien	mit weniger als Volks- schul- abschluß	mit Volks- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	in jeweiligen Preisen			in Preisen von 1962 in Mill. DM	
								Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	DM je Ein- wohner		
1966	231 ^a	41 ^a	37 ^a	26	45	23	7	
1967	221	44	43	22	46	23	9
1968	228	46	46	22	45	24	9	p 18 997	.	p 7 554	p 16 290	.
1969	236	49	49	21	45	24	10	p 20 921 ^b	p 10,1 ^b	p 8 221 ^b	p 17 253 ^b	.
1970	p 249	p 51	p 50	p 22	p 45	p 24	p 10	23 228 ^b	11,0 ^b	9 049 ^b	17 800 ^b	.

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3.12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁴⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ³⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	ins- gesamt	darunter Milchkühe									
1966	1 393	511	1 689	5 261	417	2 395	2 112	4 183	1 264	459	521
1967	1 395	513	1 752	5 035	418	2 506	2 139	4 188	1 407	515	533
1968	1 410	519	1 668	4 825	417	2 641	2 183	4 256	1 608	396	535
1969	1 430	518	1 680	4 966	418	2 679	2 210	4 262	1 511	260	487
1970	1 407	496	1 774	4 920	476	2 744	2 139	4 232	1 350	414	565

Jahr	Industrie ⁵⁾										Bau- haupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden in Millionen	Löhne	Gehälter	Umsatz ⁶⁾		Energieverbrauch				Produk- tions- index 8) 1962=100
	ins- gesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle 1 000 t SKE 7)	Heizöl			
	in 1 000		Bruttosumme in Mill. DM		Mill. DM		1 000 t		ins- gesamt	schwer		
1966	178	139	273	1 266	504	9 485	1 331	576	937	787	123	68
1967	171	132	253	1 230	524	9 850	1 289	507	952	791	127	62
1968	175	134	264	1 344	583	10 418	1 549	482	968	780	140	63
1969	184	141	278	1 550	674	11 797	1 883	490	1 058	842	157	63
1970	191	145	289	1 887	799	12 840	1 725	400	1 130	906	162	64

1) 1970: vorläufiges Ergebnis; berechnet nach dem Bevölkerungsstand vom 26. 5. 1970

2) Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebungen 3) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

4) gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebetlichen Versandes, ohne übergebetlichen Empfang

5) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

6) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und seit 1968 ohne Umsatzsteuer

7) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts

8) arbeitstäglich 9) einschließlich unbezahlter mithelfender Familienangehöriger a) am 2.5. b) erste vorläufige Ergebnisse

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 27. Mai 1970 ¹⁾ (Volkszählung)			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im September 1971 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber Volkszählung		Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		1950	1961			
		in %				
FLENSBURG	95 476	- 7,8	- 4,3	51	1	58
KIEL	271 719	+ 2,7	- 3,1	146	-	203
LÜBECK	239 339	+ 0,0	+ 1,4	147	7	173
NEUMÜNSTER	86 013	+ 5,3	+ 1,9	63	-	76
Dithmarschen	133 960	- 23,8	+ 3,9	72	2	91
Flensburg-Land	71 632	- 9,5	+ 14,2	32	3	49
Hzgt. Lauenburg	141 731	- 5,7	+ 8,6	84	10	117
Nordfriesland	156 415	- 12,8	+ 8,8	87	5	125
Ostholstein	176 340	- 14,3	+ 5,1	96	7	133
Pinneberg	237 877	+ 26,4	+ 20,7	167	9	234
Plön	106 763	- 3,9	+ 8,4	69	1	97
Rendsburg-Eckernförde	223 346	- 13,3	+ 6,4	141	5	210
Schleswig	99 980	- 20,7	+ 3,4	47	3	64
Segeberg	164 634	+ 27,3	+ 34,5	133	7	184
Steinburg	131 836	- 20,2	+ 2,6	80	6	107
Stormarn	157 043	+ 14,0	+ 20,7	118	4	157
Schleswig-Holstein	2 494 104	- 3,9	+ 7,6	1 533	70	2 078

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾				Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1971		
	Betriebe am 30. 9. 1971	Beschäftigte am 30. September 1971		Umsatz ⁴⁾ im September 1971 in Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
		Anzahl	je 1 000 Einwohner			Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	73	8 545	89	53	24 515	22 196	...
KIEL	147	32 652	119	213	71 394	64 497	...
LÜBECK	148	31 950	131	151	58 384	51 948	...
NEUMÜNSTER	69	10 989	129	44	23 313	20 716	...
Dithmarschen	59	6 156	46	90	42 549	32 565	...
Flensburg-Land	32	994	13	7	26 537	20 252	...
Hzgt. Lauenburg	96	9 433	64	51	42 226	34 899	...
Nordfriesland	45	2 529	15	33	51 918	40 468	...
Ostholstein	75	5 849	30	38	53 914	43 741	...
Pinneberg	227	25 291	99	164	71 186	61 650	...
Plön	50	2 772	25	24	35 411	28 293	...
Rendsburg-Eckernförde	125	12 021	52	67	68 912	54 776	...
Schleswig	39	3 667	36	45	32 183	24 849	...
Segeberg	172	13 606	77	96	61 383	50 500	...
Steinburg	92	11 181	82	86	39 989	31 735	...
Stormarn	120	14 732	87	157	49 889	42 651	...
Schleswig-Holstein	1 569	192 367	74	1 320	753 703	625 736	...

1) nach dem Gebietsstand vom 27. 5. 1970

2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 26. Mai 1970			Offene Stellen am 31.8. 1971 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 30.6. 1971 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im August 1971			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien und Händler geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3.6. 1971	Rindvieh am 3.6. 1971	
		VZ 1961	30.6. 1969							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %									
Schleswig-Holstein	2 567	+ 11	+ 0,2	23	32	156	92,8	10,2	1 764	1 478	472
Hamburg	1 812	- 1	- 0,1	27	61	1	94,0	9,3	16	17	5
Niedersachsen	7 125	+ 7	+ 0,2	66	133	374	89,6	11,9	5 778	2 965	999
Bremen	757	+ 7	+ 0,3	11	16	2	73,1	12,1	10	20	5
Nordrhein-Westfalen	17 207	+ 8	+ 0,2	198	607	248	93,0	11,0	4 105	1 979	705
Hessen	5 461	+ 13	+ 0,4	67	255	120	78,4	10,9	1 414	938	350
Rheinland-Pfalz	3 684	+ 8	+ 0,2	29	70	80	83,7	9,9	781	733	262
Baden-Württemberg	8 996	+ 16	+ 0,4	117	544	210	76,3	9,1	2 087	1 834	735
Bayern	10 644	+ 12	+ 0,4	122	351	602	80,7	10,1	4 364	4 458	1 940
Saarland	1 127	+ 5	-	7	26	10	81,4	11,0	77	74	28
Berlin (West)	2 130	- 3	- 0,0	25	73	0	16,3	14,5	.	.	.
Bundesgebiet	61 508	+ 9	+ 0,3	693	2 169	1 803	84,7	10,5	20 397	14 497	5 501

Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Juni 1971			
	Beschäftigte am 31. Juli 1971		Umsatz ²⁾ im Juli 1971		Produktions-index 3) 1962=100 im Juli 1971	Beschäftigte am 31. Juli 1971		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Mill. DM	Auslands-umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
	Schleswig-Holstein	191	74	1 151	12	150	62	24	3 593	14,0	948
Hamburg	206	114	1 624	12	116	45	25	2 191	12,1	1 266	7,0
Niedersachsen	806	113	5 035	27	148	183	26	7 422	10,4	3 017	4,2
Bremen	102	135	834	21	.	23	30	1 046	13,8	449	5,9
Nordrhein-Westfalen	2 678	156	14 499	20	126	390	23	15 480	9,0	6 151	3,6
Hessen	749	137	3 761	22	149	144	26	5 848	10,7	6 663	12,2
Rheinland-Pfalz	407	111	2 560	21	213	90	25	2 995	8,1	822	2,2
Baden-Württemberg	1 582	176	8 226	20	167	245	27	10 256	11,4	4 035	4,5
Bayern	1 384	130	7 059	19	164	314	29	14 734	13,8	5 215	4,9
Saarland	171	152	791	31	153	24	21	633	5,6	349	3,1
Berlin (West)	254	119	1 266	10	131	46	22	1 977	9,3	1 131	5,3
Bundesgebiet	8 530	139	46 804	20	150	1 567	25	66 175	10,8	30 046	4,9

Land	Straßenverkehrsunfälle ⁴⁾ mit Personenschaden im Juli 1971				Bestand an Spar-einlagen ⁵⁾ am 31.7. 1971 in DM je Einwohner	Steueraufkommen im 2. Vierteljahr 1971			*Bruttoinlandsprodukt 1970		
	Unfälle	Getötete	Verletzte	Verunglückte je 100 Unfälle		Landes- ⁶⁾	Bundes- ⁶⁾	Gemeinde-	Mill. DM	DM je Einwohner	Anteil des produzierenden Gewerbes ⁷⁾ in %
	Schleswig-Holstein	1 737	104	2 416		145	2 343	186	258	68	23 228
Hamburg	1 067	24	1 457	139	4 476	332	1 584	130	35 739	19 728	36,4
Niedersachsen	4 337	271	6 255	150	2 918	187	213	74	67 839	9 521	58,5
Bremen	461	11	541	120	3 322	248	989	112	10 578	13 977	43,5
Nordrhein-Westfalen	8 329	362	11 568	143	3 374	216	340	88	196 939	11 445	58,6
Hessen	3 112	146	4 458	148	3 708	223	334	88	64 335	11 781	53,6
Rheinland-Pfalz	2 206	137	3 217	152	3 004	184	241	76	35 631	9 673	61,9
Baden-Württemberg	4 939	268	7 212	151	3 533	227	348	90	99 718	11 084	62,6
Bayern	6 658	361	9 778	152	3 498	204	265	77	110 097	10 344	59,6
Saarland	621	20	917	151	2 745	186	229	62	10 801	9 584	62,3
Berlin (West)	1 184	33	1 506	130	2 726	130	467	65	25 515	11 979	53,1
Bundesgebiet	34 651	1 737	49 325	147	3 328	210	352	83	680 420	11 062	57,3

^{*)} An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

5) ohne Postspareinlagen

6) Gemeinschaftsteuern jeweils anteilig enthalten

7) einschließlich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei

Erweiterte Kreiszahlen

Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Fläche am 31. Dezember 1970 in qkm	Gemeinden am 31. Dezember 1970	Bevölkerung am 27. Mai 1970 (Volkszählung)		
			insgesamt	männlich	Einwohner je qkm
FLENSBURG	50,98	1	95 476	44 201	1 873
KIEL	109,96	1	271 719	127 727	2 469
LÜBECK	214,00	1	239 339	110 520	1 119
NEUMÜNSTER	71,57	1	86 013	40 654	1 201
Dithmarschen	1 380,97	135	133 960	63 662	97
Flensburg-Land	1 022,55	77	71 632	35 314	70
Hzgt. Lauenburg	1 264,29	136 ^a	141 731	87 858	112
Nordfriesland	2 022,62	162	156 415	75 090	77
Ostholstein	1 390,02	43	176 340	83 287	127
Pinneberg	661,79	51	237 877	114 586	359
Plön	1 080,93	89	106 763	51 781	99
Rendsburg-Eckernförde	2 185,62	174	223 346	107 691	102
Schleswig	1 053,75	95 ^b	99 980	48 416	95
Segeberg	1 344,29	101 ^b	164 634	79 275	122
Steinburg	1 056,36	117	131 836	62 435	125
Stormarn	766,25	87	157 043	75 233	205
Schleswig-Holstein	15 675,94	1 271 ^{a, b}	2 494 104	1 187 730	159

KREISFREIE STADT Kreis	Gesundheitswesen		Schüler im Oktober 1970 in			Schüler im November 1970 in berufs- bildenden Schulen 4)
	Ärzte ¹⁾ am 31. 12. 1970	Zahnärzte, Dentisten und sonstige Zahnbehandler 1)	Grund-, Haupt- und Sonder- schulen	Realschulen ²⁾	Gymnasien ³⁾	
FLENSBURG	214	66	8 888	2 175	3 647	6 066
KIEL	776	259	21 565	5 149	7 781	12 470
LÜBECK	551	165	21 265	4 518	4 925	11 326
NEUMÜNSTER	156	46	8 306	1 953	2 316	4 184
Dithmarschen	184	66	14 483	3 492	2 593	5 150
Flensburg-Land	38	29	9 290	392	-	804
Hzgt. Lauenburg	157	56	14 519	3 068	2 389	2 731
Nordfriesland	215	69	18 702	3 651	3 599	5 590
Ostholstein	260	91	17 812	3 883	3 807	4 038
Pinneberg	284	117	23 429	4 743	4 869	5 238
Plön	96	49	11 748	1 958	1 631	2 096
Rendsburg-Eckernförde	224	93	24 459	5 084	2 844	5 871
Schleswig	181	43	11 625	2 035	2 079	3 009
Segeberg	174	64	18 314	3 458	3 432	2 987
Steinburg	147	70	13 724	2 727	2 372	3 898
Stormarn	169	63	15 519	3 097	3 052	2 675
Schleswig-Holstein	3 826	1 346	253 648	51 383	51 336	78 133

1) ohne Bundesgrenzschutz und Landespolizei

2) einschließlich Realschulzüge, ohne Abendrealschulen

3) ohne Abendgymnasien und Institute zur Erlangung der Hochschulreife

4) einschließlich Fachgymnasien, ohne Berufsaufbauschulen, Für 6 Schulen in Kiel liegen keine Angaben vor.

a) einschließlich gemeindefreies Gebiet Sachsenwald, Forstgutsbezirk

b) einschließlich gemeindefreies Gebiet Buchholz, Forstgutsbezirk

noch: Erweiterte Kreiszahlen

Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Viehbestand am 3. Dezember 1970					Milcherzeugung im Jahre 1970		Jahres- milch- leistung 1970 in kg je Kuh	
	Rindvieh		Schweine		Legehennen (einschl. Küken)	Schlacht- und Masthähne und -hühner (einschl. Küken)	1 000 t		darunter an Molkereien und Händler geliefert in %
	insgesamt	darunter Milchkühe	insgesamt	darunter Zuchtsauen					
FLensburg	1 480	460	1 329	116	9 009	8 823	.	.	.
KIEL	3 785	1 290	3 352	169	39 620	2 950	.	.	.
LÜBECK	5 968	2 370	11 068	1 277	65 417	764	.	.	.
NEUMÜNSTER	4 157	1 762	6 587	498	17 918	510	.	.	.
Dithmarschen	162 637	42 498	149 275	18 239	347 762	284 058	171	91,5	3 948
Flensburg-Land	120 349	42 720	158 740	12 412	144 026	35 056	188	92,1	4 239
Hzgt. Lauenburg	64 248	23 927	136 211	14 676	345 619	33 754	101	95,4	4 076
Nordfriesland	219 902	69 425	160 905	18 886	182 610	2 139	292	90,0	4 144
Ostholstein	73 412	28 681	125 886	13 192	378 437	82 701	152	91,2	4 588
Pinneberg	62 919	21 002	60 643	6 088	308 383	18 871	88	95,6	4 084
Plön	74 937	30 084	98 233	11 867	333 802	121 512	156	89,6	4 542
Rendsburg-Eckernförde	201 342	75 458	236 080	24 281	459 615	112 176	329	92,0	4 252
Schleswig	114 001	42 235	170 089	14 948	144 882	9 029	177	92,4	4 126
Segeberg	115 131	45 013	194 376	18 763	517 182	215 069	201	92,2	4 356
Steinburg	129 684	43 557	158 376	14 294	283 129	104 485	184	87,8	4 205
Stormarn	53 194	22 553	102 857	12 973	237 094	37 028	100	95,8	4 277
Schleswig-Holstein	1 407 146	493 035	1 774 007	182 679	3 814 505	1 068 925	2 139	91,7	4 232

KREISFREIE STADT Kreis	Landwirtschaftliche Bodennutzung 1970 in ha								
	selbst- bewirt- schaftete Gesamt- fläche	Wald	landwirtschaftlich genutzte Fläche ¹⁾						
			zusammen	darunter					
				Ackerland	Dauer- wiesen	Dauer- mähweiden	Dauer- weiden	Obstanlagen	Baum- schulen
FLensburg	5 866	944	1 490	583	58	16	556	-	7
KIEL	11 019	153	4 051	1 908	277	157	775	9	7
LÜBECK	22 217	2 310	8 324	6 015	756	235	1 183	24	22
NEUMÜNSTER	6 851	505	3 778	1 674	431	197	740	11	15
Dithmarschen	139 447	3 783	113 433	48 764	15 765	3 563	39 647	29	31
Flensburg-Land	103 038	5 351	81 775	62 072	6 002	2 344	9 854	21	25
Hzgt. Lauenburg	125 342	29 180	76 741	54 446	7 008	2 667	9 812	163	24
Nordfriesland	202 874	6 113	163 588	62 192	20 366	18 625	56 336	11	31
Ostholstein	139 278	11 297	105 300	78 074	8 898	2 369	12 931	176	19
Pinneberg	66 692	3 282	45 298	15 146	7 106	2 340	13 988	949	3 162
Plön	110 216	11 868	75 428	52 129	5 242	1 959	14 021	165	14
Rendsburg-Eckernförde	215 738	20 159	161 498	92 141	21 655	5 003	38 792	88	140
Schleswig	106 315	4 703	83 355	51 218	12 172	3 496	15 030	24	12
Segeberg	134 413	18 208	95 649	53 479	12 779	3 555	23 012	120	103
Steinburg	104 983	8 002	78 084	28 252	13 757	3 607	30 156	459	172
Stormarn	76 136	7 792	55 212	36 267	4 865	2 429	9 661	237	23
Schleswig-Holstein	1 570 425	133 650	1 153 004	644 360	137 137	52 562	276 494	2 486	3 807

1) Der Begriff "Landwirtschaftliche Nutzfläche" (LN) wurde abgelöst. An seine Stelle tritt die Bezeichnung "Landwirtschaftlich genutzte Fläche" (LF), in der "nicht mehr landwirtschaftlich genutzte Flächen" sowie die "privaten Parkanlagen, Rasenflächen und Ziergärten" nicht mehr enthalten sind. Diese Positionen werden gesondert aufgeführt und erscheinen in anderen Rubriken

noch: Erweiterte Kreiszahlen

Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

		Betriebsgrößenstruktur 1970							
KREISFREIE STADT		landwirtschaftliche Betriebe ¹⁾ mit ... bis unter ... ha landwirtschaftlich genutzter Fläche ²⁾							
Kreis		2 - 5	5 - 10	10 - 15	15 - 20	20 - 30	30 - 50	50 und mehr	zusammen
FLENSBURG		20	4	4	4	10	5	4	51
KIEL		28	22	10	8	13	25	17	123
LÜBECK		64	37	18	10	30	25	47	231
NEUMÜNSTER		17	15	8	11	22	27	17	117
Dithmarschen		526	444	385	496	980	981	424	4 236
Flensburg-Land		309	276	301	335	792	760	268	3 041
Hzgt. Lauenburg		257	175	165	238	432	643	321	2 231
Nordfriesland		875	766	601	727	1 472	1 459	471	6 371
Ostholstein		363	192	155	204	420	575	648	2 557
Pinneberg		470	317	256	252	457	355	80	2 187
Plön		314	158	152	264	584	476	268	2 216
Rendsburg-Eckernförde		525	449	458	612	1 264	1 202	661	5 171
Schleswig		382	375	309	389	695	735	283	3 168
Segeberg		359	282	282	365	772	762	387	3 209
Steinburg		326	266	279	356	760	772	216	2 975
Stormarn		217	157	120	177	406	408	234	1 719
Schleswig-Holstein		5 052	3 935	3 503	4 448	9 109	9 210	4 346	39 603

		Industrie 1970						Wohnungsbestand am 31.12.1970		
KREISFREIE STADT		Betriebe ³⁾	Beschäftigte	geleistete Arbeiter- stunden in 1 000	Löhne und Gehälter (brutto)		Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Wohn- gebäude	Wohnungen
Kreis	Jahresdurchschnitt				insgesamt	darunter Löhne	insgesamt	darunter Auslands- umsatz		
					1 000 DM					
FLENSBURG		70	8 654	...	109 742	82 855	556 139	117 500	10 169	36 460
KIEL		160	31 982	...	444 414	303 307	1 296 635	343 392	25 432	102 781
LÜBECK		146	32 680	...	459 989	330 658	1 752 063	331 281	32 674	93 776
NEUMÜNSTER		64	11 205	...	143 719	106 613	435 172	59 275	12 899	31 565
Dithmarschen		65	6 288	...	85 395	64 098	892 079	97 500	32 520	46 119
Flensburg-Land		34	946	...	12 331	8 755	81 238	13 727	15 634	22 977
Hzgt. Lauenburg		95	9 175	...	127 973	95 542	501 381	48 394	28 047	50 698
Nordfriesland		48	2 955	...	38 639	29 875	357 186	27 121	37 259	56 159
Ostholstein		76	5 845	...	68 553	46 767	395 536	42 255	34 916	64 408
Pinneberg		226	25 135	...	371 533	235 739	1 845 730	237 992	40 367	83 657
Plön		46	2 900	...	35 676	23 910	203 772	3 461	21 606	36 207
Rendsburg-Eckernförde		123	11 561	...	156 178	119 088	621 833	97 243	44 328	75 581
Schleswig		38	3 414	...	44 109	34 602	516 893	5 737	19 778	32 571
Segeberg		169	13 115	...	194 821	131 706	991 915	90 788	31 558	54 943
Steinburg		97	11 310	...	163 014	115 306	767 126	64 845	26 574	46 777
Stormarn		103	14 167	...	229 383	158 042	1 625 209	144 815	30 075	54 510
Schleswig-Holstein		1 560	191 332	...	2 685 457	1 886 847	12 839 903	1 725 326	443 836	889 189

1) Betriebe, bei denen das Schwergewicht der Produktion auf landwirtschaftlichen Erzeugnissen liegt

2) Der Begriff "Landwirtschaftliche Nutzfläche" (LN) wurde abgelöst. An seine Stelle tritt die Bezeichnung "Landwirtschaftlich genutzte Fläche" (LF), in der "nicht mehr landwirtschaftlich genutzte Flächen" sowie die "privaten Parkanlagen, Rasenflächen und Ziergärten" nicht mehr enthalten sind. Diese Positionen werden gesondert aufgeführt und erscheinen in anderen Rubriken

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

noch: Erweiterte Kreiszahlen

Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Fertiggestellte Wohngebäude 1970			Fertiggestellte Wohnungen ²⁾ 1970					
	ins- gesamt	Gebäude mit 1 und 2 Wohnungen		ins- gesamt	und zwar		von den Wohnungen insgesamt hatten ... Wohnräume 4)		
		zusammen	öffentlich gefördert 1)		in neu- erbauten Wohn- gebäuden mit 1 und 2 Wohnungen	öffentlich gefördert 3)	1 und 2	3 und 4	5 und mehr
FLENSBURG	135	99	2	628	119	55	142	343	143
KIEL	320	254	25	1 181	281	569	242	603	336
LÜBECK	316	235	30	1 227	266	429	206	660	361
NEUMÜNSTER	269	215	67	707	225	231	71	385	251
Dithmarschen	490	477	135	734	510	248	69	310	355
Flensburg-Land	387	361	72	658	397	130	27	249	382
Hzgt. Lauenburg	603	549	109	1 225	634	223	78	505	642
Nordfriesland	782	695	110	1 670	761	177	345	607	718
Ostholstein	746	633	169	2 847	744	259	1 343	883	621
Pinneberg	1 022	857	45	2 845	934	244	637	1 203	1 005
Plön	529	483	55	1 193	522	320	146	492	555
Rendsburg-Eckernförde	866	802	91	1 445	880	293	81	550	814
Schleswig	289	274	76	570	294	186	38	281	251
Segeberg	928	840	96	2 207	904	255	239	1 130	838
Steinburg	444	412	96	856	464	301	57	377	422
Stormarn	840	762	42	2 046	868	207	150	981	915
Schleswig-Holstein	8 966	7 948	1 220	22 039	8 803	4 127	3 871	9 559	8 609

KREISFREIE STADT Kreis	Fertig- gestellte Wohnräume 1970 insgesamt 2)4)	Bauüberhang am 31.12.1970		Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1971				
		Wohnungen		insgesamt	darunter			Personen- kraftwagen ⁵⁾ je 1 000 Einwohner (vorläufige Zahlen)
		unter Dach und noch nicht unter Dach	noch nicht begonnen		Personen- kraftwagen ⁵⁾	Lastkraft- wagen	Zug- maschinen ⁶⁾	
FLENSBURG	2 277	1 102	49	24 515	22 196	1 704	133	230
KIEL	4 716	2 724	341	71 394	64 497	4 657	450	234
LÜBECK	4 854	1 570	423	58 384	51 948	4 240	766	214
NEUMÜNSTER	2 958	976	182	23 313	20 716	1 675	412	244
Dithmarschen	3 494	1 020	121	42 549	32 565	2 333	6 888	241
Flensburg-Land	3 308	770	282	26 537	20 252	1 084	4 675	265
Hzgt. Lauenburg	5 857	2 032	391	42 226	34 899	1 946	4 501	236
Nordfriesland	7 141	2 452	355	51 918	40 468	2 909	7 531	239
Ostholstein	9 030	3 510	481	53 914	43 741	2 876	5 942	226
Pinneberg	11 606	4 050	873	71 186	61 650	4 556	3 924	242
Plön	5 525	1 259	528	35 411	28 293	1 689	4 748	255
Rendsburg-Eckernförde	7 067	2 675	682	68 912	54 776	3 535	9 288	237
Schleswig	2 612	793	189	32 183	24 849	1 532	5 165	243
Segeberg	9 610	4 026	902	61 383	50 500	3 564	6 336	284
Steinburg	3 970	955	333	39 989	31 735	2 399	4 945	232
Stormarn	9 362	2 264	599	49 889	42 651	2 870	3 504	253
Schleswig-Holstein	93 387	32 178	6 731	753 703	625 736	43 569	69 208	240

1) voll- und teilgefördert

2) in Wohn- und Nichtwohngebäuden

3) alle geförderten Wohnungen in voll- und teilgeförderten Bauvorhaben (einschließlich in Nichtwohngebäuden)

4) mit 6 oder mehr qm, einschließlich Küchen

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

6) zulassungspflichtige

noch: Erweiterte Kreiszahlen

Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Bruttoausgaben der Sozialhilfe 1970				Empfänger ¹⁾ von Sozialhilfe		
	Hilfe zum Lebensunterhalt	Hilfe in besonderen Lebenslagen	insgesamt	in DM je Einwohner	1970 insgesamt ²⁾	darunter mit laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstalten am 31. Dezember 1970	
	1 000 DM					insgesamt	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	3 426	2 984	6 410	68,35	3 452	1 504	15,6
KIEL	7 694	7 960	15 654	56,80	10 552	3 932	14,3
LÜBECK	7 738	8 950	16 687	68,72	10 178	3 567	14,7
NEUMÜNSTER	1 910	2 087	3 997	47,14	3 085	981	11,6
Dithmarschen	2 349	2 130	4 478	33,02	2 857	1 186	8,7
Flensburg-Land	1 039	1 472	2 511	33,12	1 938	685	9,0
Hzgt. Lauenburg	2 355	3 177	5 531	37,78	3 932	1 259	8,6
Nordfriesland	2 571	2 660	5 231	31,40	3 237	1 284	7,7
Ostholstein	3 134	4 824	7 958	41,83	3 688	1 162	6,1
Pinneberg	3 094	5 846	8 940	35,72	5 165	1 596	6,4
Plön	1 554	2 329	3 883	35,37	2 592	874	8,0
Rendsburg-Eckernförde	4 017	4 984	9 001	39,12	5 756	2 022	8,8
Schleswig	1 688	1 896	3 583	35,26	2 025	737	7,3
Segeberg	2 085	3 016	5 101	29,37	3 074	992	5,7
Steinburg	2 689	3 363	6 052	44,27	3 738	1 223	8,9
Stormarn	1 902	3 214	5 116	30,84	3 127	925	5,6
Amt für Wohlfahrt und Sozialhilfe	34	38 274	38 308	.	578	-	-
Schleswig-Holstein	49 276	99 164	148 440	57,48	68 974	23 929	9,3

KREISFREIE STADT Kreis	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände									
	Steuereinnahmen 1970 ³⁾								Realsteuer-aufbringungskraft 1970 ⁶⁾	
	Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden						insgesamt	aus Gewerbesteuer ⁷⁾
			Steuern insgesamt	Gewerbesteuern ⁴⁾⁵⁾	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer			
	1 000 DM	DM je Einw.	1 000 DM	DM je Einw.	1 000 DM	1 000 DM	1 000 DM	1 000 DM	DM je Einwohner	
FLENSBURG	25 173	261	.	.	12 030	26	3 363	7 877	209	177
KIEL	89 745	326	.	.	45 925	69	13 045	25 707	201	154
LÜBECK	84 968	350	.	.	46 493	283	12 956	19 391	225	170
NEUMÜNSTER	23 580	278	.	.	11 479	547	3 512	6 593	168	125
Dithmarschen	24 694	182	23 210	171	7 675	3 101	4 001	7 996	129	77
Flensburg-Land	10 049	134	9 517	127	2 911	1 793	1 155	3 490	91	54
Hzgt. Lauenburg	27 696	191	25 996	179	9 241	1 912	4 132	10 369	127	86
Nordfriesland	30 039	181	27 444	165	10 165	3 552	4 479	8 626	133	85
Ostholstein	35 929	190	32 723	173	11 650	3 166	5 092	11 772	131	87
Pinneberg	61 024	246	58 649	237	25 026	1 627	8 872	18 611	180	135
Plön	18 515	170	17 059	156	4 916	2 266	2 389	7 037	101	60
Rendsburg-Eckernförde	41 510	181	39 110	171	14 274	3 689	5 937	14 630	127	86
Schleswig	17 543	173	16 825	166	6 018	1 674	2 721	6 077	122	79
Segeberg	35 055	205	32 448	190	16 254	1 952	3 863	9 958	162	127
Steinburg	27 880	205	26 858	197	11 990	1 916	4 014	8 646	170	124
Stormarn	36 318	221	34 032	207	16 065	1 356	4 579	11 798	175	138
Schleswig-Holstein	589 718	230	.	.	252 112	28 929	84 110	178 575	160	116

1) ohne Nichtseßhafte

2) ohne Empfänger, die nur einmalige Hilfe zum Lebensunterhalt bekamen

3) kassenmäßige Steuereinnahmen (Ergebnisse der Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen)

4) einschließlich Lohnsummensteuer

5) Gewerbesteuerumlage (90 158 576 DM) in Abzug gebracht

6) Berechnung mit Hilfe des landesdurchschnittlichen Hebesatzes

7) ohne Lohnsummensteuer

Schluß: Erweiterte Kreiszahlen

Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände							
	allgemeine Finanzaufweisungen 1970 ¹⁾				Bauinvestitionen 1970 ¹⁾			
	Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden einschließlich Ämter		Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden einschließlich Ämter	
	1 000 DM	DM je Einwohner	1 000 DM	DM je Einwohner	1 000 DM	DM je Einwohner	1 000 DM	DM je Einwohner
FLENSBURG	10 698	111	10 698	111	12 596	131	12 596	131
KIEL	27 708	101	27 708	101	66 187	240	66 187	240
LÜBECK	27 415	113	27 415	113	45 530	188	45 530	188
NEUMÜNSTER	10 432	123	10 432	123	22 177	262	22 177	262
Dithmarschen	21 790	161	15 825	117	36 107	266	27 117	200
Flensburg-Land	16 018	213	11 513	153	13 956	186	10 885	145
Hzgt. Lauenburg	22 334	154	15 228	105	30 843	213	28 118	194
Nordfriesland	26 998	163	18 619	112	37 459	226	28 123	170
Ostholstein	27 204	144	19 482	103	40 378	213	34 207	181
Pinneberg	30 056	121	21 199	85	44 694	180	41 643	168
Plön	17 500	160	11 952	110	28 277	259	25 079	230
Rendsburg-Eckernförde	36 910	161	26 348	115	53 535	234	43 123	189
Schleswig	16 766	165	12 335	121	17 334	171	15 427	152
Segeberg	25 428	149	18 448	108	38 805	227	36 913	216
Steinburg	18 857	139	14 284	105	20 654	152	15 618	115
Stormarn	21 049	128	15 376	94	46 204	281	39 506	240
Schleswig-Holstein	357 163	139	276 862	108	554 736	216	492 249	192

KREISFREIE STADT Kreis	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände				Personalstand am 2. 10. 1970 (vollbeschäftigtes Personal der Gemeinden und Gemeindeverbände; ohne Wirtschaftsunternehmen, ohne Sparkassen)			
	Schuldenstand ²⁾ am 31. 12. 1970 (ohne Wirtschaftsunternehmen)							
	Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden einschließlich Ämter		Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden einschließlich Ämter	
	1 000 DM	DM je Einwohner	1 000 DM	DM je Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
FLENSBURG	36 616	379	36 616	379	1 681	174	1 681	174
KIEL	229 216	832	229 216	832	3 973	144	3 973	144
LÜBECK	155 089	639	155 089	639	4 662	192	4 662	192
NEUMÜNSTER	50 466	595	50 466	595	1 225	145	1 225	145
Dithmarschen	74 477	549	61 982	457	1 415	104	626	46
Flensburg-Land	26 813	356	20 810	277	300	40	139	18
Hzgt. Lauenburg	54 225	374	49 812	344	1 262	87	916	63
Nordfriesland	77 668	468	59 349	358	1 161	70	669	40
Ostholstein	84 313	445	75 277	398	1 835	97	1 066	56
Pinneberg	90 917	367	89 853	362	2 364	95	1 752	71
Plön	78 583	721	72 105	661	832	76	438	40
Rendsburg-Eckernförde	88 967	389	81 818	358	1 993	87	1 335	58
Schleswig	34 314	338	29 617	292	666	66	378	37
Segeberg	76 822	450	68 325	400	1 203	70	709	41
Steinburg	63 133	464	55 659	409	1 267	93	917	67
Stormarn	84 576	515	76 694	467	1 250	76	656	40
Schleswig-Holstein	1 306 195	508	1 212 688	472	27 089	105	21 142	82

1) Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik (vorläufige Ergebnisse)
2) seit der Währungsumstellung aufgenommene Schulden ohne Kassenkredite

Heft 7/1971

Bevölkerungsvorausschätzung (Teil 1)
Landtagswahl 1971 regional
Fremdenverkehr (Teil 1)
Wohnverhältnisse und Alter

Heft 8/1971

Abiturienten
Wahlverhalten 1971
Alten- und Pflegeheime
Boden- und Kommunalkredite
Viehwirtschaft
Anbau und Ernteaussichten

Heft 9/1971

Milchviehhaltung
Kommunale Haushaltsplanung
Fremdenverkehr (Teil 2)
Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Heft 10/1971

Bautätigkeit 1970
Haushaltsnettoeinkommen
Arbeitsstätten, kreisfreie Städte
Seeschifffahrt
Beschäftigte im Maschinenbau
Einkommensteuerpflichtige

Heft 11/12-1971

Entwicklung Schleswig-Holsteins 1965—1970

Neu erschienen:

Statistische Berichte
A 12—S

„Bevölkerung in den Gemeinden Schleswig-Holsteins am 27. 5. 1970
(Volkszählung)“

28 Seiten, Preis 2,30 DM

A/Volkszählung 1970-1

„Strukturdaten der Bevölkerung und Haushalte in den Kreisen Schleswig-Holsteins“

20 Seiten, Preis 1,50 DM

E/Handwerkszählung 1968-3

„Die regionale Verteilung des Handwerks in Schleswig-Holstein“

90 Seiten, Preis 5,70 DM

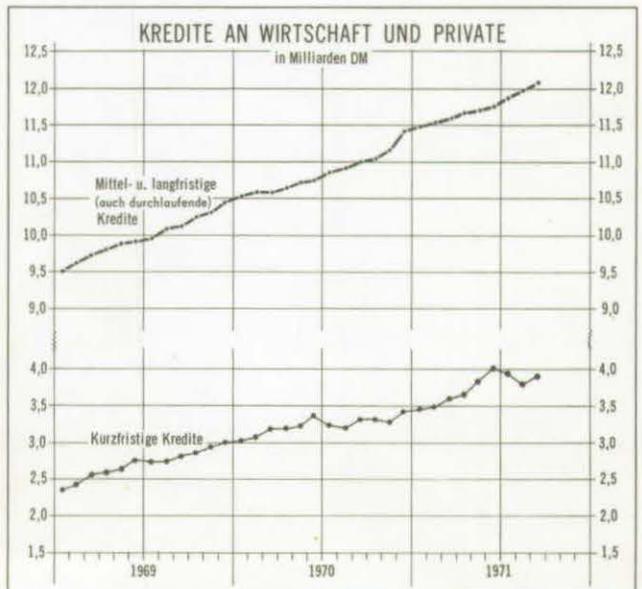
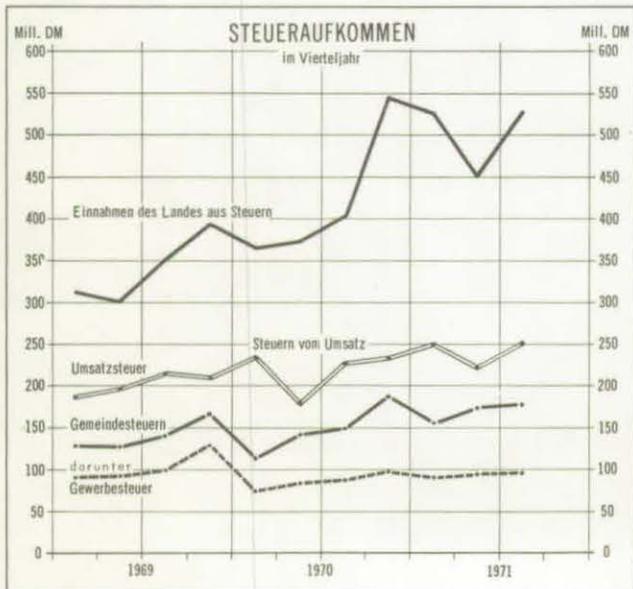
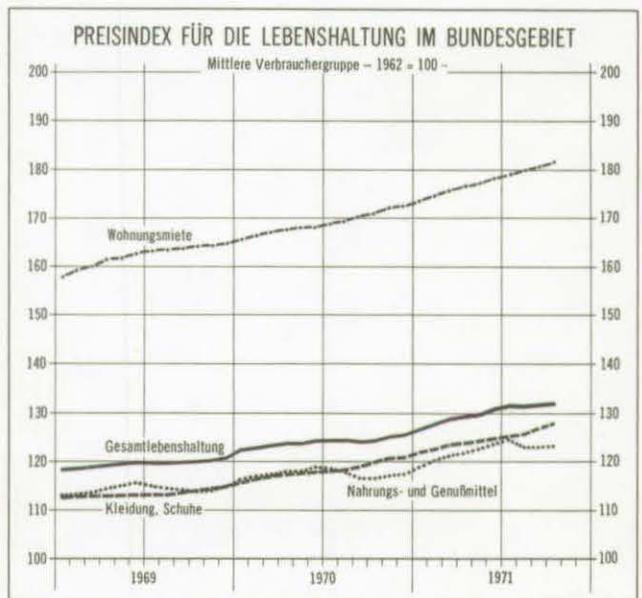
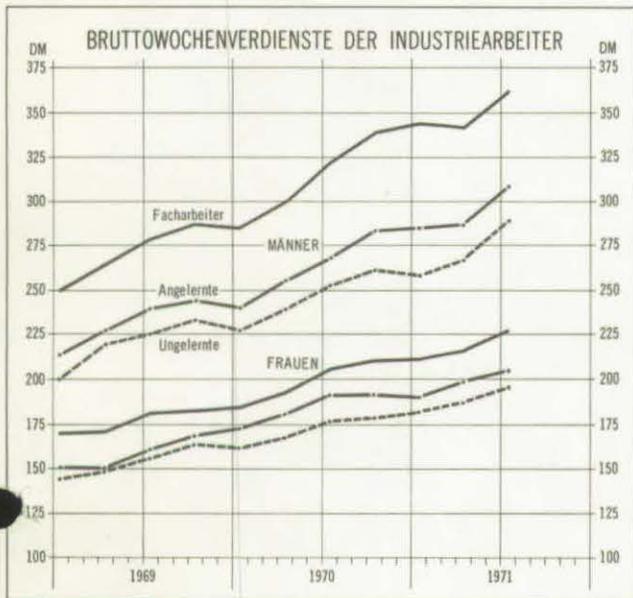
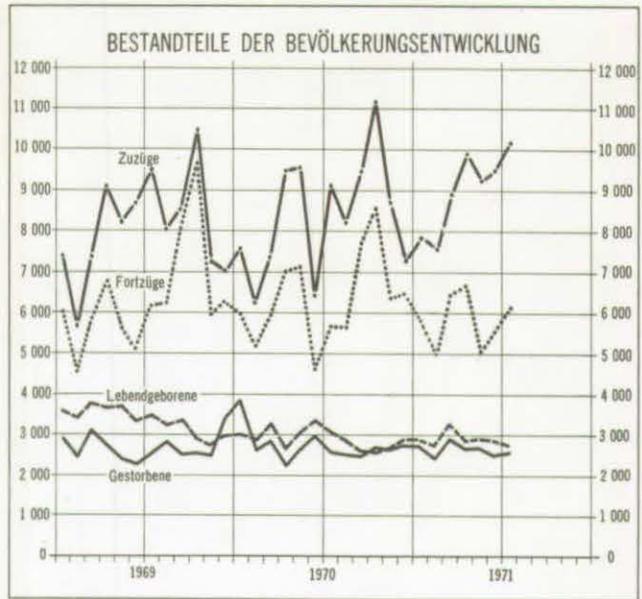
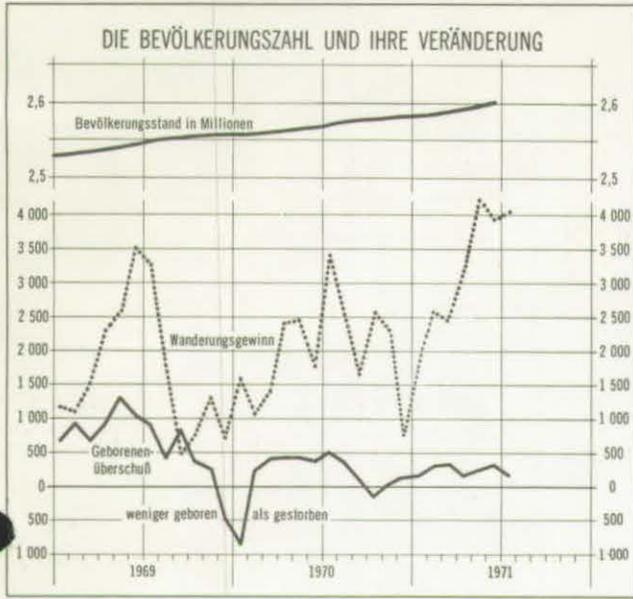
G/Handelszensus 1968-2

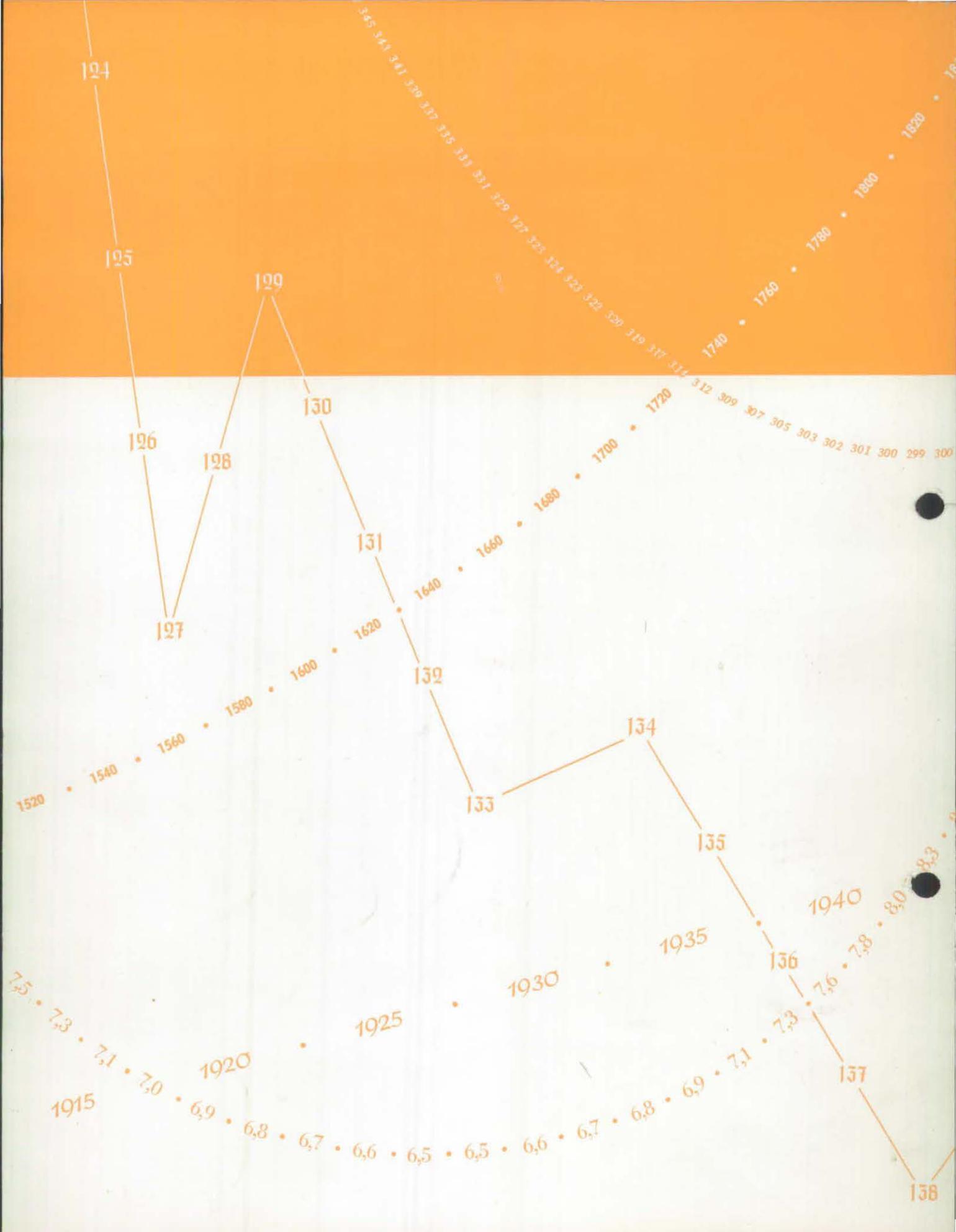
„Handel und Gastgewerbe in Schleswig-Holstein 1968, Teil 2: Vorwegergebnisse (nach Kreisen)“

18 Seiten, Preis 1,50 DM

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen